

DISKUS

NACHRICHTENBLATT DER
VEREINIGUNG VON
FREUNDEN U. FÖRDERERN
DER JOHANN WOLFGANG
GOETHE - UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN E. V.

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

4. Jahrgang — Heft 3 Preis 10 Pfg.

April 1954

Verlagsort Frankfurt a. M.

Erster Diskussionsbeitrag:

Der Münchener Studententag verspricht jedem etwas zu bringen. Themastellung: „Die Verantwortung des Studenten gegenüber Volk und Staat“, reichlich assortiertes Rahmenprogramm und wohlausgewogene Auswahl der Fest- und Diskussionsredner (siehe Seite 10) deuten auf große Tage hin. Man ist gespannt, wie weit die politische Verantwortung der derzeitigen Studierenden gegenüber ihrem Staat empfunden und abgegrenzt werden wird. Widerspruch liegt allerdings in einem gewissen Pathos, das dem Thema inne zu wohnen scheint, und der geforderten VDS-Beitragserhöhung um 22 Pfennige, die die Grundfeste des Verbandes aller Studiosen zu erschüttern droht. Unsicherheit verbreitet sich auch ob der ausgeprägten Vorliebe der Münchener Gastgeber, dem eigentümlichen Hang des deutschen Akademikers zur Sonderbündelei farbenprächtigen Ausdruck zu verleihen.

Aber im übrigen wird den maßgebenden Vertretern der Nicht- und Korporierten bestimmt nicht daran gelegen sein, in München selbst im Stile einer „Laden- oder Torschlussprovokation“ ihre Kräfte zu messen. Der Burgfriede ist ohnehin notwendig, um die folgende Machtprobe anlässlich der Neuwahl des Bonner Verbandsvorstandes zu gewährleisten. Denn nach Ablauf der Reden und Diskussionen und der Fertigstellung der notwendigen Resolutionen und Zielsetzungen werden sich die Asta-Vorsitzenden aller Hochschulen, einer Einladung des Abts folgend, nach Kloster Andechs am Ammersee zurückzuziehen. Nach Münchener Redeweise: „Politik wird in Bayern im Kloster gemacht.“ Das Klosterbier und ein eingeplanter sonntäglicher Ruhetag werden das ihre tun, um das eigentliche Problem der Mitgliederversammlung des Verbandes der deutschen Studentenschaften einer ausgiebigen Beratung und Beschlüßfassung zu unterwerfen. Es gilt aber nicht nur auszumachen, ob das farbige Element im Bonner Vorstand des VDS künftig vorherrschen soll oder nicht, sondern mehr noch den „Wasserkopf“, der sich in Bonn im letzten Jahr gebildet hat (so hat es die dortselbst redigierte Deutsche Studentenzeitung ausgedrückt), so zu proportionieren, daß die eigentlichen Glieder, die örtlichen Studentenschaften, nicht nach und nach ob solchen Agglomerats zurückschauen und ihre Mitarbeit und Zahlungen einstellen. Wie heftig diese Probleme diskutiert werden, beweisen Beschlüsse, wie der des Göttinger Asta, der im Falle der vom VDS geforderten Beitragserhöhung von 28 auf 50 Pfennige den Austritt aus dem Verband androht. Das Frankfurter Studentenparlament war nahe daran, ähnliche Konsequenzen zu überlegen. Darum wird es notwendig sein, der Mitgliederversammlung einen Etat zu präsentieren, der der Kassenlage der Mitglieder entspricht, anstatt ihr einen unterzuschieben, der jegliche Ausdehnung des Wasserkopfes zuläßt.

Mit anderen Worten, die Kritik richtet sich gegen die Spitze des Verbandes mit einem Apparat und Mitteln, welche erst von Besatzungs- und später von ministeriellen Dienststellen geschaffen und gegeben wurden, und die jetzt einer genauen Prüfung und Reorganisation unterzogen werden sollen. Man muß sich entscheiden, ob es in Zukunft einen ausreichend funktionierenden Vorstand oder aber eine, zwar von (fast!) allen zahlenden Mitgliedern geduldete, aber bei allen als hypertroph verschriene „Bonner Dienststelle“ geben soll, deren verantwortliche Leiter von Mal zu Mal ihren Moloch lamentierend verteidigen müßten. Man wird sich auf die Aufgaben besinnen müssen, die an dem wirklichen Vermögen der Studenten zu messen wären — oder einem Gebilde die Stange halten, das sich allen Möglichkeiten der Ausweitung und Zentralisation offenhält — wie sie zwar in Kultursachen in der Luft zu liegen scheinen, aber dem Interesse der einzelnen Universitäten und Hochschulen widersprechen. Bislang bedeutete Bonn immer nur ein „zentrales Wohl oder Übel“ für die Kultur.

Die Größe und Tiefe der in den 5 Lebensjahren des Verbandes angefallenen und zugewiesenen Aufgaben birgt auch die Gefahr einer politischen und wirtschaftlichen Teilabhän-



Zeichnung: Mussil

gigkeit. Diese Gefahr ist „in der Stürst“ wohlbekannt. Gegen sie empfiehlt man das einfachste Mittel: Beitragserhöhung, um mit einem Mehraufkommen von 27 000,— DM pro Semester eine politische Immunität zu sichern. Aber ist das vielleicht nur ein Vorwand? An Hand des jetzt vorgelegten Etats zeigt sich, daß der Anteil des „Fremdkapitals“ von rund einem Drittel des Gesamtaufkommens, unverändert bleibt, wenn man nämlich mit der Beitragserhöhung auch — wie beabsichtigt — ein gleichzeitiges Anwachsen der staatlichen Zuschüsse anstrebt.

Die Aufgeblasenheit und Zweispurigkeit eines Gebildes, wie man sich anschickt, eines in Bonn zu schaffen, muß die Provinz mit Angst erfüllen. Zweifellos hat der Sozialreferent ein großes Werk geschaffen, als er die Betreuung der Ostzonenflüchtlinge, der heimatvertriebenen und anderer sozial schwacher Studenten übernahm. Hier entstand aus spontaner studentischer Initiative eine Selbsthilfeorganisation, um brennende Not zu lindern. Aber warum soll jetzt für ein fluktuierendes Element wie die Studentenschaft eine so stabile zweite Verwaltung geschaffen werden wie das geplante neue Sozialamt des VDS? Im Verband der Deutschen Studentenwerke, dem auch alle übrige soziale Betreuung obliegt, existiert seit ca. 30 Jahren ein ähnlicher Apparat. Die Gründung eines „Konkurrenzunternehmens“ kann auf lange Sicht nur von Schaden sein. Zweigleisigkeit und eine gewisse Rivalität, wenn nicht sogar gegenseitige Diskriminierung, werden — trotz guten Willens — nicht zu vermeiden sein. Statt wie bisher, werden von nun an zwei Bittsteller bei den Sozial- und Flüchtlingsministerien versprechen: Studentenwerksverband und VDS-Sozialamt. Ob sie beide, nebeneinander arbeitend, mehr erreichen, oder ob die geldgebenden Ministerialbeamten beide gegeneinander ausspielen werden, mag dahingestellt sein. Jedenfalls möge man sich überlegen, ob ein neues zweites Sozialamt wirklich von allgemeinem Interesse ist oder ob nicht schon eine kleine Umgruppierung zwischen VDS und Studentenwerk ausreichend wäre, die vorhandene Lücke zu schließen.

Es ist auch nicht damit getan, eine zentrale Verwaltungsstelle zu schaffen. Bisher haben in den örtlichen Astas die Sozialreferenten Buchverbilligungsscheine ausgegeben, bei der Zuteilung von Freitischen mitgewirkt und dergleichen. In Zukunft müßten sie mit Lastenausgleichsgesetz, Spätheimkehrerhilferegulierung, Durchführungsverordnungen und

der einschlägigen Kommentarliteratur vertraut sein, um den bedürftigen Kommilitonen wirklich zu helfen. Glücklicherweise wird auch da das Studentenwerk seine bisherige Tätigkeit nicht einschränken, sonst wäre manches Durcheinander und viel Unglück für die, denen geholfen werden soll, unausbleiblich.

Die Erfahrungen, die der VDS mit seinem Amt für Gesamtdutsche Studentenfragen machen müßte, sollten bei der Diskussion um den „Wasserkopf“ nicht außer acht gelassen werden. Ohne weiter auf Gründe und Einzelheiten einzugehen, kann doch heute nach fünfjährigem Bestehen dieses Amtes gut und gerne behauptet werden, daß es eher einer Ministerialaußenstelle als einem studentischen Amt zu vergleichen ist. Seine finanzielle und organisatorische Grundlage waren so angelegt, daß es schon bald nach der Gründung immer mehr seinen Weg gehen mußte, so daß heute selbst die nach außen verantwortlichen Delegierten der einzelnen Universitäten nicht mehr genau zu entscheiden vermögen, ob seine Tätigkeit noch im Rahmen des ursprünglich Gewollten liegt oder ob die nicht-studentischen Einflüsse dominieren. Diese erste Erfahrung mit einer Metamorphose vom Studentischen Amt zur Bonner Dienststelle sollte vor weiteren Experimenten warnen. Die Kraft studentischer Aktivitäten liegt nicht in der Richtung der perfekten Routine-Organisation, sondern in der Fähigkeit zu spontanen Lösungen. Ein halb Dutzend „Ämter“ mit Geschäftsführern kann bald ohne die Hilfe gewählter studentischer Vertreter auskommen.

Entscheidungen dieser Art werden den Vordergrund der Beratungen und Beschlüsse in Kloster Andechs abgeben. Im Hintergrund aber werden andere Trümpfe gezogen, wenn es darum geht, die wichtigen Posten des Vorstandes für das kommende Jahr zu besetzen. Die Korporationen haben in letzter Zeit an vielen Hochschulen die Asta-Posten besetzt. Wird es auch zum VDS-Präsidenten reichen? Wenn man die Dinge in den letzten Monaten aufmerksam verfolgt hat, so war viel Aktivität von ihrer Seite zu spüren und ein Nachlassen der „freien“ Studenten zu beobachten. Selbst der alte Vorstand des VDS scheint dieser Entwicklung vorbeugend Rechnung zu tragen. Bei der am 26. und 27. März in Königstein veranstalteten Aussprache mit den Vertretern der studentischen Verbände hat man es bonnerseits nicht mehr für nötig — oder möglich — gehalten, über ein allgemeines,

Mulus ade!

„Und vergessen Sie den Taunus nicht!“ riet uns damals Prof. Gutenberg, als er uns einleitend eine kleine Lektion über das zukünftige Studium erteilte.

Wir begannen auch in einem Sommersemester und der Taunus lag mit seinen sanft geschwungenen Höhen wirklich verlockend vor den Toren Frankfurts. Die Linie 24 oder das Kleinbähnchen nach Königstein mit seinen schunkelnden Wagen hätte uns rasch der alma mater entführt und den Hörsaal mit Waldwiesen vertauschen lassen. Aber durften wir denn das, auch wenn von draußen die Sonne so einladend durch die Scheiben glänzte? Wir dachten zurück an die Schulzeit. Hitzfrei gab es nur bei einer Temperatur, die vielleicht in den Tropen ab und zu erreicht werden mochte. Und Schule schwänzen? Frevelhafte Tat! Der Vermerk im Klassenbuch war für ewige Zeiten ein unauslöschliches Makel, wenn nicht ein gütiger Lehrer ein Einsehen hatte.

Hier auf der Universität war alles anders. Der Strenge der Schulordnung folgte die viel zitierte akademische Freiheit. Mit dem „c. t.“ fing es an. Eine wunderbare Einrichtung, stets eine Viertelstunde später kommen zu dürfen und doch noch pünktlich zu sein. Manchen reichte allerdings auch diese Viertelstunde nicht und sie hatten ihre eigenen Ansichten über die Länge des „cum tempore“, übrigens wohl sehr zur Freude des Dozenten, dessen Vortrag durch Knarren der Tür eine musikalische Untermalung fand, und zum Vergnügen der Studenten, die jedesmal den Federhalter beiseitelegten, um zu schauen, wer sich da durch die hintere Tür einschleichen wollte. Versteht sich, daß besonders Damen mit größter Aufmerksamkeit empfangen wurden. Kamen sie vielleicht absichtlich zu spät?

A propos Damen: Sie haben sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte die Universitäten erobert. Manche Evestöchter scheinen nur gar keine Zeit zu haben. Mit Bienenfließ häkeln und stricken sie, nicht nur in den Pausen und schreiben alles während der Vorlesung mit, um es getrost nach Hause zu tragen. Ob sie in München nur noch stricken? Da nämlich kann im Studentenwerk jeder die Vorlesungen seiner Dozenten kaufen. In Frankfurt sind nur wenige Scripten, und die noch schlecht geschrieben, für teures Geld von geschäftstüchtigen Kommilitonen zu erstehen und wehe, wer sich arglos auf sie verläßt.

Ganz besonders zeigt sich dies in der philosophischen Fakultät, weil hier der Lehrberuf immer mehr Frauen anzieht, während die Männer in andere Fakultäten überwechseln in der Hoffnung, nach dem Abschluß mehr zu verdienen als ein Studienrat.

Erschreckend groß ist die Zahl der Hörer in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. In einigen Jahren werden sich wohl Tausende von Diplomkaufleuten und -volkswirten gegenseitig beschäftigen müssen, um einen Beruf zu finden, sie werden Stellen in Verwaltung und Wirtschaft suchen und für ein Geld arbeiten müssen, das in keinem Verhältnis zu den Kosten des Studiums steht, auch wenn es mit zur Zeit noch 6 Semestern das kürzeste an den Hochschulen ist und in Hessen Studiengeldfreiheit besteht.

Zunächst macht sich das trostlose Bild nur in der Universität bemerkbar. Die Hörsäle sind überfüllt, die Seminare und Übungen eine Massenveranstaltung anstatt eines kleinen Arbeitskreises, und der persönliche Kontakt zwischen Professoren und Studenten fehlt gewöhnlich vollends, ja oft auch zwischen den Kommilitonen selbst. Kaum sind die Vorlesungen beendet, ist alles im Nu verstreut. Bis zur nächsten Vorlesung sieht man niemanden wieder.

An wen soll man sich nun wenden angesichts des Labyrinth von Instituten, Seminaren, Büchereien, Hörsälen, Sekretariaten, Verordnungen und Sozialeinrichtungen? Die vom Asta (Allgemeiner Studentenausschuß) beauftragten Studienberater werden gern helfen, dem neuen Universitätsbürger die ersten Gehversuche zu erleichtern, und hier entstehen aus der gemeinsamen Ratlosigkeit auch die ersten Bekanntschaften.

Einen festen Lehrplan gibt es, mit Ausnahme der Technischen Hochschule und teilweise der medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultät, auf den Universitäten nicht. Welche von den vielen Vorlesungen, Übungen und Seminaren soll man wählen? Das ist auch ein neues Problem. Man muß sich nämlich den eigenen Studienplan aus den Zetteln zusammenrechnen, auf den die Dozenten kurz vor dem Beginn des Semesters die Stunden ihrer Vorlesungen und Seminare angeben. Aber da sind nicht nur die Ankündigungen der eigenen Fakultät, sondern es lohnt sich auch, gelegentlich einen Blick auf das Anschlagbrett anderer Fakultäten zu werfen. Nicht nur, weil sie im Flur vor dem Universitätssekretariat nebeneinander hängen. Wie herrlich, daß an der

Thema zu diskutieren. Man sprach einfach „über die Aufgaben des VDS“. Sollte das die Einweisung in die Arbeit des kommenden Jahres für die eventuellen Nachfolger gewesen sein?

Dann müßte man auch konstatieren, daß die Festredner der Münchener Tage, deren Einstellung zum Mensurenschlagen bekannt sein sollte, in diesem Jahr ihr erstes und letztes Auftreten an Deutschen Studententagen gegeben hätten.

Günther Gruppe

Tür des Hörsaals niemand die Eintrittsberechtigung kontrolliert. Ich entsinne mich meiner ersten Vorlesung. Wo dürfte ich mich wohl hinsetzen? In der Schule hatte ich in jeder Klasse „meine“ Bank gehabt. Hier war ich fremd und sie schoben mich zur Seite, als ich noch immer unschlüssig auf dem Mittelgang stand. Schließlich landete ich in der letzten Reihe. Nun, später fand ich auch weiter vorn Platz. Und wenn ich als Betriebswirt mich an medizinischen Vorlesungen versuchte oder bei den Philosophen „schmarotzte“, hat mich auch niemand hinausgeworfen.

In den Anfangssemestern ist am ehesten Zeit gegeben, sich einmal bei „den andern“ umzuhören. Wir beklagten uns damals, daß die Hauptvorlesungen unserer Fakultät immer mit denen der anderen kollidierten. Das ist leider heute noch so. Vielleicht lohnt sich aber doch ein Verzicht auf eine Vorlesung der eigenen Fakultät, die später gewiß noch ein zweites Mal gehört werden muß, wenn am Anfang des Studiums noch ein kleiner Rest von dem lebendig wird, was eigentlich die Universität ausmacht oder sie jedenfalls früher kennzeichnete. In den höheren Semestern ergibt sich die Spezialisierung ganz von selbst.

Die Nöte der Kriegs- und Nachkriegszeit haben den früheren Brauch, die Universitäten ein- oder mehrmals zu wechseln, beinahe aussterben lassen. Neue Professoren, andere Kollegen, fremde Städte runden ein Studium ab. Ja, mir erscheint solch ein „Tapetenwechsel“ so lohnend, daß ich nur jedem empfehlen kann, sich darum zu bemühen, auch wenn ihm wirtschaftliche Gründe entgegenstehen. Wenn sich die Allgemeinen Studentenausschüsse ein wenig mehr um den Austausch innerhalb Deutschlands bemühen, könnte noch vielen geholfen werden. Buden kann man nämlich tauschen,

Keine Zeit für Physiologie

„Kollege, kommen Sie nicht mit in die Chemie?“

„Nein! Ich habe heute Abgabe (anatomisches Colloquium).“

oder

„Nein! Wann soll ich denn meine Anatomie lernen?“

oder

„Nein! Mein alter Herr — und schließlich ist der alte Herr schon seit bald einem Menschenalter wohlbestallter Arzt und muß es ja wissen — hat sich auch nie um die physiologische Chemie gekümmert. Das ist halb so wichtig.“

oder (aber schon sehr selten)

„Könnte man mal tun, damit er mich mal wieder sieht. Ich will ja nach dem Semester Physik machen.“

Diesen Dialog mit der einen Frage und den mannigfachen Antworten kann jeder, der sich dafür interessiert, allmorgendlich während des Semesters um 9 Uhr vor dem Institut für Physiologie und Physiologische Chemie hören.

Warum ist das erwähnenswert? Wir brauchen nur einmal ein Studienbuch in die Hand zu nehmen, um für ein vorklinisches Studium folgende Verhältniszahlen der Pflichtvorlesungen zusammenzustellen:

Anatomie I	5
Anatomie II	5
Anatomie III	5
Histologie	3
Histologisch-mikroskopischer Kurs	5
Allgemeine Entwicklungsgeschichte	3
Spezielle Entwicklungsgeschichte	3
Präparierübungen I	15
Präparierübungen II	15
Topographische Anatomie	2
Summa	61
Physiologie I	5
Physiologie II	5
Physiologisches Praktikum (physikalischer Teil)	5
Summa	15
Physiologische Chemie I	5
Physiologische Chemie II	5
Physiologisches Praktikum (chemischer Teil)	5
Summa	15

Das Verhältnis 61 : 15 : 15 für die Pflichtvorlesungen ließe sich für die wahlfreien Kollegs ähnlich aufrechnen.

Ist es da nicht in der Ordnung, wenn der Medizinstudent sich darum sorgt, daß vor allen Dingen seine Kenntnisse in Anatomie gepflegt und vertieft werden? Ist doch Physiologie und Physiologische Chemie offenbar eine Sache, die so nebenher läuft. Hat doch auch ein Gremium erfahrener Männer im vergangenen Jahr eine neue Studienordnung mit dem Ziel einer besseren Ausbildung der deutschen Mediziner beraten und beschlossen, die Semesterzahl bis zum Physikum von 4 auf 5 Semester heraufzusetzen. Von einer breiteren Basis für die physiologischen Fächer war dabei nie etwas zu vernehmen.

In der Anatomie hat sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr die Forderung durchgesetzt, den Bauplan des Körpers nicht mehr ausschließlich descriptiv zu betrachten, sondern die anatomischen Gegebenheiten mehr und mehr als Teile eines funktionalistischen Ganzen zu sehen. Wo anders als in der Physiologie aber sollte sich der Lernende voraussetzendes Verständnis für solche funktionalistische Betrachtungsweise aneignen? Nachdem aber die Physiologie und insbesondere die physiologische Chemie durch die intensive Forschung in den Instituten der Universitäten und vor allen Dingen der pharmazeutischen Industrie schier unübersehbar geworden ist, wird ein Student sich das erforderliche Verständnis nicht mehr in der gleichen Zeit erarbeiten können, wie noch die Generation vor ihm. Er wird also mehr oder weniger zusammenhanglos und damit verständnislos anatomische Tatsachen auswendig lernen und entsprechend der Kapazität seines Gedächtnisses das Erlernte früher oder später zu Teilen wieder vergessen.

Nach bestandenenem Physikum soll der Student das Erkennen und Behandeln pathologischer Fälle erlernen. Wie kann er das,

und das läßt sich zwischen den Hochschulen noch besser organisieren. Auch daß die Finanzierung des Austausches Bundesrepublik—Berlin eingeschränkt wurde, ist recht bedauerlich.

Oft sind es aber unterschiedliche und komplizierte Prüfungsbestimmungen, die einen Wechsel der Universität zu einem teuren Vergnügen machen. Föderalismus und Kulturhoheit der Länder in Ehren, aber gern würde man zuweilen auf diese Hoheit der Kultur verzichten.

Gänzlich auf die Kultur verzichtet haben anscheinend schon einige Kommilitonen. Sie grüßen nicht beim Kommen oder Gehen, räumen ihr Geschirr in der Selbstbedienungsmensa nicht weg, bleiben geruhsam sitzen, auch wenn Kollegen wartend stehen und blasen mit Behagen den Rauch ihrer Zigarette über das Essen ihrer Gegenüber. Die gleichen „Chnothen“ treffen wir in den Hörsälen wieder. Sie kommen frühzeitig, packen ihre Mappe aus, belegen mit Heftchen und Zeitungen eine ganze Reihe und räumen am Ende mit Seelenruhe die verstreuten Requisiten wieder ein, vielleicht ein wenig resigniert, weil die Freundin, der der freie Platz gewidmet war, offenbar verschmäht hatte, an ihrer Seite Platz zu nehmen.

Der Asta protestierte einmal dagegen und untersagte das Belegen mit Zeitungen usw., nur Aktenmappen wurden anerkannt. Ich habe wenig Kollegen gesehen, die sich daran hielten. Mit ein paar höflichen Worten und wenn nötig etwas Nachdruck hilft sich am besten jeder selbst gegen die Rücksichtslosigkeit unverbesserlicher Zeitgenossen.

Wir können alle daran arbeiten, daß unsere Universität, die für uns geschaffen ist, auch von allen geachtet wird, von Generation zu Generation. Und jede hat sie mit ihrem Leben erfüllt. Nun steht eine neue bereit zu beginnen. Wie mag sie in diesen Mauern walten?

Oe

wenn er die normalen physiologischen Funktionen nicht kennt? Er wird wieder Schemen und Reaktionen auswendig lernen, die schon sein Vater als Empirie gelernt hat. Was nutzt uns aber die fortschrittliche Erkenntnis einzelner Wissenschaftler, wenn sie nicht Allgemeingut wenigstens der heranwachsenden Generation wird?

Immer wieder wird heute beanstandet, daß sich unsere Studenten nicht zu den sie berührenden Fragen äußern, daß sie von einer erschreckenden Interessenlosigkeit seien. Wann aber wird diesen Studenten einmal Gelegenheit gegeben werden, ihrer

FRANKFURTER RÜCHERSTUBE

SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 91494

Meinung zu ihrem Studiengang an richtigem Ort und zu rechter Zeit Ausdruck zu verleihen? Es ist den Studenten und den von ihnen erstrebten Berufsständen nicht genutzt, wenn die Examina in ihren Anforderungen hinaufgesetzt werden, ohne daß die Möglichkeit geschaffen wird, das verlangte Wissen an der Universität zu erwerben. Dies wird aber nur möglich sein, wenn der Studiengang den neuen Erfordernissen angepaßt wird.

Hannes Osterfeld

„... die Flammenzeichen rauchen!“

In Schwaben und Westfalen haben Schulkinder feierlich unter Vorantritt ihrer Lehrer Schriften verbrannt, die als Schund und Schmutz bezeichnet wurden.

Diese Nachricht erfüllt mit Sorge. Nicht wegen der Opfer, wohl aber wegen der Vernichtungsart. Erst vor 21 Jahren haben Bücher auf solchen Scheiterhaufen gebrannt: das Dritte Reich eröffnete unter seinem Propaganda-Satan Goebbels den Angriff der geistig Minderbemittelten, und Werke von Mann und Zweig, von Remarque und Kästner, von Werfel und Feuchtwanger loderten damals auf, und um die Flammen johlten die Fanatisierten.

Wir wollen gern glauben, daß nicht eine einzige der Schriften, die die Kinder auf den Holzstoß schleuderten, mit dem von den Nazis gemeuchelten Geist vergleichbar war. Aber dennoch wäre es besser, man unterließe solche Schaustellungen. Man macht auch aus Hinrichtungen in unseren Tagen kein öffentliches Sensations- und Gruselspektakel. Jeder Lärm macht unnötig interessant.

Ein anderes Bedenken ist noch größer. Wer Kinder Henkerdienste lehrt — und ein Henkerdienst bleibt es, sei die Exekution sachlich noch so gerecht! — der vergiftet ihre Seelen. Kinder können noch nicht sittliche Maßstäbe anlegen. In den jungen Exekutoren wird nicht das Verständnis für die Minderwertigkeit der Gerichteten zu erwarten sein; das Autodafé aber, dieses lärmende Moral- und Gruselstück, wird ihnen im Bewußtsein oder Unterbewußtsein bleiben. Und wie werden diese Kinder reagieren, wenn ihnen morgen oder wann immer wieder einmal ein Staat ansinnt, Bücher zu verbrennen, nur weil es in seine Politik paßt, sie für Schund und Schmutz zu halten —?

Erich Bohrer

DISKUS FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Alexander Böhm, Wolf Erich Kellner, Gernot Schweikhardt, Oscar Strobel, Gerhard Weber.

Für die Redaktion verantwortlich: Günther Gruppe, Udo Kollatz, Ernst Alexander Saupe, Werner Schaffernicht, Gernot Schweikhardt.

Verantwortlich für Marburg: G. Mehnert

Korrespondent in Bonn: Hans W. Nicklas

Geschäftsführung: Peter Götz, Anzeigenverwaltung: Heinrich Götz, Frankfurt a. M., Rheinstraße 7, Tel. 7 72 09.

Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 17, Tel. 7 00 91, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.

Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V.“; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.

Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstr. 60b, Tel. 5 11 78.

Abonnements zum Preise von DM 1,50 für zwei Semester schriftlich bestellen unter Einsendung des Geldes an die Geschäftsführung: Rheinstraße 7.

D(r). rer. nat. et theol?

Parlamentsbeschlüsse können einen Politiker nicht hindern, seine Ziele zu erreichen. Da der Bayerische Landtag 1952 den Ausbau der Philosophisch-theologischen Hochschule Regensburg zu einer vierten Landesuniversität abgelehnt hatte, marschierte der Kultusminister den Verwaltungsweg; im jetzt vorgelegten Haushaltsplan sind 14 neue Lehrstühle der ökonomischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen für die Theologisch-philosophischen Hochschulen Regensburg und Bamberg vorgesehen.

Prof. Kuen, Rektor in Erlangen, beantwortete dies Manöver mit einem Flugblatt, und die Bayerische Rektorenkonferenz unterstützte es durch einen offenen Brief an die den Haushalt beratenden Abgeordneten. In diesen Schriften wird festgestellt, daß die Errichtung der neuen Professuren nur ein Anfang sein könne, denn wenn erst naturwissenschaftliche Ordinarien in größerer Zahl in Bamberg säßen, müßten dort auch Institute, Seminarräume usw. mit entsprechenden Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Die geplanten volkswirtschaftlichen Vorlesungen in Regensburg würden wieder eine Ergänzung durch juristische erfordern usw. Kostenpunkt: mindestens 12 Mill. DM für den Ausbau der Institute, außerdem ca. 600 000 DM jährlich für wissenschaftliche Hilfskräfte und sonstige Angestellte. Es bestehe auch kein Bedürfnis, eine weitere Möglichkeit zum Erwerb des schon in München, Würzburg, Erlangen und Nürnberg erhältlichen „Diplom-Volkswirt“ zu schaffen; auch Lehrstühle für Mineralogie seien in Regensburg und Bamberg nicht am Platze, solange Würzburg als einzige deutsche Universität keinen besäße; außerdem würden die Arbeitsmöglichkeiten schon an den bestehenden Universitäten z. T. gar nicht voll ausgenutzt.

Dem ließe sich noch einiges hinzufügen. Vor allem ist die — ebenfalls in einem Flugblatt — von Bamberg aus getane Rechtfertigung, daß dort schon seit 1803 auch die Naturwissenschaften gelehrt wurden, abwegig. Die enormen Kosten, die heute für die Errichtung zumal chemischer und physikalischer Institute notwendig sind, lassen nur zwei Möglichkeiten zur Wahl: entweder eine Beschränkung der Lehre und Forschung auf wenige Hochschulen, die zwar mehr Studenten aufnehmen müssen, dafür aber auf der Höhe des wissenschaftlichen Fortschritts bleiben können, oder einen bescheidenen Unterricht, der dann auch nur ein bescheidenes Wissen vermitteln kann.

Aber über diesem triftigen Argument sollte das entscheidende nicht übersehen werden: Auch Bayerns Philosophisch-theologische Hochschulen sind nach Herkommen und Satzung „Hochschulen für das philosophische und theologische Studium und haben als solche vorzugsweise den Zweck, die

akademische Bildung zum geistlichen Berufe denjenigen zu vermitteln, welche eine Universität nicht besuchen.“ (VO vom 20. 10. 1910, GVBl S. 1069.) Bisher ist weder aus Bamberg noch aus Regensburg verlautet, daß die dortigen Hochschulen mit ihrer plötzlichen Erweiterung des Lehrkörpers um ein rundes Drittel den Charakter theologischer Ausbildungsstätten abzulegen gedenken — sie müßten denn Universitäten werden, was ihnen durch Landtagsbeschluß verweigert ist. Die geplante Erweiterung kann auch nicht die allgemeine freie Entwicklung von Forschung und Lehre fördern, denn sie geschähe auf Kosten der bestehenden Universitäten. Unlängst erst hat man in München festgestellt, daß die Politik der staatlichen Zuschüsse den notwendigen Wiederaufbau der dortigen Universität auf das 21. Jahrhundert zu vertagen scheint. Die Förderung von Regensburg und Bamberg läuft also darauf hinaus, konfessionell dirigierte Universitäten zu schaffen, Bekenntnisuniversitäten sozusagen. Dies wollen wir beizeiten beim rechten Namen genannt haben.

Udo Kollatz

Immer dünner

Zum fünften Male nach dem Krieg beschert uns der Verband deutscher Studentenschaften jetzt den Deutschen Hochschulführer — für 3,50 DM.

Nach der Ankündigung und dem wohlwollenden Vorwort des 1. Vorsitzenden des Verbandes — er zeichnet als Herausgeber verantwortlich — handelt es sich um „ein nützliches lückenloses Nachschlagewerk des Hochschullebens, das als Anfang einer für das kommende Jahr vorbereiteten Umgestaltung zur besseren Orientierung mit einem Stichwortverzeichnis versehen wurde“.

Daß der Hochschulführer in Wirklichkeit nicht viel mehr als eine unvollkommene Zahlen- und Stichwortsammlung ist, in der aalglatte Banalitäten über die Studien- und Lebensbedingungen, über die soziale und wirtschaftliche Betreuung an den einzelnen Hochschulorten kundgetan werden, haben die Delegierten der so trefflich umrissenen Hochschulen schon seit Jahren bemerkt und bemängelt: fast auf jeder Konferenz wurden Wünsche zu einer gründlichen Umarbeitung der kommenden Auflage vorgetragen. Deshalb kamen auch in diesem Jahr gleich nach der Ankündigung des „Standardwerkes“ wieder lebhaftere Anfragen von seiten der bereits eingeweihten Delegierten, ob sich denn endlich die Qualität gebessert habe.

„Ja, das Papier ist dünner und besser geworden!“ war die lakonische Antwort des Vorstandes.

Günter Gruppe

N. N. oder Liest nicht?

Rang und Titel sind unbekannt. Die Wohnung kennt keiner. Seine Herkunft wird verschwiegen. Und doch scheint man ihn nicht missen zu können im akademischen Leben, diesen Herrn N. N. Streng genommen ist er der letzte Universalgelehrte. Da dies unverzeihliche Anmaßung, bleibt er lieber anonym. 1950 war Herr N. N. in zwölf verschiedenen Ordinariaten Fachmann. Er war zuständig für Sinologie und Röntgenkunde, verpflichtet für Pharmakologie und Öffentliches Recht. Neben organischer Chemie las er über Betriebswirtschaftslehre. Indessen, die Jahre setzten ihm zu, Diagnose Gedächtnisschwund, so daß man ihn 1954 nur noch mit drei Lehrstühlen betraut hat. Das freut die Studenten, sie lieben die Abwechslung nicht nur, sondern sehen der endgültigen Dispensierung des imaginären Herrn N. N. mit Genugtuung entgegen. Wenn schon, denn schon, sagen sie, man sollte endlich auf alle vorhandenen ordentlichen Lehrstühle wohlbekanntes Dozenten berufen.

Der Herr N. N. war noch in anderer Weise eine aufregende Persönlichkeit. Als kühner Widerspruch zum Relativitätsprinzip und der negierten absoluten Gleichzeitigkeit. Denn er saß nicht nur auf vielen Lehrstühlen, sondern er saß zum Teil gleichzeitig auf ihnen. Konkreter: zur selben Stunde hatte er Staatskirchenrecht angekündigt und organische Experimentalchemie geplant! Der Eifer war sicher etwas über-

trieben. Aber immerhin kannte und erfüllte der Herr N. N., wozu solch ehrenhafte Berufungen verpflichteten.

Dies bleibt anzuerkennen. Um so mehr befremdet den durch solch übermenschliches Wollen gerührten Studenten ein anderes Kuriosum im Vorlesungsverzeichnis. Es ist minder auffällig, da es sich eigentlich von selbst versteht. Nur die Kundigen wittern peinlich Verschwiegenes. Verborgen ist es hinter dem Zusatz „Liest nicht“. Zweifellos ist das orientierend; trotzdem fragt man gelegentlich nach den Gründen. Nicht immer bleibt man ohne Bescheid: ein Sternchen vor dem Namen bedeutet die Emeritierung.

Neuerdings aber taucht das „Liest nicht“ auch außerhalb der erleuchtenden Verbindung mit dem Sternchen auf. Bei den Germanisten zum Beispiel. Früher stand an seiner Stelle immer „beurlaubt“. Das beruhigte insofern, als ein Urlaub irgendwann zu Ende gehen muß. Und er ging auch, aber nur für ein Semester. Die Studenten, die nicht gern ihre Dozenten missen, da ohnehin schon zu wenig, atmeten auf. Die sonst dicht gedrängten Seminare, die keine mehr sind, wurden etwas entlastet, allen zum Vorteil.

Es blieb eine kurze Freude. Verheißungen enthielt zwar das Vorlesungsverzeichnis noch zweimal, doch gingen sie nicht in Erfüllung. Nun entdeckt man an Stelle des annehmbaren „beurlaubt“ das einfache, lakonische „Liest nicht“. Ein wenig zu geschwätzig, weil überflüssig. Man hatte das stets auch ohne Hinweis bemerkt.

Man drängelt sich weiter. Das wäre das wenigste. Aber wenn schon ein Ordinariat für Goethezeit und Theatergeschichte errichtet, sieht man es lieber derart besetzt, daß darüber wirklich gelehrt wird.

Das simple „Liest nicht“ ist sicher so unmotiviert nicht wie sich's anhört. Immerhin aber wurde nun zehn Semester mit nur einer Unterbrechung nicht gelesen. Das scheint etwas viel. Vielleicht beruft man einmal den Herrn N. N. auf den Lehrstuhl? Dann besteht doch die Chance, daß er wieder seiner eigentlichen Funktion zugeführt wird, da, wie wir sahen und im Gegensatz zum mysteriösen „Liest nicht“, das Ende dieses Anonymus gewiß ist. Pause

Der Ruck-Zuckmayer

Ein Autor, der im Dritten Reich emigrierte, der in seinen jüngeren Jahren in einer Novelle die Unvereinbarkeit der Liebe mit preußischem Soldatsein zeigte, ist endlich zu einer positiveren Haltung bekehrt: sein jüngster, moralisch aufrüstender Film zeigt, daß die Kluff überwunden wird: Liebe und privates Glück treten hinter dem Soldatentum zurück; die Situation wird dadurch so geklärt, daß der Offizier keinen Grund mehr findet, sich — wie in der Novelle — zu erschießen, weil er den Zwiespalt nicht zu überwinden vermochte.

Die Wucht der Leinwandhandlung beweist die Unvermeidbarkeit des (jetzt wieder) aktuellen Sieges des Heroischen.

Ein Jahr nach der Beendigung des Siebenjährigen Krieges verliebte sich ein preußischer Offizier in ein schönes, allerdings nichtadliges Mädchen und wollte es heiraten. Der Vorgesetzte verweigert die Heiratserlaubnis; denn die Heirat sei nicht standesgemäß; außerdem habe das Mädchen einen schlechten Ruf. Der Offizier reicht daraufhin seinen Abschied ein. Die Soldaten, die ihren im Krieg erprobten Führer auch im Frieden nicht missen wollen, marschieren vor seine Wohnung und rufen im Chor die Namen der großen Schlachten: Leuthen, Torgau, Zorndorf usw. Erfolg: das Mädchen reist ab, der Offizier bleibt im Dienst. Die „Verpflichtung der großen Schlachten des Königs“ war stärker als menschliche Regungen. Das leuchtet dem Publikum auch ein, denn es handelt sich ja um Schlachten, die Preußens Größe begründeten: Da geht es nun einmal nicht anders. Der Film heißt „Eine Liebesgeschichte“ und ist nach der zitierten Novelle von Carl Zuckmayer unter dessen Mitwirkung gedreht worden.

Die Freiwillige Selbstkontrolle, Hüterin höherer sittlicher Werte, verlieh das Prädikat: „Wertvoll — Für Jugendliche unter 16 Jahren verboten“.

Gerhard Auch

GLUTAMINSÄURE-GRANULAT · HOMBURG ·

Originalpackung zu 100 g

Indiziert bei:

nervösen Erschöpfungszuständen, allgemeinen Ermüdungserscheinungen, Vorbereitung auf Examina, vor anstrengenden Konferenzen

Erhältlich in allen Apotheken



Chemiewerk HOMBURG Aktiengesellschaft
Frankfurt/Main

GLUTAMETTEN · HOMBURG ·

Originalpackung zu 100 Dragées



Argumente der Franzosen

An einem der letzten Januartage veranstaltete das „Comité Aixois d'Action pour la solution pacifique du problème allemand“ in der „Salle des Mariages“ des Rathauses ein kleines Fest der Argumente gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, zu dem sich viele Studentinnen und Studenten der beiden Fakultäten eingefunden hatten. Diese Versammlung war ein Glied in der Kette des ganz Frankreich umfassenden Versuches, mit Hilfe von Demonstrationen, Petitionen und dem Wirken von regionalen Aktionskomitees dem unschlüssigen Parlament in Paris auf die Anti-EVG-Sprünge zu helfen. Daß dabei nicht nur vernunftbetontes Denken, sondern vielmehr ein wachsendes Gefühl der Unzufriedenheit über die Abhängigkeit vom großen Alliierten über dem ebenso großen Teich und eine ans Irrationale grenzende Furcht vor dem erstarkten Nachbarn im Osten mitspielen, ist hinlänglich bekannt.

In der Einleitung seines Vortrages gab Philosophieprofessor Lapierre zu verstehen, daß er seine ablehnende Haltung gegenüber den Verträgen von Bonn und Paris mit einer nüchternen Betrachtung der augenblicklichen Lage und der zukünftigen Entwicklung nach einer eventuellen Ratifizierung des Deutschland- und Verteidigungsvertrages erklären wolle.

Die Anhänger der Europa-Armee gehen von der falschen Voraussetzung aus, die Sowjets warteten nur auf eine günstige Gelegenheit, um ihre Panzerdivisionen mit dem Marschziel Atlantik auf die Eroberungsreise zu schicken, weshalb vorbeugende, also defensive Maßnahmen gegen eine solche mögliche Aggression aus dem Osten erforderlich seien. Die sowjetische Expansion hat aber den heißen Krieg gar nicht nötig. Sie findet ihre natürlichen Partner in den Gegensätzen, die sich zwischen den einzelnen Ländern des Westens auftun und unüberbrückbar scheinen. Daraus ergibt sich, daß die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen kapitalistischen Ländern im Augenblick größer ist als die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes zwischen den beiden Antagonisten der Weltpolitik; denn die sowjetische Strategie des Kalten Krieges entspringt der auf allen Konferenzen zutage tretenden Absicht, die genannten Gegensätze weiterzuentwickeln, vor den eigenen Wagen zu spannen und in einzelnen Ländern jene Lage zu schaffen, die den Kommunisten den Weg zur politischen Macht freilegt. Der bekannte Artikel Stalins im „Bolschewik“ gibt genügend Aufschluß über das politische Kalkül des Kreml, dessen Verknennung zu völlig falschen Maßnahmen führen muß.

Im äußersten Falle wird die Europäische Armee 43 Divisionen umfassen. Dieses Verteidigungsaufgebot ist gegenüber den mächtigsten Landstreitkräften der Welt zur Bedeutungslosigkeit verurteilt und kann eine eventuelle russische Invasion höchstens schrecklicher gestalten, aber nicht letzten Endes aufhalten, geschweige denn abwehren. Für jeden nüchternen Beobachter muß dies eine Utopie bleiben. Die bei einer sowjetischen Aggression nicht zu vermeidende Besetzung des kontinental-europäischen Territoriums (immerhin nur ein Anhängsel der eurasiatischen Landmasse!) könnte nur mit Hilfe des bekannten „strategischen Bombardements“ durch amerikanische Bombengeschwader wieder rückgängig gemacht werden. Schon der Gedanke an eine solche Befreiung muß alle Kräfte für eine Politik des Friedens mobilisieren.

Die Verwirklichung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist unvereinbar mit der Wiedervereinigung Deutschlands. Ein gespaltenes Deutschland wird einmal ein Gefahrenherd für den Weltfrieden, zum anderen für den Frieden in Europa sein. Bei der Stellung der Bundes-

republik als Lieblingskind der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kontinent und als stärkste antibolschewistische Bastion dürfte eine Renaissance und Betonung des deutschen Militarismus nicht lange auf sich warten lassen. Das politische Empfinden der deutschen Politiker im Westen wird auf die Dauer kaum am jetzigen Eisernen Vorhang und auch nicht an der Oder-Neiße-Grenze haltmachen. Gestützt auf die gesamte Europa-Armee und auf das amerikanische Wohlwollen kann sich eine deutsche Irredenta entwickeln, deren einziges Ziel es sein wird, die sowjetische Besatzungszone zu befreien und die „territoires perdus“ wieder zurückzugewinnen. Dies aber bedeutet einen Mißbrauch der Verteidigungskräfte Westeuropas, dem Frankreich, das soviel unter Deutschland gelitten hat, nicht zustimmen kann. Besorgt schaut es auf die Manifestationen von Rechtskreisen in der Bundesrepublik, deren Druck sich der Kanzler kaum noch zu erwehren weiß.

Abgesehen von den Gefahren eines Krieges zur Wiedergewinnung deutscher Gebiete im Osten stellt die Bundesrepublik in einer verwirklichten europäischen Gemeinschaft eine Art Zeitzünder dar. Dank ihrer wirtschaftlichen Macht und völkischen Kraft würde sie bald über alle anderen Glieder dieser Gemeinschaft dominieren. Eine deutsche Hegemonie in Europa aber wäre für Frankreich eine Entwicklung, gegen die man sich mit allen Kräften zur Wehr setzen muß. Es genügt schon, den Außenhandel der Bundesrepublik und ihre Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern in allen Teilen der Welt zu betrachten, um hier auf der Hut zu sein. Eine weitere Gefahr für Frankreich liegt in einem eventuellen Ausscheiden der Bundesrepublik aus der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und in eigenmächtigen

Abenteuern weniger entschlossen westlich denkender Nachfolger Adenauers.

Die sechs Nationen, die zur Verteidigungsgemeinschaft zusammengeschlossen werden sollen, sind weit davon entfernt, Europa zu verkörpern. Zu dieser geographischen Tatsache tritt erschwerend hinzu, daß die Wirtschaften dieser Länder sich nicht ergänzen, sondern untereinander konkurrieren. Die Einfügung der EVG in die amerikanisch dirigierte Nato-Struktur und die damit verbundene „Kontrolle“ der für Verteidigungszwecke wesentlichen Schwerindustrie macht jede freie Entscheidungsgewalt innerhalb der Gemeinschaft von vornherein unmöglich. An die Stelle europäischer Lösungsversuche tritt das amerikanische Kommando. An der damit verbundenen teilweisen Aufgabe der Souveränität ist Frankreich aus historischen und psychologischen Gründen am wenigsten von allen sechs Nationen gelegen.

Ein aus der EVG geborenes Klein-Europa führt zur Bildung eines Kartells, in dem die Interessen der Kapitalisten wahrgenommen und ihre beherrschende Stellung nur noch weiter ausgebaut wird. Der Leidtragende dabei wird — wie immer — der kleine Mann sein, der, ganz gleich, unter welchen Bedingungen, auf die Annahme eines Arbeitsplatzes angewiesen ist.

Anschließend forderte der Redner an Stelle der EVG-Politik den inneren Aufbau Frankreichs, eine Produktionssteigerung an Stelle der Aufrüstungspolitik, die einmal zur sozialen Befriedung Frankreichs und zum anderen zur Entspannung in der Welt beitragen könne. Zur friedlichen Lösung des Deutschlandproblems führte er dann die russische Reihenfolge von Friedenvertrag, freien Wahlen, Unterzeichnung des Vertrages durch eine deutsche Regierung auf.

W. Terres

Maskottchen für IUS

Zwischen der International Union of Students (IUS) und dem Nationalverband der Studenten von England, Wales und Nordirland (NUS) wurde am 23. Februar dieses Jahres ein Abkommen über den Wiedereintritt der Engländer in die IUS in der Form einer „assoziierten Mitgliedschaft“ unterzeichnet. Das Abkommen soll den Ratstagungen der NUS im April und der IUS im August zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Der englische Nationalverband hat 1946 die International Union of Students in Prag mitbegründet. Nach dem Umsturz in der Tschechoslowakei 1948 und der Weigerung des kommunistisch orientierten IUS-Sekretariats zugunsten der dabei verhafteten Studenten zu protestieren, trat der englische, wie die meisten westlichen Nationalverbände aus dieser ersten großen internationalen Studentenunion aus. Die Neugründung der „Internationalen Studentenkonzferenz“ mit ihrem Sekretariat (COSEC) in Leiden durch die aus der IUS ausgetretenen Nationalverbände vermied bis heute den endgültigen Bruch mit Prag. Bei der Gründung der IUS gelang es den Kommunisten, die FDJ (Hochschulabteilung) zu einem gleichberechtigten Mitglied des internationalen Verbandes zu machen. Noch heute wird aus diesem Vorteil die gesamtdeutsche Vertretung der „Studenteninteressen“ durch die in der Zwischenzeit in Westdeutschland verbotene FDJ abgeleitet. Erst 1952 gelang es dem Verband Deutscher Studentenschaften auf der „2. Internationalen Studentenkonzferenz“, die Anerkennung als stimmberechtigtes Mitglied, das heißt, die Mehrheit der anwesenden Delegationen für sich zu gewinnen.

Mit dem Wiedereintritt in die IUS und dem gleichzeitigen Verbleiben in der „Internationalen Studentenkonzferenz“ versucht nun der englische Nationalverband einen zweigleisigen Weg. Dieses Experiment wird aber bereits vierzehn Tage nach der Unterzeichnung in London durch die propagandistische Ausnutzung dieses Schrittes in dem Pressedienst der IUS erheblich erschwert. Der erneute Versuch der praktischen Zusammenarbeit mit den Studentenverbänden hinter dem eisernen Vorhang wird dort als ein Ausscheren der Engländer aus der unter dem Einfluß amerikanischer Gelder und deutscher Lenkung stehenden „Internationalen Studentenkonzferenz“ ausgelegt und anderen nicht-kommunistischen Studentenverbänden zur Nachfolge empfohlen. Der Verband Deutscher Studentenschaften wird der Einflußnahme auf die Gestaltung des in Berlin erscheinenden „Studentenspiegels“ (ein im Auftrag der „Internationalen Studentenkonzferenz“

in mehreren Sprachen verbreiteter unabhängiger Pressedienst für Studentenzeitungen) beschuldigt. Wörtlich heißt es in dem IUS-Kommentar: „Die Haupttätigkeit ist in großen Maße von der Stiftung für Jugend- und Studentenangelegenheiten in New York abhängig, einer Körperschaft, die den amerikanischen Studenten weitgehend unbekannt ist“, — einem Kreis also, der nach dem Prager Kommentar Ziele verfolgt, die den Interessen der Studenten entgegenstehen. Und weiter: „Der Studentenspiegel, das halboffizielle Organ des COSEC unter der Regie des Verbandes Deutscher

Journalistisch interessierte Studenten finden Gelegenheit zur

Mitarbeit beim Diskus.

Schriftliche Bewerbungen erbitten

Die Herausgeber.

Studentenschaften, steht völlig außerhalb der Kontrolle derjenigen Studentenorganisationen, die an dem COSEC beteiligt sind.“ (... largely dependent on the Foundation for Youth and Student Affairs in New York, a body largely unknown to American students... Various circles which have nothing to do with students are trying to use COSEC for aims which are contrary to student's interests... Student Mirror/COSEC's semi official mouthpiece produced by the German VDS... completely outside the control of the student organisations participating in the Co-ordinating Secretariat.)

Fred Jarvis, der Präsident des englischen Nationalverbandes und Unterzeichner des Beitrittsabkommens vom 23. Februar in London, hat in Istanbul durch seine Stimmabgabe und deutliche Versicherungen sowohl die Befürchtung einer Beeinflussung des „Studentenspiegels“ wie der Arbeit von COSEC entschieden zurückgewiesen.

Die englische Delegation hat auf den künftigen IUS-Tagungen kein Stimmrecht. Es wird ihr also schwer fallen, sich gegen die Entstellungen und Unterstellungen in dem Prager Kommentar wirksam zu wehren. Wenn sich Jarvis nicht mit der IUS-Darstellung identifizieren will — es handelt sich um das offizielle Organ des Prager IUS-Sekretariats — wird er zumindest eine Richtigstellung von sich aus veröffentlichen müssen. Sonst könnte der Eindruck entstehen, daß er und die weiteren Mitglieder der englischen Delegation auf den künftigen IUS-Tagungen wie der Ziegenbock, das Maskottchen eines englischen Regiments, „assoziert“ in dem Massenaufgebot der International Union of Students mitmarschieren.

G. Schweikhardt

Nachrichten aus der Bundesrepublik

Über die Verhältnisse an der Saar sollen sich Vertreter der europäischen Studentenpresse informieren. Die Studentenschaft des Saarlandes hat sie für die Zeit vom 27. 4. bis 30. 4. nach Saarbrücken eingeladen.

Die Deutsche Ärzteschaft hat den Abiturienten geraten, sich nur dann zum Medizinstudium zu entschließen, wenn sie bereit seien, für lange Jahre eine unsichere Existenz in Kauf zu nehmen. Der jährliche Bedarf an Ärzten betrage in der Bundesrepublik 800, der Zugang liege zur Zeit aber bei 2500. Heute warten bereits 22 000 Ärzte zwischen 25 und 50 Jahren auf die Zulassung zur kassenärztlichen Tätigkeit.

Zum Deutschen Studententag, der vom 2. bis 5. Mai 1954 in München stattfindet, zeigen alle Akademien und Hochschulen der bildenden Künste des Bundesgebietes und West-Berlins ausgewählte Arbeiten ihrer Studierenden in der Münchener Akademie. An der Eröffnung der Kunstausstellung wird auch Bundespräsident Professor Heuß teilnehmen.

Die sechste Internationale Theaterwoche der Studentenbühnen findet vom 23. bis zum 31. Juli in Erlangen statt. Theatergruppen aus fünfzehn verschiedenen Ländern werden erwartet.



DAS SIEGEL

ist seit altersher ein Kennzeichen für die Echtheit.
In gleichem Sinne bürgt auch unsere Schutzmarke
für die stets zuverlässige Qualität aller unserer Erzeugnisse.

FARBWERKE HOECHSTAG.

vormalig Meister Lucius & Brüning
Frankfurt (M)-Hoechst



30000 Aufträge durch den Schnelldienst

Es gibt erfreuliche — es gibt unerfreuliche Jubiläen. Wer will beurteilen, ob das Jubiläum einer Notlösung erfreulich ist oder nicht?

Am 20. August 1948 erwuchs aus der Not der Studierenden an unserer Universität der „Studentische Schnelldienst“. Die Eignung der „Nebenstelle“, kurzfristige Aufträge ohne bürokratische Überbelastung abzuwickeln und damit der Behörde abzunehmen, begünstigte die Lizenzierung durch das Landesarbeitsamt erheblich. Erst am 12. Dezember 1951 übernahmen Asta und Senat das Protektorat — und erst von diesem Tage an datieren die Aufzeichnungen über die Zahl der Aufträge, der Arbeitsplätze, der geleisteten Arbeitsstunden — und nicht zuletzt des Verdienstes. 30 000 mal haben von jenem Datum an bis zum 1. dieses Monats Studierende unserer Universität oder der anderen Hochschulen in Frankfurt von der Vermittlung eines begrenzten Verdienstes Gebrauch gemacht; zum Teil sich auf diese Weise einen kleinen Zuschuß für eine notwendige Anschaffung oder nur einen vergnügten Abend verschafft — viele aber ihr ganzes Studium, wenn man es dann noch so nennen kann, auf diesem Wege finanziert.

Studenten machen grundsätzlich alles, von Nachhilfestunden bis zu Abmagerungskuren für überfütterte Hunde. Abgesehen von vielen unzumutbaren Aufträgen, die der Schnelldienst gar nicht erst weitergibt (Vertretungen für die ausgefallensten Waren auf reiner Provisionsbasis, Taxigirls, weibliche Begleitung für alleinstehende ältere Herren usw.) bleibt die Frage offen, ob man von seiten der Auftraggeber einem Studenten grundsätzlich jede Arbeit anbieten sollte. Es droht die Notlösung der vergangenen Jahre zu einer gefährlichen Gewohnheit für die Zukunft zu werden. Die Ausführung jeder Arbeit, und sei sie noch so stumpfsinnig, ist bis heute immer wieder erforderlich gewesen, wollte man der Vielzahl der auf den Verdienst Angewiesenen Rechnung tragen. In diesen Tagen erreichte der Umsatz 1 Million DM. Der „Job“ wurde zu einem festen Bestandteil des Studienplanes, aber auch zu einer wiederkehrenden Gelegenheitsbeschäftigung, die schon in ihrem steten Wechsel die Nervosität des „heute so und morgen so“ in sich trägt. Für nicht sehr studentisch aussehende Nutznießer des Schnelldienstes, die meist regelmäßig vor dem Wochenende auftauchen, hat sich dieser „Gelegenheitsjob“ als vorteilhafte Einrichtung erwiesen — man muß ja nicht zugreifen, wenn es sich nicht rentiert oder die Finger zu schmutzig werden. Für die Kommilitonen aber, die von dieser Arbeit leben müssen, wäre eine feste Halbtagsbeschäftigung die einzige Möglichkeit, trotz Arbeit das eigentliche Studium nicht vergessen zu müssen. Man darf annehmen, daß auch die Öffentlichkeit ein Interesse an einer entsprechenden Lösung des sozialen Problems haben muß, denn der Mißerfolg einer breiten Schicht unkonzentriert in ihrem Studium arbeitender junger Menschen wird ein erheblicher Verlust für die Gemeinschaft werden.

☆

gs

Die erste Nummer einer Zeitschrift mit dem Titel „Der Werkstudent“ erschien kürzlich in Nijmegen (Holland). Das Blatt soll vierzehntäglich herauskommen und die Aufgabe haben, alle Werkstudenten interessierenden Nachrichten zu veröffentlichen und den Zusammenhalt unter den Werkstudenten zu fördern. In der ersten erschienen neben Berichten aus der Praxis des Werkstudentenlebens auch eine Anzahl von Arbeitsangeboten. (Nijmeegs Universiteitsblad/Studentenspiegel).

Parlamentsbericht

Am 23. 2. 1954 sprach Professor Coing vor dem Studentenparlament über die Probleme der neuen Universitätssatzung im Zusammenhang mit den Forderungen der Studenten auf eine stärkere Beteiligung an der Selbstverwaltung. Der Referent stellte ausdrücklich fest, daß er seine privaten Ansichten vortrage, und

NACHRICHTEN DER VEREINIGUNG VON FREUNDEN UND FORDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

Neue Mitglieder:

Dr. Gerhard Littmann, Polizeipräsident, Frankfurt a. M., Savignystraße 30
 Gerhard Alois Westrick, Rechtsanwalt und Notar, Frankfurt a. M., An der Hauptwache 7/8
 Gradmann & Holler, München 2, Theaterstraße 7
 Dr. J. M. Bansa, Berlin W 15, Kurfürstendamm 206
 Dipl.-Ing. Paul Hesse, Frankfurt a. M.-Ginnheim, Höhenblick 58
 Bruno Boettger, Vorst.-Mitgl. d. Metallges. AG., Frankfurt a. M., Zeppelinallee 56
 Prof. Dr. J. Schmidt-Thomé, Frankfurt a. M.-Höchst, Franz-Henle-Straße 4
 Industrie- und Handelskammer, Frankfurt a. M.
 Oskar Schunk, München 2, Briener Straße 53/54
 Dr. Eduard von Nicolai, Frankfurt a. M., Friedrich-Ebert-Straße 19—21
 Holsteinisches Margarinewerk, Elbgau
 Hahne, von Storch & Co., Hamburg-Altona, Friedensallee 98—104
 Prof. Dr.-Ing. Dr. phil. Willibald Diemair, Frankfurt a. M., Reichsforststraße 36
 Priv. Doz. Dr. Friedrich Ohly, Frankfurt a. M., Unterlindau 43
 Herbert von Gans, Frankfurt a. M., Lindenring 35
 Dr. Dr. Christian Krull, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, Frankfurt a. M., Lichtensteiner Straße 2
 Prof. Dr. phil. Erwin Wolff, Frankfurt a. M., Arndtstraße 31
 C. & A. Brenninkmeyer GmbH., Frankfurt a. M., Zeil 48
 Erika von Eynern, Kronberg (Ts.), Königsteiner Straße 8
 Hermann Wagner, Frankfurt a. M., Bockenheimer Warte
 S. Durdlaucht Casimir Prinz Wittgenstein, Frankfurt a. M., Zeppelinallee 69
 Priv. Doz. Dr. med. Hugo Ruf, Frankfurt a. M., Heinrich-Hoffmann-Str. 2 a
 Dr. iur. J. E. Jüttel, Großherzoglich Luxemburgischer Konsul, Frankfurt a. M., August-Siebert-Straße 3
 Kölnische Rückversicherungsgesellschaft, Köln (Rh.), Deutscher Ring 11
 Heinrich Brunner, Direktor, Kronberg (Ts.), Jaminstraße 13
 Wolfgang von Meister, Bad Homburg v. d. H., Wilhelm-Meister-Straße 7
 Prof. Dr. Fritz Neumark, Frankfurt a. M., Große Fischerstraße 21
 Alexander Freiherr von Dörnberg, Hausen (Herfeld), Land, Alte Revierförsterei
 Dr. Marga Anders, Frankfurt a. M., Metzstraße 14
 Walther Labes, Generaldirektor der Kölnischen Rückversicherungsgesellschaft, Köln (Rh.), Deutscher Ring 11
 W. A. Menne, Präsident, Vorstandsmitglied der Farbwerke Höchst AG., Frankfurt a. M., Humpendinkstraße 9

Hochschulschnellnachrichten

Frankfurt

Aus der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
 Der außerordentliche Professor für Strafrecht, Strafprozeß- und Völkerrecht an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Prof. Dr. iur. Dr. phil. Wolfgang Preiser, hat einen Ruf auf das strafrechtliche Ordinariat der Universität Saarbrücken erhalten.

Aus der Medizinischen Fakultät:
 Prof. Dr. Dr. Oscar Gans wurde von der Societa Brasileira de Dermatologia e Sifilografia zum Ehrenmitglied ernannt.
 Privatdozent Dr. Werner Schrade ist zum außerplanmäßigen Professor ernannt worden.
 Privatdozent Dr. Hans-Joachim Schlümann (Pharmakologie und Toxikologie) hat sich von Rostock nach Frankfurt a. M. umhabilitiert.
 Prof. Dr. W. Artelt hat vom Kaiserlich Iranischen Kultusminister eine Einladung zum Teilnahme an der Jahrtausendfeier für Avicenna, die verbunden mit einem Kongreß, vom 21.—30. 4. in Teheran stattfinden wird, erhalten. Er wird einen Vortrag halten über: „Des médecins allemands du XVIIe siècle en Iran“.
 Prof. Dr. Otto Wiese wurde ab 1. 1. 54 zum leitenden Arzt und Leiter der Geschäftsstelle des „Rheinischen Tuberkulose-Ausschusses“, Düsseldorf, berufen.

Aus der Philosophischen Fakultät

Direktor i. R. des Historischen Museums Frankfurt a. M., Dr. Heinrich Bingemer für „Stadtgeschichte“.
 Prof. Dr. Paul Thieme wurde zur Abhaltung von Gastvorlesungen an der Universität Yale für das Sommersemester 1954 beurlaubt.
 Privatdozent Dr. Ernst Homann-Wedeking hat einen Ruf als außerordentlicher Professor für Archäologie an die Universität Hamburg erhalten.
 Oberstudienrat Dr. Eduard Bornemann wurde zum Honorarprofessor ernannt.
 Herr Robert Günther wurde mit dem Lektorat für „Russisch“ beauftragt.

Gedenkstunde für Paul Ehrlich und Emil von Behring



Bild: Bruno Waske

Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Paul Ehrlich und Emil v. Behring trafen sich am 14. März in der Frankfurter Paulskirche führende Männer der Wissenschaft aus aller Welt. Nach der Würdigung des Verdienstes der beiden Forscher, besonders durch den Bundespräsidenten, überreichte Professor Gans, der Rektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität dem Nobelpreisträger Professor Chain den Paul Ehrlich-Preis 1954.

Unser Bild aus der Gedenkstunde zeigt von links nach rechts: Bundespräsident Prof. Heuss, Se. M. Prof. Gans, Rektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Prof. Prigge, Direktor des Paul Ehrlich-Institutes in Frankfurt und Prof. Chain, den Empfänger des Paul Ehrlich-Preises.

Aus der Naturwissenschaftlichen Fakultät

Am 2. März 1954 verstarb der emeritierte ordentliche Professor der Chemie an der Justus-Liebig-Hochschule Gießen und Lehrbeauftragte an der Universität Frankfurt Dr. phil. nat. Ernst Weitz.
 Prof. Dr. Karl Egle hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Angewandte Botanik an der Universität Hamburg angenommen.
 Privatdozent Dr. Richard Honerjäger hat einen Ruf auf das Extraordinariat für Experimentalphysik an der Freien Universität Berlin angenommen.
 Privatdozent Dr. Rudolf Richter wurde zu einem einjährigen Stipendiat der Rockefeller Stiftung in USA für das Jahr 1954 beurlaubt.
 Dr. Wilhelm Halbsguth hat sich für das Fach „Botanik“ von der Universität Bonn nach Frankfurt umhabilitiert.

Aus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

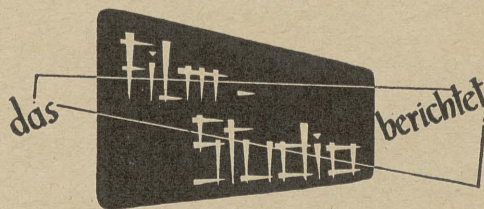
Prof. Dr. Richard Herzog wurde zum Wissenschaftlichen Rat an der Johann Wolfgang Goethe-Universität ernannt.
 Privatdozent Dr. Hans Möller wurde zum ordentlichen Professor für Theoretische Volkswirtschaftslehre ernannt.
 Lehraufträge wurden erteilt an:
 Dr. Theodor Ellinger für „Betriebswirtschaftliche Probleme einzelner Industriezweige“;
 Dr. Rudolf Gunzert, Direktor des Statistischen Amtes, für „Statistische Methoden der empirischen Sozialforschung“.

Darmstadt

Der ordentliche Professor (em.) für Architektur Geheimer Baurat D. Heinrich Walbe ist am 21. Januar 1954 im Alter von 88 Jahren verstorben.
 Der ordentliche Professor für Elektrotechnik und Direktor des Instituts für Hochspannungs- und Meßtechnik Dr.-Ing. Ernst Hueter ist am 24. Januar 1954 im Alter von 58 Jahren verstorben.
 Der ordentliche Professor (em.) für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Volkswirtschaftlichen Seminars Dr. phil. Max M u s s ist am 19. Februar 1954 im Alter von 68 Jahren verstorben.
 Dr.-Ing. Heinrich Wiegand wurde mit Wirkung vom 1. 10. 1953 zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Werkstoffkunde in der Fakultät für Maschinenbau berufen. Gleichzeitig wurde ihm die Leitung der Staatlichen Materialprüfungsanstalt übertragen.
 Prof. Dr. Wolfgang Luther wurde mit Wirkung vom 1. 1. 1954 zum a. o. Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Zoologie in der Fakultät für Chemie berufen.
 Prof. Dr.-Ing. Ludwig Lebrecht wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Instituts für Hochspannungs- und Meßtechnik bis zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls beauftragt.
 Prof. Dr. Kurt Sch w a b e wurde für das Wintersemester 1953/54 ein einstündiger unbesoldeter Lehrauftrag für „Elektrotechnische Meßmethoden“ in der Fakultät für Chemie erteilt.
 Prof. Dr.-Ing. Otto K i r s c h m e r wurde für das Wintersemester 1953/54 ein zweistündiger besoldeter Lehrauftrag für die Fächer „Angewandte Hydraulik“ und „Wasserkraftanlagen“ in der Fakultät für Bauingenieurwesen erteilt.
 Prof. Dr. Karl Schoenemann wurde auf Vorschlag der Bundesregierung zum Mitarbeiter der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen ernannt.
 Von den 3226 Studierenden des Wintersemesters 1953/54 waren 3062 Inländer und 164 Ausländer.
 Unter den ausländischen Studenten standen die Norweger mit 77 (47 v. H.) weit an der Spitze. Aus der Türkei kamen 21, aus dem Iran 11, aus Ägypten 8, aus Österreich und Griechenland je 7, aus der Schweiz 5, aus Indien und Luxemburg je 4, aus Argentinien, Nationalchina, Island, Syrien und USA je 2, aus Brasilien, Chile, Dänemark, Frankreich, Holland, Indonesien, Irak, Israel, Peru und Spanien je einer.

Gießen

Zum außerplanmäßigen Professor ernannt wurde Privatdozent Dr. Hans Joachim K a n o l d in der Naturwissenschaftlichen Fakultät.
 Der Leiter der Veterinär-Abteilung im Hessischen Ministerium des Innern, Regierungsdirektor Dr. S c h u l t z, wurde zum Honorarprofessor an der Veterinärmedizinischen Fakultät ernannt.



Mittwoch, den 21. April, 16.15, 18.30, 21 Uhr
 Donnerstag, den 22. April, 18.30, 21 Uhr

Sonderveranstaltung:
 „La nuit est mon Royaume“
 Regie: Georges Lacombe (1951), Dialoge: Charles Speak, Darsteller: Jean Gabin, Simone Valère, Gérard Oury
 Die Handlung zeigt die allmähliche Rückkehr eines erblindeten Lokomotivführers in ein Leben der Hoffnung und Liebe. Eine eindruckliche Spitzenleistung der französischen Produktion.

Mittwoch, den 28. April, 16.15, 18.30, 21 Uhr
 Donnerstag, den 29. April, 18.30, 21 Uhr

„Des Feuers Macht“
 Regie: Erich Menzel, Institut für wissenschaftliche Filme, Erlangen (1951). Kamera: Andor von Barsy
 Ein Farbfilm über den kulturgeschichtlichen Weg des Feuers und die vielfältigen Versuche, seine Kraft in den Dienst der Menschheit zu stellen.



The British Centre

„Die Brücke“

Frankfurt a. M., Friedrich Ebert-Str. 48
 Tel. 3 22 86 u. 3 37 94

British Centre ist eine Einrichtung zur Förderung kultureller und geistiger Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Es umfaßt Bibliothek, Lesesaal, Vortrags- und Kinosaal.

Monatsprogramm April 1954

Vortrag:
 Montag, den 5. April 1954, 18 Uhr, in deutscher Sprache, Mr. G. I. HUGHES, Departm. of Comparat. Studies, University of Manchester
 „T. S. Eliot's 'Cocktail Party' and 'The Confidential Clerk'“.

Konzert:
 Donnerstag, den 8. April 1954, 20 Uhr, Deutsch-Englischer Lieder-Abend, Erika MARGRAF, Sopran — Dr. G. Nestler am Flügel.
 Lieder von C. F. Händel, Joh. Chr. Bach, P. Hindemith, H. E. Apostel, B. Britten, R. Vaughan Williams, John Dowland, Rob Jones, F. Pilkington und Th. Ford.

Filme:
 5. 4.—10. 4. 1954 „RIG 20“, Ölbrandbekämpfung. „Umgang mit Atomen“, Ein Blick i. d. engl. Atomforschungsanstalt Harwell. „Wo einst Wüste war“, Erschließung neuer Ölfelder.
 12. 4.—15. 4. 1954: „Opus 65“, Richard Arnell besucht die Fordwerke und überträgt seine Eindrücke in Musik. „Instrumente des Orchesters“, Sir Malcolm Sargent gibt an Hand B. Britten'scher Musik eine Erläuterung aller Instrumente.
 20. 4.—24. 4. 1954: „The Conty Clerk“, Arbeit des Bürgermeisters einer schott Kleinstadt. „Royal Scotland“, Die königl. Familie auf Schloß Balmoral i. Schottland. „Schottische Wolle“, Farbfilm über die Herstellung schottischer Wollstoffe.
 26. 4.—30. 4. 1954: „Südamerika auf neuen Wegen“, Modernisierung d. Landwirtschaft und Erziehungsreform. „Peru“, Bilder von Land und Leuten.

Vorführungszeiten: Montag bis Freitag 14.00, 15.30 und 17.00 Uhr, Samstag nur 14.00 und 15.30 Uhr.
 Für Schulen Sondervorführungen des jeweiligen Wochenprogramms nach vorheriger fernmündlicher Vereinbarung (Telefon 3 37 94).

Plays and Playreadings
 Diese Leseabende fallen im April aus, werden jedoch im Mai fortgesetzt.

Filmvortragsreihe „Maler aus Leidenschaft“ veranstaltet vom Frankfurter Bund für Volksbildung e. V. Wiederholung der gesamten Reihe ab Samstag, dem 10. April 1954, 16.30 Uhr im Kinosaal der „Brücke“.

Veranstaltung des Verbandes für Europäische Touristik e. V.
 Dienstag, den 6. April 1954, 20 Uhr „Nordafrika“, Vortrag mit Farblichtbildern und Film im Kinosaal der „Brücke“.

Einzelheiten zu unseren Veranstaltungen:
 Die Presse sagt über ERIKA MARGRAF
 ... schon die Wiedergabe der Barockkantaten zu Beginn stellen den stimmlichen und den vorzüglichen musikalischen Fähigkeiten der jungen Sopranistin das beste Zeugnis aus ... Frankfurter Rundschau 22. 12. 52.

Wechsel Vorführungen von Dokumentar- und Kulturfilmen statt. Unsere Play Reading Group trifft sich zweimal monatlich donnerstags in der Bibliothek zum Play Reading.

Bitte, fordern Sie schriftlich oder fernmündlich unser Monatsprogramm.

nicht die des Senats bezüglich der Auslegung und Anwendung des Artikels 60 der Hessischen Verfassung in dem es heißt: „Die Universitäten haben das Recht auf Selbstverwaltung, an der die Studenten zu beteiligen sind“.

Professor Coing kam zu dem Ergebnis, daß die Studentenvertreter nicht in die bereits bestehenden Gremien der Universität entandt werden sollten. Als Gründe führte er an: 1. Der Lehrkörper sei eine dauernde Institution, in der der Hochschullehrer weitgehend mit einer Universität und ihrem Bestand verbunden ist. Die Studentenschaft sei dagegen in dauerndem Wechsel von einer zur anderen Universität. 2. Der Hochschullehrer sei als Beamter an eine festumrissene Geheimhaltungspflicht gebunden — dagegen bestehe für den Studentenvertreter keine Geheimhaltungspflicht; er müsse vielmehr vor den Organen der Studentischen Selbstverwaltung über seine Verhandlungen mit den Organen der Universität berichten. Aus diesen beiden Punkten folgte der Referent einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Hochschullehrer und Studentenvertreter. Für die Fakultäten und den Senat, so sagte er, sei die Unabhängigkeit der Abstimmung für die Wahrung der Unabhängigkeit von Lehre und Forschung unerlässlich. Der Gesetzgeber könne also mit dem Artikel 60 in der Hessischen Verfassung keinen Einbruch in diese Rechtssicherheit gemeint haben. Es sei aber zu begrüßen, wenn die Studentenschaft eigene Organe der Selbstverwaltung, wie zum Beispiel das Frankfurter Studentenparlament, gründe, und aus ihnen heraus mit Vorschlägen an die Fakultäten und den Senat herantrete. An diese Ausführungen schloß sich eine lebhaft Diskussions über die verschiedenen Auslegungen des Artikels 60.

Die Diskussion steigerte sich bis zu dem Vorwurf, die Dozenten könnten nicht objektiv zu diesem Problem Stellung nehmen — sie seien durch ihren von der Universität abhängigen Lebensunterhalt zwangsläufig voreingenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über die letzte Delegiertenkonferenz des VDS und das Problem der Studentenwerk e. V. gesprochen. Die Sitzung endete mit der Wahl des Überprüfungsausschusses für den letzten Asta und der Wahl des Ferienausschusses.

In der ersten Sitzung des neuen aus 40 Mitgliedern bestehenden Parlamentes am 25. 2. 1954, wurden der 1. und 2. Sprecher des Parlamentes und die 3 Asta-Vorsitzenden für das kommende Sommersemester gewählt. Im ersten Wahlgang erreichte Herr Schreiner mit 23 Stimmen die absolute Mehrheit als 1. Sprecher des Parlamentes. Herr Urbach wurde mit 24 Stimmen zum 2. Sprecher gewählt. Fräulein Vollmer konnte per Akklamation zur ersten Schriftführerin, Herr Brandt zum zweiten Schriftführer gewählt werden.

Herr Reiningger und Herr Eberl wurden für ein weiteres Semester Asta-Vorsitzende. Herr Erbach wurde an Stelle von Herrn Seidenberger, der nicht mehr kandidierte, zum 3. Vorsitzenden gewählt.

gs

Parteien und Wahlen in den USA

Licht- und Schattenseiten der amerikanischen Demokratie

Die Vereinigten Staaten haben eine sehr alte demokratische Tradition. Die Väter der US-Verfassung glaubten, ohne Parteien auskommen zu können. Auch wenn das ein Irrtum war, so hat doch dieser Gedanke das politische Leben Amerikas entscheidend geformt. Parteien sind in den USA viel unbedeutender als in Europa. Ihre einzige Aufgabe auf nationaler Ebene ist, „den Präsidenten zu machen“. Und das ist nur eine Folge der ungeheuren Ausdehnung der Vereinigten Staaten: Ein Präsidentschaftskandidat kann ohne Unterstützung einer großen Organisation (d. i. die Partei) schon finanziell keinen Wahlkampf durchführen. Die Partei hat aber nicht den geringsten Einfluß auf die Gesetzgebung des Kongresses (Repräsentantenhaus und Senat). Wie sollte sie das auch, da sich doch die Republikanische kaum von der Demokratischen Partei unterscheidet. Beide Parteien sind sowohl republikanisch als auch demokratisch. Ja, die Demokratische Partei nannte sich ursprünglich „Republikanische Partei“. Beide Parteien glauben an die kapitalistische Wirtschaftsform.

Ein kluger Amerikaner sagte einmal: „Niemand weiß, wofür politische Parteien in den USA eigentlich stehen. Sie sind für alles!“ Sie müssen aber auch für alles sein, denn ein Präsidentschaftskandidat, der 45% aller Stimmen bekommt, hat die Wahl noch immer völlig verloren. Er muß die Mehrheit haben, und die Mehrheit erhält er nur, wenn er gegen niemanden (im Inland!) und für alles ist.

Politische Gegensätze werden hauptsächlich innerhalb der Parteien ausgetragen. Der Gegensatz der Auffassungen zwischen einem demokratischen Senator aus New York und einem demokratischen Senator aus Nevada ist unvorstellbar groß, während ihn von seinem republikanischen Kollegen aus New York fast nichts trennt. Auch das ist leicht zu erklären: Jeder Kandidat muß die Mehrheit in seinem Wahlkreis erhalten. Der Wahlkreis bestimmt also die Politik. Ihm allein fühlt sich der Senator verpflichtet. Ihm kommt dabei zu Hilfe, daß er in keinem Fall wegen seiner Haltung im Senat (oder im Repräsentantenhaus) aus der Partei ausgeschlossen werden kann. Ein Fraktionszwang ist undenkbar. Bei Abstimmungen im Kongreß gehen die Fronten nahezu immer quer durch die Fraktionen.

Selbst der Begriff der Partei ist in den USA etwas ganz anderes als bei uns. Da es in Amerika keine Meldepflicht gibt, muß sich jeder Amerikaner, der wählen will (und darf) im Frühjahr registrieren lassen. Dabei gibt er an, für welche Partei er sich registrieren läßt. Nun ist er Mitglied dieser Partei. Er zahlt keinen Beitrag, er besucht keine Versammlung, aber er ist Mitglied der Partei. Er kann von der Partei auch nicht ausgeschlossen werden, denn die Partei ist an der Registrierung gar nicht beteiligt. Der Bürger aber kann sich nächstes Jahr für eine andere Partei registrieren lassen.

Etwa im Mai findet dann die primary, eine staatlich überwachte Vorwahl statt. In ihr stellen alle für eine Partei registrierten die Kandidaten dieser Partei auf. Nun ist klar, daß die Partei (in unserem Sinn) auch in den Wahlkreisen keinen Einfluß haben kann. Sogar das in Europa so wichtige

Privileg der Kandidatenaufstellung ist ihr genommen. Die Kandidaten werden von den Wählern aufgestellt und keine Taktik der Parteivorstände kann das verhindern.

Hier ist ein Zwischensatz notwendig: Die USA sind ein Bundesstaat. Alles was hier gesagt wird, gilt bestenfalls für die Mehrzahl der 48 Staaten, aber immer gibt es mindestens einen Staat, in dem eine Sache anders geregelt ist.

Nun kann sich der Wähler auch als „nonpartisan“ registrieren lassen. Aber dann darf er nicht an den primaries teilnehmen. Und wer wollte sich dieses Recht schon verscherzen? Die Registrierung für eine Partei sagt auch noch nichts über die spätere Wahl aus. So hat ein großer Teil der „demokratisch registrierten“ in Texas für Eisenhower gestimmt. Selbst die demokratischen Gouverneure von Texas und Südkarolina haben sich für den Republikaner Eisenhower eingesetzt. Sie fühlen sich aber nach wie vor als Demokraten — und Komitees wie „Demokraten für Eisenhower“ oder „Republikaner für Stevenson“ sind für Amerikaner gar nichts Besonderliches. Sie fanden sich bei der letzten Präsidentschaftswahl in fast jeder Stadt. Die Parteizugehörigkeit hat eben kaum etwas mit der Überzeugung (wovon auch?) zu tun. Sie wird ererbt, wie etwa die Zugehörigkeit zu einer Kirche.

Um noch einmal auf den Präsidentschaftskandidaten zurückzukommen: Er wird nicht in einer primary gewählt, sondern auf dem National-Konvent seiner Partei aufgestellt. Die Delegierten zu diesem Konvent allerdings werden in den primaries gewählt. Auf dem National-Konvent wird auch das Parteiprogramm angenommen, das aber — nach dem oben Gesagten — so gut wie keine Bedeutung hat. Fügt man noch hinzu, daß selbst die örtlichen Parteivorsitzenden in den primaries gewählt werden, so ergibt sich ein Bild von machtloser Parteibürokratie, von nur den Wählern verantwortlichen Abgeordneten und vorbildlicher Demokratie. So vorbildlich, daß sich einige Zweifel einschleichen.

Amerika ist nämlich nicht so sehr besser oder schlechter als Europa. Amerika ist in erster Linie anders als Europa. Und das führt uns zu Pendergast zurück.

Wer ist Pendergast?

Thomas J. Pendergast, geb. 1870, war der Beherrscher der „Parteimaschine“ von Kansas-City im Staate Missouri. Man sagt, daß ohne ihn Truman — der ja einmal Senator des Staates Missouri war — nie Präsident der Vereinigten Staaten geworden wäre. Deshalb ist Pendergast vielleicht besonders interessant. Aber im Grunde ist er nur einer unter den vielen bossen, die jahrzehntelang die Politik in den großen Städten beherrschten, wie Jack Arvey in Chicago und Frank Hague in Jersey-City.

Amerika ist das Land der Einwanderer. Einwanderer wollen schnell Geld verdienen. Was in der Politik vorgeht, interessiert sie erst viel später. Es sei denn, es würde ihnen jemand 5 Dollar dafür zahlen, daß sie wählen, und zwar einen bestimmten Kandidaten.

Dieser Jemand ist der boss der örtlichen Parteimaschine. Er kann sich darauf verlassen, daß die bestochenen Wähler seinen Kandidaten wählen, denn sie sind ja an sich politisch gar nicht interessiert. Außerdem wissen sie, daß ihre Einkommensquelle versiegt, wenn der boss die Wahl verliert.

Der boss braucht also Geld. Es gibt in Amerika keine Berufsbeamten in unserem Sinn. Wenn die Partei im Rathaus wechselt, wechseln auch die Angestellten (bis zum Straßenfeger und Polizisten). Die freigewordenen Stellen werden mit den verdienten Parteigängern der siegreichen Partei besetzt, die natürlich ihre Prozente vom Gehalt an den boss abführen müssen.

Dieses System der Stellenbesetzung verhilft dem boss aber auch zu eifrigen Wahlhelfern. Die kleinen Parteigänger, die schon wochenlang vor der Wahl jeden Haushalt in ihrem Bezirk aufsuchen und dort Propaganda für ihren Kandidaten machen, tun das weniger aus Idealismus, sondern mehr weil sie nach dem Sieg ihrer Partei auf eine gute Stelle hoffen.

Es gibt aber auch noch andere Finanzquellen. Pendergast z. B. handelte mit Zement. Es versteht sich von selbst, daß Kansas-City Zement nur von Pendergast bezog. Die Stadt veranlaßte aber auch jede Firma, die mit ihr in irgendeiner Verbindung stand, Zement nur bei Pendergast zu kaufen.

Viele Leute nannten das Korruption und liefen dagegen Sturm. Einer war Drogist. Eines Tages erschienen zwei Polizisten vor seinem Laden und untersuchten alle Kunden, die den Laden verließen, auf Rauschgift, das etwa ohne Rezept bezogen war; denn das ist ja eine der Aufgaben der Polizei. Die Kunden fanden das aber nicht sehr erfreulich, und nach einigen Wochen war der Drogist ruiniert.

Ebenso konnte es vorkommen, daß der Fahrstuhl in einem Geschäftshaus „aus Sicherheitsgründen“ stillgelegt wurde, bis der opponierende Rechtsanwalt im 9. Stock ruiniert war. Gab er noch immer nicht klein bei, so stellte das Gesund-

heitsamt fest, daß seine Badewanne nicht den sanitären Vorschriften entspräche, und entfernte sie. Und da auch die Richter gewählt werden, meist nur auf kurze Zeit und fast immer auf dem „ticket“ einer Partei, d. h. in Kansas-City nur nach Befürwortung durch Pendergast, kann man sich vorstellen, daß Pendergasts Gegner wenig Aussichten hatten, zu ihrem Recht zu kommen.

Endlich gibt es auch sog. „Friedhofsstimmen“. Pendergast z. B. ließ 60 000 Personen als Wähler registrieren, die längst auf dem Friedhof lagen. Da alle Angestellten der Stadt über seine „Maschine“ ins Amt gekommen waren, bestand gar keine Gefahr, daß einer von ihnen bei diesem Betrug nicht mitmachen würde. Und weil sich sehr viele Amerikaner nicht registrieren lassen, und selbst von den Registrierten nur etwa 50% wählen gehen, fallen diese Friedhofsstimmen erheblich ins Gewicht.

Pendergast wurde — wie viele amerikanische Gangster — durch die Bundes-Finanzbehörden aus dem Rennen geworfen. Er wurde wegen Steuerhinterziehung durch ein Bundes-Gericht im Jahre 1939 zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Er starb kurz nach seiner Entlassung.

Aber die Zeit der Parteimaschinen und der großen bossen in Amerika geht zu Ende. Das hat zahlreiche Gründe. Einer



ist der, daß immer weniger Amerikaner Einwanderer sind. Immer mehr amerikanische Wähler sind durch die Grundschulen gegangen, die sich bemühen, verantwortungsbewußte Staatsbürger zu erziehen. Ein weiterer Grund ist die Bemühung um die Schaffung des civil service (etwa unser Beamtentum). Und endlich muß ja ein boss, wenn er alle seine Parteigänger in städtischen Stellen unterbringen will, immer wieder auf eine Erhöhung der Kommunalsteuern drängen. Und das hat eine Grenze, an der auch der faulste Staatsbürger aufwacht. Denn der amerikanische Bürger ist sich seiner Macht als Steuerzahler wohl bewußt. Ein Beamter, der sich schlecht benimmt, bekommt sehr deutlich zu hören, daß es ja die Steuerzahler sind, die ihn unterhalten und nicht etwa der — imaginäre Begriff — Staat.

Die amerikanische Demokratie hat auch die Krise der großen bossen überwunden. Der verantwortungsbewußte Wähler hat das Steuer wieder in die Hand genommen. Wie unabhängig die Wähler dabei von Parteien sind, zeigt das folgende Beispiel: Im Staat New York wurde 1950 am gleichen Tag der Demokrat Lehman zum Senator, der Republikaner Dewey zum Gouverneur und in der Stadt New York (mit mehr als 50% der Einwohner des Staates) der Unabhängige Impelliteri zum Oberbürgermeister gewählt.

Und die Kandidaten respektieren die Unabhängigkeit der Wähler. Der unterlegene Präsidentschaftskandidat sendet noch in der Wahlnacht, sobald seine Niederlage deutlich wird, ein Glückwunschtelegramm an seinen siegreichen Nebenbuhler: „Das Volk hat für Sie entschieden. Ich sage Ihnen meine volle Unterstützung zu!“ Zur Demokratie gehört eben auch die Fairneß und die Achtung vor dem Willen der Wähler.
Peter Scholz

Stets

bereit
schnell
sauber
sicher
billig

Elektrizität

in jedem Gerät

Stadtwerke Frankfurt a. M.

Blick über das Fachgebiet hinaus

Ein Student

schreibt uns: „... vielleicht noch wesentlicher ist aber die Tatsache, daß sie meinen Blick über das engere Fachgebiet hinaus auf den politischen und allgemeinen menschlichen Standort gelenkt und dazu beigetragen hat, daß viele Angehörige meiner Generation die geistige Krise der bitteren Nachkriegsjahre überwunden haben.“

— durch die

Deutsche Zeitung
und Wirtschafts Zeitung

Für den Studenten

das Blatt für seriöse Publizistik
Wirtschaft - Politik - Kultur

Monatlicher Bezugspreis
für Studierende 2,90 DM

Verlangen Sie kostenlose Ansichtsexemplare vom Verlag: Stuttgart, Silberburgstraße 193 oder von unserem dortigen Beauftragten — siehe Aushang!

Der Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch-Düsseldorf-B, Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. Angebote unverbindlich!

2. *Diplom-Kaufleute und Diplom-Volkswirten wird empfohlen, im ersten Semester folgende Vorlesungen zu belegen und zu hören:*

a) Einführung in die Volkswirtschaftslehre. b) Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Übungen, falls diese vom gleichen Dozenten gehalten werden. c) allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Übungen, falls diese vom gleichen Dozenten gehalten werden. d) Bürgerliches und Handelsrecht für Wirtschaftswissenschaftler. e) Buchhaltung. f) Wirtschaftsrechnen I. g) Wirtschaftsrechnen II. h) Finanzmathematik. i) Statistik I. k) Vorlesung für Hörer aller Fakultäten.

3. *Diplom-Handelslehrern wird empfohlen, im ersten Semester folgende Vorlesungen zu belegen und zu hören:*

a) Wesen und Ziele der Bildung I. b) Einführung in die Psychologie. c) Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. d) Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. e) Einführung in die allgemeine Volkswirtschaftslehre. f) Allgemeine Volkswirtschaftslehre. g) Buchhaltung. h) Wirtschaftsrechnen I. i) Wirtschaftsrechnen II. k) Finanzmathematik. l) entsprechend den zu wählenden Prüfungsgebieten Vorlesungen und Übungen der Grammatik und Syntax einer Fremdsprache oder Experimentalchemie. m) Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten.

V. Vorklausuren

Die Vorklausuren können jeweils am Ende des Semesters nach vorheriger Anmeldung beim Diplom-Prüfungsamt geschrieben werden. Die Vorklausuren dürfen nur zweimal wiederholt werden und müssen bis Ende des vierten Semesters bestanden sein. Es wird empfohlen, sich sehr gründlich auf die Vorklausuren vorzubereiten, da es im Hinblick auf das weitere Studium angebracht erscheint, die technischen Fächer sehr bald hinter sich zu bringen. Es ist ratsam, bereits am Ende des ersten Semesters ein Vorklausur zu schreiben. Die Vorklausuren sind vierstündig und dürfen nur geschrieben werden, wenn folgende Vorlesungen gehört sind:

Klausur:	Vorlesungen:
a) Wirtschaftsrechnen und Finanzmathematik	Wirtschaftsrechnen I Wirtschaftsrechnen II Finanzmathematik
b) Buchhaltung	Buchhaltung I Buchhaltung II
c) Statistik	Statistik I Statistik II

Während die Vorklausuren in Wirtschaftsrechnen und Buchhaltung bereits nach dem ersten Semester geschrieben werden können, kann Statistik erst nach zwei Semestern geschrieben werden, da Statistik I und II nicht im gleichen Semester gelesen werden. Es ist zu beachten, daß Statistik II auch vor Statistik I gehört werden kann.

Studierende, die an einer anderen Universität Vorklausuren geschrieben haben, können beim Diplom-Prüfungsamt erfahren, inwieweit diese angerechnet werden. Als Termine für die Vorklausuren werden empfohlen:
Ende des 1. Semesters: Wirtschaftsrechnen und Finanzmathematik
Ende des 2. Semesters: Buchhaltung
Ende des 3. Semesters: Statistik

Die vorliegende Übersicht über das wirtschaftswissenschaftliche Studium gründet sich auf die Prüfungsordnung und berücksichtigt Erfahrungen. Zu weiteren Informationen stehen sowohl die Studienberater der Fakultät als auch die Assistenten der Fakultät zur Verfügung.

VI. Institutspraktiken

Das Institutspraktikum stellt den Nachweis für erfolgreiche Mitarbeit in einem Seminar, bzw. bei Betriebswirten in einem Hauptseminar dar. Die Teilnahme an einem betriebswirtschaftlichen Hauptseminar setzt die Teilnahme an mindestens einem betriebswirtschaftlichen Proseminar voraus, die durch einen Proseminarschein nachgewiesen wird. Ein Institutspraktikum wird gewährt

a) in den volkswirtschaftlichen Seminaren für die Anfertigung eines Referates sowie (in einigen Seminaren) erfolgreicher Teilnahme an einer Übungsklausur.

b) den betriebswirtschaftlichen Hauptseminaren für die Anfertigung eines Referates sowie (in jedem Fall) erfolgreicher Teilnahme an einer Übungsklausur.

Für die Anfertigung lediglich eines Referates oder Teilnahme lediglich an einer Übungsklausur wird ein Seminarschein gewährt. Zwei in aufeinanderfolgenden Semestern erworbene Seminarscheine ergeben ein Institutspraktikum.

Volkswirte müssen mindestens ein Institutspraktikum in einem volkswirtschaftlichen, Betriebswirte mindestens ein Institutspraktikum in einem betriebswirtschaftlichen Seminar erworben haben.

Im übrigen wird empfohlen, erst ab dem 4. Semester an Seminaren bzw. Hauptseminaren teilzunehmen.

A. Diplomprüfungen

1. Diplomprüfung für Volkswirte

Die Prüfung für Diplom-Volkswirte bildet den ordnungsmäßigen Abschluß des volkswirtschaftlichen Hochschulstudiums. Auf Grund der bestandenen Prüfungen wird der Grad „Diplom-Volkswirt“ verliehen.

Der Kandidat muß sechs Semester an einer anerkannten deutschen Hochschule dem Studium der Wissenschaften, die Gegenstand der Diplom-Prüfung sind, obgelegen haben. Davon muß er das letzte und mindestens ein früheres Semester an der beteiligten Hochschule studiert haben. Außerdem muß er mindestens ein halbes Jahr praktisch in der Wirtschaft gearbeitet haben. Die praktische Tätigkeit kann vor Beginn des Studiums liegen oder während der Semesterferien abgeleistet werden. Sie muß spätestens zu Beginn des fünften Semesters abgeleistet sein.

Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:

- Allgemeine Volkswirtschaftslehre einschließlich Geld-, Bank- und Börsenwesen.
- Besondere Volkswirtschaftslehre (Wirtschafts- und Sozialpolitik) einschließlich Wirtschaftsgeschichte.
- Finanzwissenschaft.
- Betriebswirtschaftslehre.
- a) die wirtschaftlich wichtigen Gebiete des Bürgerlichen Rechts (ohne Familien- und Erbrecht) sowie Handels- und Wechselrecht;
b) das geltende Staats- und Verwaltungsrecht (einschließlich Steuerrecht).

Die Prüfung kann auf Antrag des Kandidaten durch Beschluß des Prüfungsamtes um ein Pflichtfach vermindert werden, wenn der Kandidat während der letzten drei Jahre in dem Pflichtfach vor einer staatlichen Prüfungsbehörde eine Prüfung bestanden hat, in der mindestens die gleichen Anforderungen gestellt wurden. Unter den gleichen Voraussetzungen kann auch die wissenschaftliche Arbeit erlassen werden. Außerdem kann auf Antrag des Kandidaten bei der Prüfung selbst oder nach bestandener Prüfung über die Prüfungsfächer hinaus in einem oder mehreren Ergänzungsfächern geprüft werden.

Die Prüfung besteht aus einem mündlichen und einem schriftlichen Teil. Die Prüfungsleistungen müssen im allgemeinen aufeinander folgen. Doch können einem Kandidaten, der die Prüfung nach Ansicht des Prüfungsamtes ohne sein Verschulden hat abbrechen müssen, die schriftlichen Prüfungen noch innerhalb zweier Semester angerechnet werden.

Schriftliche Prüfung:

Die schriftliche Prüfung umfaßt folgende Leistungen:

- eine wissenschaftliche Arbeit aus der Volkswirtschaftslehre. Ein Thema hierzu kann von dem Kandidaten frühestens im Laufe des vierten Studienseesters beim Prüfungsamt beantragt werden. Das Thema wird durch das Los bestimmt. Die Frist zur Abgabe der wissenschaftlichen Arbeit umfaßt den Zeitraum von sechs Monaten;
- je eine Klausurarbeit aus den fünf Pflichtfächern (siehe oben). Für jede Klausurarbeit werden mindestens zwei Aufgaben zur Wahl gestellt, zur Anfertigung stehen je bis zu vier Stunden zur Verfügung.

Mündliche Prüfung:

Über die Zulassung zur mündlichen Prüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsamtes. Nicht zugelassen wird, wer in der wissenschaftlichen Arbeit oder in zwei Klausur-

arbeiten nicht genügt hat. Das Ergebnis der Prüfung wird auf Grund der mündlichen und schriftlichen Prüfung bestimmt. Die Leistungen des Kandidaten in Übungen und Seminaren können dabei berücksichtigt werden. Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn der Kandidat in zwei Pflichtfächern nicht genügt oder wenn das Ungenügend in einem Pflichtfach nicht durch gute Leistungen in anderen Pflichtfächern ausgeglichen wird.

Wer die Prüfung nicht bestanden hat, kann sie frühestens nach einem Semester wiederholen. Hierbei kann ihm das Prüfungsamt die Prüfung in solchen Fächern erlassen, in denen die Leistungen bei der ersten Prüfung mindestens als „gut“ beurteilt worden sind. Ist die wissenschaftliche Arbeit mindestens als „befriedigend“ beurteilt worden, so kann sie noch einmal unverändert oder umgearbeitet eingereicht werden.

Eine zweite Wiederholung ist nur aus wichtigen Gründen mit Genehmigung des Ministers zulässig.

Die Prüfungsgebühren in Höhe von DM 100,— für die Diplom-Prüfung für Volkswirte (Wiederholungsprüfung DM 50,—; für erweiterte Prüfung DM 40,—; Wiederholung der erweiterten Prüfung DM 20,— sind zugleich mit der Meldung zur Prüfung zu entrichten. Sie sind an die Universitätsquästur zu zahlen.

2 Diplomprüfung für Kaufleute

Die Kaufmännische Diplomprüfung bildet den ordnungsmäßigen Abschluß des betriebswirtschaftlichen Studiums. Auf Grund der bestandenen Prüfung wird der Grad „Diplom-Kaufmann“ verliehen.

Der Kandidat muß sechs Semester ordnungsgemäß an einer anerkannten deutschen Hochschule dem Studium der Wissenschaften, die Gegenstand der Diplomprüfung sind, obgelegen haben. Davon muß er das letzte und mindestens ein früheres Semester an der beteiligten Hochschule studiert haben. Außerdem muß er mindestens ein halbes Jahr kaufmännisch tätig gewesen sein. Die kaufmännisch-praktische Tätigkeit kann vor Beginn des Studiums liegen oder während der Semesterferien abgeleistet werden. Sie muß spätestens zu Beginn des fünften Semesters abgeleistet sein.

Die Prüfung erstreckt sich auf vier Pflichtfächer und ein Wahlfach:

Pflichtfächer sind: 1. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2. Besondere Betriebswirtschaftslehre (Betriebswirtschaftslehre der Banken oder der Fabriken oder des Warenhandels oder der Versicherung oder des Verkehrs oder des Treuhandwesens oder Betriebswirtschaftliche Steuerlehre), 3. Volkswirtschaftslehre, 4. a) die wirtschaftlich wichtigen Gebiete des Bürgerlichen Rechts (ohne Familien- und Erbrecht) sowie Handels- und Wirtschaftsrecht, b) das geltende Staats- und Verwaltungsrecht (einschließlich Steuerrecht).

Als Wahlfächer sind zugelassen: 1. Statistik, 2. Wirtschaftsgeschichte, 3. Wirtschaftsgeographie, 4. Genossenschaftswesen, 5. Besondere Betriebswirtschaftslehre (sofern diese nicht bereits unter die Pflichtfächer fällt), 6. Technologie, 7. Fremdsprachen, die an der beteiligten Hochschule gelehrt werden.

Durch Beschluß des Prüfungsamtes können weitere Wahlfächer, die an der beteiligten Hochschule hinreichend vertreten sind, zugelassen werden.

Die Prüfung kann auf Antrag des Kandidaten durch Beschluß des Prüfungsamtes um ein Gebiet vermindert werden, in dem der Kandidat während der letzten drei Jahre vor einer staatlichen Prüfungsbehörde eine Prüfung bestanden hat, in der mindestens die gleichen Anforderungen gestellt wurden. Unter den gleichen Voraussetzungen kann auch die wissenschaftliche Arbeit erlassen werden. Außerdem kann auf Antrag des Kandidaten bei der Prüfung selbst oder nach bestandener Prüfung über die Prüfungsfächer hinaus in einem oder mehreren Ergänzungsfächern geprüft werden.

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Die Prüfungsleistungen müssen im allgemeinen aufeinander folgen. Doch können einem Kandidaten, der die Prüfung nach Ansicht des Prüfungsamtes ohne sein Verschulden hat abbrechen müssen, die schriftlichen Prüfungsleistungen noch innerhalb zweier Semester angerechnet werden.

Schriftliche Prüfung:

Die schriftliche Prüfung umfaßt folgende Leistungen:

- Eine wissenschaftliche Arbeit aus der Betriebs- oder Volkswirtschaftslehre. Ein Thema hierzu kann vom Kandidaten frühestens im Laufe des vierten Studienseesters beim Prüfungsamt beantragt werden. Das Thema wird durch das Los bestimmt. Die Frist zur Abgabe der wissenschaftlichen Arbeit umfaßt den Zeitraum von sechs Monaten.
- je eine Klausurarbeit aus den Prüfungsfächern 1, 2, 3 und 4 a). Für jede der Klausurarbeiten werden zwei Aufgaben zur Wahl gestellt, zur Anfertigung stehen je bis zu vier Stunden zur Verfügung.

Mündliche Prüfung:

Die Bestimmungen entsprechen wörtlich denen der mündlichen Prüfung für Diplom-Volkswirte.

3. Diplomprüfung für das Handelslehramt

Durch die Diplomprüfung wird die wissenschaftliche Befähigung für das Handelslehramt nachgewiesen. Auf Grund der bestandenen Prüfung wird der Grad „Diplom-Handelslehrer“ verliehen.

Der Kandidat muß sechs Semester ordnungsgemäß an einer anerkannten deutschen Hochschule dem Studium der Wissenschaften, die Gegenstand der Diplomprüfung sind, obgelegen haben und darf das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben. Er muß das letzte und mindestens ein früheres Semester an der beteiligten Hochschule studiert haben. Kandidaten, die die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen bestanden haben und sich der beschränkten Prüfung (siehe unten) unterziehen wollen, können erst nach einem Studium von mindestens drei Semestern auf dem Gebiet der Betriebswirtschaft zur Prüfung zugelassen werden. Der Kandidat muß zwei Semester hindurch mit Erfolg am Unterricht und an den Übungen in einer Berufs- oder Handelsschule teilgenommen haben.

Die Prüfung erstreckt sich auf fünf Fächer. Zwei davon sind Pflichtfächer, drei Wahlfächer. Die Pflichtfächer sind:

- allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2. Pädagogik.

Die Wahlgebiete können nur in Gruppen gewählt werden.

Zur Hauptgruppe gehören: 1. Besondere Betriebswirtschaftslehre (Betriebswirtschaftslehre der Banken oder der Industrie oder des Warenhandels oder der Versicherung oder des Verkehrs oder des Treuhandwesens einschließlich der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre), 2. Volkswirtschaftslehre, 3. a) die wirtschaftlich wichtigen Gebiete des Bürgerlichen Rechts (ohne Familien- und Erbrecht), sowie Handels- und Wirtschaftsrecht, b) das geltende Staats- und Verwaltungsrecht.

Zur zweiten Gruppe gehören: 1. eine fremde Sprache im Zusammenhang mit der Kultur ihres Sprachgebiets (Oberstufe), 2. eine zweite fremde Sprache, sprachlich-technisch (Unterstufe) mit besonderer Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Ausdrucksform (Handelsbriefwechsel) oder Deutsch oder Wirtschaftsgeographie oder Wirtschaftsgeschichte, 3. Volkswirtschaft oder Rechtswissenschaft oder Wirtschaftsgeographie.

Zur dritten Gruppe gehören: 1. Chemie mit ihren wirtschaftlichen Anwendungsgebieten, 2. Physik, insbesondere der chemischen oder physikalischen Technologie, 3. Wirtschaftsgeographie.

Die Kandidaten der dritten Gruppe und diejenigen der zweiten, die die Volkswirtschaft oder Rechtswissenschaft als Prüfungsfach nicht wählen, haben nachzuweisen, daß sie sich an grundlegenden Vorlesungen und Übungen auf dem nicht gewählten Gebiet beteiligt haben. Für die Wirtschaftsgeographie hat jeder Kandidat auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Gruppe den gleichen Nachweis zu erbringen, auch wenn dieses Fach für ihn nicht Prüfungsfach ist.

Die Prüfung kann auf Antrag des Kandidaten durch Beschluß des Prüfungsamtes bis auf drei Fächer, unter denen sich die beiden Pflichtfächer befinden müssen, beschränkt werden, wenn der Kandidat während der letzten drei Jahre in den Fächern, von denen er befreit sein will, vor einer staatlichen Prüfungsbehörde eine Prüfung bestanden hat, in der mindestens die gleichen Anforderungen gestellt wurden. Unter den gleichen Voraussetzungen kann auch die wissenschaftliche Arbeit erlassen werden.

Übersicht über die Prüfungsordnungen

der Fachrichtungen sämtlicher Fakultäten an den Universitäten des Landes Hessen

Kandidaten, die die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen bestanden und in einem der Gebiete Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Fremdsprache, Mathematik, Physik oder Chemie die Lehrbefähigung für die Oberstufe erlangt haben, werden zu einer beschränkten Prüfung zugelassen, die allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Pädagogik und zwei Ergänzungsblätter umfaßt. Diese Ergänzungsprüfung erstreckt sich in der Chemie und Physik auf ihre wirtschaftlichen Anwendungsgebiete, insbesondere auf die Technologie, in den Fremdsprachen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Sprachgebietes und die Verkehrssprache des Handels (Handelsbriefwechsel), in der Wirtschaftsgeographie auf die Grundzüge der Geographie des Menschen und die Länderkunde Mitteleuropas und eines anderen wichtigen Erdgebietes.

Der Kandidat kann auf seinen Antrag bei der Prüfung selbst oder nach bestandener Prüfung über die ordentlichen Prüfungsfächer hinaus in einem oder mehreren Ergänzungsfächern geprüft werden.

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Die Prüfungsleistungen müssen im allgemeinen aufeinander folgen. Doch können einem Kandidaten, der die Prüfung nach Ansicht des Prüfungsausschusses ohne sein Verschulden hat abbrechen müssen, die schriftlichen Prüfungsleistungen noch innerhalb zweier Semester angerechnet werden.

Schriftliche Prüfung:

Die schriftliche Prüfung umfaßt folgende Leistungen:

1. eine wissenschaftliche Arbeit aus einem der Prüfungsfächer. Ein Thema hierzu kann vom Kandidaten frühestens im Laufe des vierten Studiensemesters beim Prüfungsausschuss beantragt werden. Das Thema wird durch das Los bestimmt. Die Frist zur Abgabe der wissenschaftlichen Arbeit umfaßt den Zeitraum von sechs Monaten.
2. je eine Klausurarbeit über eine Aufgabe oder Aufgaben-Gruppe in vier Fächern. Diese Fächer sind:
 - a) in der wirtschaftswissenschaftlichen Gruppe: Betriebswirtschaftslehre, Pädagogik, Volkswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft.
 - b) in der sprachlichen Gruppe: Betriebswirtschaftslehre, Pädagogik, erste fremde Sprache, zweite fremde Sprache oder Wirtschaftsgeographie.
 - c) in der geographisch-technologischen Gruppe: Betriebswirtschaftslehre, Pädagogik, chemische oder physikalische Technologie, Wirtschaftsgeographie.Für jede Klausurarbeit wird bis zu vier Stunden Zeit gewährt.

Mündliche Prüfung:

Die Bestimmungen entsprechen wörtlich denen der mündlichen Prüfung für Diplom-Volkswirte.

B. Promotionsordnung

der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Die Fakultät verleiht den Grad eines Dr. rer. pol. auf Grund einer von dem Bewerber verfaßten Dissertation und einer vor der Fakultät erfolgreich abgelegten mündlichen Prüfung. Ein Rechtsanspruch auf Zulassung zur Promotion besteht nicht.

Der Bewerber muß das Reifezeugnis einer anerkannten deutschen höheren Schule oder ein als gleichwertig anerkanntes Zeugnis besitzen.

Weitere Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion: Der Bewerber muß ein mindestens acht-semesteriges Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an deutschen oder gleichwertigen ausländischen Universitäten oder Handelshochschulen nachweisen und die Prüfung eines Diplom-Handelslehrers oder eine entsprechende ausländische Prüfung bestanden haben.

Nach der Ablegung der Diplomprüfung muß der Bewerber mindestens zwei Semester an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität ordnungsgemäß studiert haben.

In Ausnahmefällen kann die Fakultät von der Ablegung der Diplomprüfung absehen, wenn eine außergewöhnliche wissenschaftliche Leistung vorliegt.

Der Bewerber muß sich ferner als Schüler oder wissenschaftlicher Mitarbeiter eines habilitierten Dozenten der Fakultät ausweisen. Von diesem Grundsatz kann nur in ganz besonderen Fällen abgegangen werden.

Dem Gesuch um Zulassung zur Dr.-Prüfung, das an den Dekan der Fakultät zu richten ist, sind beizufügen:

1. Ein in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, der namentlich auch über den Bildungsgang des Bewerbers Aufschluß gibt, sowie ein Lichtbild.
2. Die Zeugnisse über die Vorbildung, das Diplom in einer beglaubigten Abschrift und ein nach Fächern geordnetes Verzeichnis der gehörten Vorlesungen.
3. Ein Leumundszeugnis der zuständigen Universitätsbehörde, oder, wenn der Bewerber nicht mehr studiert, ein polizeiliches Führungszeugnis.
4. Eine Erklärung darüber, ob und mit welchem Erfolge der Bewerber sich bereits einer Doktorprüfung oder einer Staatsprüfung unterzogen hat.
5. Zwei Exemplare der in deutscher Sprache abgefaßten Dissertation. Sie ist in Maschinenschrift und geheftet oder gebunden einzureichen. Dem Bewerber steht es frei, noch andere von ihm verfaßte, durch den Druck veröffentlichte Schriften beizufügen.
6. Eine Erklärung, ob die eingereichte Arbeit oder wesentliche Teile derselben bereits einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegen haben. Ist das der Fall, so bestimmt die Fakultät, ob die Arbeit als Dissertation zugelassen ist.
7. Am Schluß der Dissertation hat folgende Erklärung des Bewerbers, von ihm unterzeichnet, zu stehen:
„Ich versichere hiermit eidesstattlich, daß ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Benutzung der angeführten Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Sämtliche Entlehnungen oder Anlehnungen sind durch Quellenangabe kenntlich gemacht.“
8. Eine Quittung über die gezahlte Promotionsgebühr.

Für die Abgabe der erforderlichen Erklärungen sind die von der Fakultät vorgeschriebenen Formulare zu benutzen.

Die eingereichte Dissertation wird von zwei Referenten begutachtet. Wenn die Dissertation abgelehnt wird, ist die Doktorprüfung als nicht bestanden beendet.

Nach Annahme der Dissertation durch die Gutachter bestimmt der Dekan einen Termin für die mündliche Prüfung. Die mündliche Prüfung erstreckt sich bei Bewerbern, die die Diplomprüfung der Volkswirte, Kaufleute oder Handelslehrer bestanden haben, auf vier, bei den übrigen Bewerbern auf fünf Fächer. Prüfungsfächer, soweit ordnungsgemäß durch einen Lehrstuhl vertreten, sind:

1. Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 2. Spezielle Volkswirtschaftslehre, 3. Finanzwissenschaft, 4. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 6. Sozialpolitik, 7. Soziologie, 8. Statistik, 9. Politische Wissenschaft, 10. Wirtschaftsgeschichte, 11. Wirtschaftspädagogik.

Andere Fächer können von der Fakultät genehmigt werden. Unter den gewählten Prüfungsfächern muß sich immer allgemeine Volkswirtschaftslehre oder allgemeine Betriebswirtschaftslehre und spezielle Volkswirtschaftslehre oder spezielle Betriebswirtschaftslehre befinden.

Im übrigen sind folgende Fächerkombinationen zulässig:

1. Volkswirtschaftslehre: allgemeine Volkswirtschaftslehre, spezielle Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.
2. Sozialpolitik: Sozialpolitik, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.
3. Statistik: Statistik, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.
4. Wirtschaftspädagogik: Handlungspädagogik, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

(wird fortgesetzt)

Der DISKUS veröffentlicht an dieser Stelle in ständigem Wechsel die Prüfungsordnungen sämtlicher Fachrichtungen der Fakultäten der Universitäten Frankfurt und Marburg. Er bringt Ihnen in dieser Ausgabe die Prüfungsordnungen und die Promotionsordnung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Darüber hinaus gibt der DISKUS an dieser Stelle — vornehmlich für die jüngeren Semester — einige Empfehlungen zur zweckmäßigen Gestaltung des Studienganges.

I. Die Fachrichtungen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät vermittelt das Studium der Volkswirtschaftslehre mit anschließendem Examen als Diplom-Volkswirt, das Studium der Betriebswirtschaftslehre mit anschließendem Examen als Diplomkaufmann sowie das Studium der Wirtschaftspädagogik das seinen Abschluß in der Diplom-Handelslehrer-Prüfung findet.

Das wirtschaftspädagogische Studium unterteilt sich in a) ein betriebswirtschaftliche, b) eine sprachliche, c) eine technologische Studienrichtung.

Das volkswirtschaftliche, das betriebswirtschaftliche und das wirtschaftspädagogische Studium umschließen nicht streng voneinander zu trennende Wissensgebiete. Alle beschäftigen sich mit der Wirtschaft, legen aber bei ihren Forschungen das Schwergewicht auf verschiedene Untersuchungsobjekte. So sind das Erfahrungsobjekt des volkswirtschaftlichen Studiums in erster Linie die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge, während das betriebswirtschaftliche Studium vor allem die Erforschung der einzelnen Betriebswirtschaft (so z. B. Bank-, Industrie- oder Handelsbetrieb) zum Inhalt hat. Das wirtschaftspädagogische Studium bereitet im Rahmen der gewählten Fachrichtung auf den Lehrberuf an den einschlägigen Fachschulen (Wirtschaftsoberschulen, Handelshochschulen und kaufmännischen Berufsschulen) vor.

II. Vorbedingungen

Neben dem Reifezeugnis oder einem gleichwertigen Abschlußzeugnis wird zur Meldung zur volkswirtschaftlichen und kaufmännischen Diplomprüfung der Nachweis einer kaufmännisch-praktischen Tätigkeit von mindestens einem halben Jahr gefordert, die vor Beginn des Studiums oder in den Semesterferien absolviert werden kann. Dabei ist eine zusammenhängende Ableistung des Praktikums nicht erforderlich. Handelslehramtskandidaten müssen mindestens ein Jahr kaufmännisch-praktische Tätigkeit nachweisen. Davon muß ein halbes Jahr zusammenhängend, möglichst vor Beginn des Studiums oder während einer einsemestrigen Studienunterbrechung, abgeleistet werden, während das zweite Halbjahr in den Semesterferien absolviert werden kann. In jedem Falle muß die kaufmännisch-praktische Tätigkeit bis zu Beginn des fünften Semesters abgeleistet sein.

III. Studienaufbau

1. Die Anfangssemester vermitteln durch den Besuch der einführenden Vorlesungen und Übungen einen Einblick in das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studium und umschließen allgemeinbildende Vorlesungen anderer Fakultäten nach eigener Wahl.

In den mittleren Semestern wird durch den Besuch der Spezialvorlesungen mit den entsprechenden Übungen und Proseminaren die Ausrichtung auf eine bestimmte Studienrichtung erreicht.

Die Schlußsemester dienen der Vertiefung des Spezialwissens und der Wiederholung des gesamten Stoffgebietes durch weiteren Besuch der Spezialvorlesungen und durch Mitarbeit in den Hauptseminaren.

2. Im Verlauf des Studiums sind folgende Nachweise zu erbringen:

- a) erfolgreiche Teilnahme an den Vorklausuren in Wirtschaftsrechnen einschließlich Finanzmathematik und Buch-

haltung. Von den Vorklausuren in Wirtschaftsrechnen und Buchhaltung sind die Absolventen der Wirtschaftsoberschulen und der zweijährigen höheren Handelsschulen befreit, soweit die entsprechenden Zeugnisnoten mindestens ausreichend sind.

b) erfolgreiche Teilnahme an der Vorklausur in Statistik. Wer Statistik als Prüfungsfach (schriftlich und mündlich) wählt, ist von der Vorklausur in Statistik befreit. Die Statistik-Klausur entfällt für Handelslehramtskandidaten, doch ist die Teilnahme an der Vorlesung Statistik und den Übungen zu empfehlen.

c) für Betriebswirte: Erwerb mindestens eines Proseminarscheines.

d) Erwerb von mindestens zwei Institutspraktiken.

e) Erwerb eines BGB-Übungsscheines für Anfänger.

f) Handelslehramtskandidaten sind zum Nachweis einer zweisemestrigen Teilnahme am Unterricht und an den Übungen in einer Berufs- und Handelsschule verpflichtet. Gelegenheit dazu bietet sich im Rahmen der praktisch-methodischen Übungen. Ferner muß der Nachweis einer Zulassungsprobe aus dem Fachgebiet der gewählten Gruppe erbracht werden, der als Institutspraktikum angerechnet wird.

g) Anfertigung einer Diplom-Arbeit. Die Themen zu dieser ersten größeren wissenschaftlichen Hausarbeit werden frühestens am Ende des vierten Semesters ausgelost. Die Bearbeitungszeit beträgt sechs Monate, in Ausnahmefällen kann Verlängerung beantragt werden. In besonderen Fällen kann die Anfertigung einer wissenschaftlichen Arbeit nach freier Themenwahl außerhalb des Auslosungsverfahrens beantragt werden.

h) Bei der Meldung zur Prüfung werden die im Laufe des Studiums belegten Wochenstunden berücksichtigt. Insgesamt sind 120 Wochenstunden erforderlich. Um Anhaltspunkte in der Verteilung der Stunden auf die einzelnen Studiengebiete zu geben, seien folgende Mindestzahlen genannt:

Bei der Meldung zur Diplomprüfung für Kaufleute:	
Betriebswirtschaftslehre	40 Stunden
Volkswirtschaftslehre	30 Stunden
Recht	25 Stunden

Bei der Meldung zur Diplomprüfung für Volkswirte:	
Volkswirtschaftslehre	40 Stunden
Betriebswirtschaftslehre	30 Stunden
Recht	25 Stunden

Im Wahlfach müssen mindestens 6 Wochenstunden belegt sein.

i) Den Abschluß des Studiums bildet die Diplom-Prüfung. Sie umfaßt einen mündlichen und einen schriftlichen Teil. Die Diplomprüfung kann frühestens zu Beginn des siebenten Semesters abgelegt werden. Sie berechtigt zur Führung des akademischen Grades Diplom-Volkswirt, Diplom-Kaufmann oder Diplom-Handelslehrer.

IV. Empfehlung zur Gestaltung des ersten Studiensemesters für Diplomvolkswirte, Diplom-Kaufleute und Diplomhandelslehrer

1. Es ist angebracht, daß der Studierende das erste Semester dazu benutzt, sich langsam in sein Studiengebiet einzufinden. Doch ist es genau so wesentlich, daß er die Gelegenheit wahrnimmt, im ersten Semester etwas heranzuhören, um einen möglichst großen Einblick in andere Studiengebiete zu erhalten. Der Studierende erwirbt sich durch diesen Einblick in die Arbeitsfelder anderer Wissenschaften eine bessere Basis für sein Fachstudium. Es wird empfohlen, Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten zu besuchen, die als solche im Vorlesungsverzeichnis besonders gekennzeichnet sind. Mehr als insgesamt 26 Wochenstunden zu belegen, erscheint nicht ratsam.

druck bis zum Penicillin, ebenso für naturwissenschaftliche Gesetze und für geographische Entdeckungen).

- Die autogene Entwicklung der russisch-sowjetischen Geschichte auf allen Gebieten nachzuweisen. Der Historiker, der fremde Einwirkungen, auch geistiger Art, auch in bescheidenem Ausmaße zugibt, versündigt sich, er macht sich der Verbeugung vor dem Westen, der kosmopolitischen Abirring u. dergl. schuldig.

3.

Darüber hinaus erhält die russisch-sowjetische Geschichte einen zentralen Platz in der Universalgeschichte zugewiesen. Aus der Forderung, die sowjetische Geschichte dürfe nicht isoliert betrachtet, sondern müsse in Einklang mit der gesamten Weltgeschichte gebracht werden, folgt der Anspruch, die gesamte Weltgeschichte in das sowjetische Schema einzuordnen. Genau so, wie die mittelalterlichen Historiker die europäische Geschichte in das Schema der vier Weltreiche hineinpreßten, soll jetzt die Weltgeschichte in das Schema der Moskauer Periodisierung eingeordnet werden. Wie damals an Rom, hat sich jetzt die Universalgeschichte an Moskau zu orientieren.

Es ist ein Pseudouniversalismus, dem sowohl die Transzendenz der christlichen als auch die Geschlossenheit der marxistischen Geschichtseschatologie fehlt, weil hier zwei Geschichtsbilder miteinander vermengt werden. Für die inner-sowjetische Geschichte bedeutet das eine Verlagerung der wirkenden Kräfte auf das Zentrum. Hier leistet die Parole des „geringsten Übels“ eine gute Hilfestellung.

In der Zeit der Liquidierung der Prokowskij-Schule entstanden, wurde sie bei der Beurteilung der Angliederung nichtrussischer Gebiete an das Russische Reich verwendet, um festzustellen, daß diese das geringere oder geringste Übel gegenüber anderen Möglichkeiten bedeutet hätte. Nun ist das geringste Übel immerhin ein Übel. Diesen Makel sucht Frau Netschkina im April 1951 zu beseitigen, indem sie es als Aufgabe des Historikers hinstellt, die positiven Seiten der Eingliederung dieser Gebiete herauszuarbeiten. Die Formel von der kolonialen Expansion könne nur eine Seite der Erscheinungen kennzeichnen; die andere sei die Summe der Wechselwirkungen zwischen den angegliederten Völkern und dem russischen Volk, dem „älteren Bruder“ aller sowjetischen Völker, dem eigentlichen Träger der weltrevolutionären Aufgabe.

So wird der Verlust der nationalen Selbständigkeit der Nationalitäten umgedeutet in eine segensreiche Entwicklung zum Wohle dieses Gebiets und seiner Bewohner und damit dem russischen Imperialismus der Stachel genommen, den man sonst in allen anderen Fällen eifrig aufzudecken bemüht ist. Was in der russischen Geschichte progressive Entwicklung, ist in der übrigen Welt imperiale Ausbeutung. Die Geschichte der kolonialen und halbkolonialen Welt wird nach dem II. Weltkrieg zunehmend beachtet; sie wird systematisch mit antiwestlichen Akzenten versehen. Es ist sicherlich auch kein Zufall, wenn die tatsächlichen politischen Reibungsflächen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten, daneben auch Herde nationaler Befreiungsbewegungen, besonders bevorzugte Studienggebiete der sowjetischen Historiker sind; es steht von vorneherein fest, welche Schlußfolgerungen sie daraus zu ziehen haben, und die öffentliche Meinung kann durch derartige Forschungen schon beizeiten auf die spätere Rechtfertigung sowjetischer Expansionsversuche vorbereitet werden.

Es liegt auf der Hand, daß dem Historiker hieraus immense Aufgaben erwachsen. Die ganze Geschichte der sowjetischen Völker muß nun ebenfalls umgeschrieben werden, sie muß sich moskauzentrisch orientieren, nationale Gesichtspunkte haben zurückzutreten, wenn sie mit einer Abwendung von Moskau verbunden sind. Bisher verherrlichte Nationalhelden werden verdammt, als Exponenten reaktionär-faschistischer Strömungen, als Agenten fremder Aggressionsbestrebungen hingestellt; die Kollaborateure in russischen Diensten: sie sind dagegen mit einem Male die Helden!

Auch die Geschichte der seit 1945 in den sowjetischen Bannkreis getretenen Völker wird vom Standpunkt der stalinistischen Iedologie neu periodisiert und in eine neue Wertstufenskala eingeordnet, die ihre Akzente nach der Hinnegung oder Abwendung von Moskau setzt. Von hier aus

weitet sich der Ring. Die Hervorhebung slawischer Zusammenhänge auf der Grundlage des neuen sowjetischen Panlawismus führt zum Prozeß einer Delatinisierung der rumänischen, der Entturanisierung der bulgarischen Geschichte. Über die Geschichte der Polen, der baltischen, Donau- und Balkanvölker machen sich Ansätze bemerkbar, die auf eine neue sowjetische Sicht der deutschen Geschichte, insbesondere Ostdeutschlands, hinauslaufen. Kann man sich wundern, wenn hierbei die These im Mittelpunkt steht, daß es dem deutschen Volke immer nur dann gut gegangen sei, wenn es sich nach Rußland hin orientierte, und wenn ein besonderes „ostdeutsches Volk“ konstruiert wird, das auf einem slawischen Unterbau ruht?

4.

Seit Ende 1952 scheint sich eine Wandlung anzudeuten, die vielleicht, wenn die Dinge klarer liegen, mit der Wandlung der 30er Jahre verglichen werden kann.

Man hat von der künstlerischen Dialektik gesprochen (Utiš), die Stalins Technik der politischen Navigation kennzeichnet, oder auch das Bild von den zwei Motoren in seinem Flugzeug benutzt, dem international-marxistischen und dem nationalistisch-sowjetischen, die er abwechselnd drosselte oder auch im Gleichtakt laufen ließ.

Noch bis 1952 standen die Tendenzen im Vordergrund, die den Primat staatlich-politischer Momente forderten. Aber schon verstärkten sich unmerklich die entgegengesetzten Töne, so daß schließlich eine Zweistimmigkeit der ideologischen Instrumentation nicht mehr zu verkennen war. Man bedenke: es war schon 1949, daß das Politbüro gegen Wosnessenskis Buch Stellung nahm, weil es diesen politischen Primat allzu deutlich auf Kosten des ökonomischen Sektors zum Ausdruck gebracht hatte. Es war auch sicherlich kein Zufall, wenn die Woprossy istorii zur selben Zeit die Historiker aufriefen, sie sollten in vorderster Linie im Kampf für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft — nicht etwa des sowjetischen Staates! — stehen und sich „wie eine Armee von Propagandisten für die marxistische Geschichtswissenschaft über das Volk ergießen“. Im Einklang damit wurde beim Abschluß der Periodisierungsdebatten im Januar 1951 betont, daß mit der Hervorhebung staatlich-politischer Kriterien die Gefahr eines Rückfalls in die Argumentation der Juristischen Schule der bürgerlichen Historiographie des 19. Jahrhundert gegeben sei. Der Klassenkampf sei nach wie vor die wichtigste treibende Kraft der Gesellschaft.

Ende 1952 senkten sich schon die Schatten des Todes über den Diktator. Seine letzte Schrift vom Oktober d. J. über Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der Sowjetunion — vielleicht nicht mehr seine eigenen Gedanken wiedergebend — stabilisierte erneut das Primat des Ökonomischen vor dem Politischen und kehrte zu dem marxistischen Determinismus strenger Observanz zurück. Für die Geschichtswissenschaft mußte die Schrift, wie sie von den „Woprossy istorii“ ausgelegt wurde, einen Schritt zurück zu den Grundlagen des Diamat mit der zentralen Bedeutung des ökonomischen Faktors und der Klassenkämpfe bedeuten. Wiederum gilt es für die Historiker, sich einer Windung der Generallinie anzupassen, um ihrer Aufgabe als Befehlsempfänger der offiziellen Kulturpolitik zu genügen.

Wenn nach dem Tode Stalins in der Ukraine ein hoher Funktionär der Partei abgesetzt werden mußte, weil ihm russifizierende Tendenzen zur Last gelegt werden konnten, wenn die „Prawda“ kürzlich, ganz im Sinne Plechanows, gegen den übertriebenen Persönlichkeitskult Stellung nahm, so dürften die Historiker auch hieraus ihre Schlußfolgerungen zu ziehen haben.

So oder so: noch vor kurzem als patriotischer Nationalbolschewist oder jetzt erneut als konsequenter Marxist alten Schlages hat der Historiker der Sowjetunion stets dessen eingedenk zu sein, daß er nicht ein „Kabinettsgelehrter alten Schlages“ ist, sondern, wie die „Woprossy istorii“ im Sommer 1951 formulierten, ein „Kämpfer für den Kommunismus, dessen Arbeit nicht einem engen Kreise von Spezialisten, sondern dem gesamten sowjetischen Volke“ gehört. Die Geschichtsschreibung ist für die Sowjets eine ideologische Waffe, die in sehr zweckmäßiger Weise für politische Zwecke gebraucht werden kann. Sie büßt damit jedoch ihren eigentlichen Sinn ein. Wenn der Historiker sich zu einem Handlanger der Macht

erniedrigt, hört die Weltgeschichte auf, das „Bewußtsein des Geistes von seiner Freiheit“ zu sein, wie Hegel es wollte.

„Was ist Wahrheit“, fragte der sowjetische Schriftsteller Fadejew 1949 in Paris. „Nichts ist stärker auf der Welt, als die Kraft der Wahrheit. Nur die Wahrheit ist frei. Und bevor man sich entscheidet, wer größere Freiheit in der Welt genießt,

Die Theorien Lyssenkos

Die Artentwicklung ist in der dialektisch-materialistischen Ideologie ein wichtiges Glied im Prozeß der Höherentwicklung der Materie. Hier bei diesem Zentralproblem der Biologie hat auch die Neuorientierung der sowjetischen Naturwissenschaft ihren Ausgang genommen und hier liegt bis heute der Schwerpunkt der naturwissenschaftlich-ideologischen Aktivität. Während die Neuorientierung in den exakten Naturwissenschaften weitgehend „formalistischen“ Charakter trägt und über ideologische Interpretationen noch kaum hinausgekommen ist, hat in den biologischen Fachgebieten eine so tiefgreifende Umwälzung aller theoretischen Grundlagen und angewandten Methoden stattgefunden, daß „westliche“ und „östliche“ Biologie heute nur noch wenig Ähnlichkeit miteinander haben. Die radikale Loslösung der Sowjetbiologie von der Weltwissenschaft und ihre theoretische Neuorientierung ist unlösbar mit dem Namen T. D. Lyssenko verbunden.

Aus dem, was Lyssenko aus den Werken Darwins, Mitschurins und Timirjasews herausnimmt, durch Verbindung mit dem dialektischen Materialismus und vor allem aus seinen eigenen Anschauungen baute er einen neuen theoretischen Rahmen auf, die Sowjetbiologie oder den „Lyssenkoismus“.

Eine Veränderung der Erbanlagen ist gewöhnlich das Ergebnis einer Entwicklung des Organismus unter Umweltbedingungen, die den natürlichen Bedürfnissen der gegebenen organischen Form in diesem oder jenem Grade nicht entsprechen. Veränderungen der Lebensbedingungen erzwingen eine Veränderung des Entwicklungstypus der pflanzlichen Organismen selbst. Der veränderte Entwicklungstypus stellt auf diese Weise die Hauptursache der Veränderung dar. Alle Organismen, die sich nicht entsprechend den geänderten Lebensbedingungen ändern können, bleiben nicht am Leben und hinterlassen keine Nachkommen.

Auf dieser Annahme fußt die ganze Theorie von Lyssenko. Für die angenommenen Möglichkeiten der Erbgutveränderungen ist vor allem die Auffassung über das „Erbgut“ von Bedeutung.

Nach Auffassung Lyssenkos ist das Erbgut nicht an bestimmte Erbgutträger, wie die Chromosomen oder andere Zellgewebe gebunden, sondern unter Erbgut versteht Lyssenko den Organismus in seiner Gesamtheit. Das Erbgut ist danach ein bestimmter „Stoffwechselfyp“ des gesamten Organismus, und die Geschlechtszellen wiederum sind nur Teilchen dieses Stoffwechselfyps mit der Fähigkeit, einen neuen Organismus aufzubauen:

Die Erbanlagen sind gewissermaßen das Konzentrat der Umweltbedingungen, die von den pflanzlichen Organismen in einer Reihe vorhergehender Generationen assimiliert worden sind.

Mit dieser Begriffsdefinition soll zum Ausdruck gebracht werden, daß von einer Änderung des Stoffwechselfyps der Pflanze auch die Geschlechtszellen erfaßt werden, und damit der neue Organismus in seiner Erbstruktur gleichfalls verändert wird.

Das Erbgut der Pflanzen ist normalerweise konservativ und fest gefügt. Will man es verändern, so muß das Erbgut zunächst aufgelockert werden, und dann soll der Organismus unter dem Druck bestimmter Umweltbedingungen erblich formbar sein. Diese Auffassung bringt Lyssenko mit folgenden Worten zum Ausdruck:

Ein Organismus mit konservativen Erbanlagen nimmt in der Regel ihm wesensfremde Bedingungen nicht an, er verweigert ihre Assimilation. Infolgedessen verändert er sich nicht leicht und paßt sich nur schwer den neuen Bedingungen an. Ein Organismus mit gelockerten Erbanlagen hat ein anderes Verhalten. Er besitzt keine Beständigkeit hinsichtlich der Auswahl der Bedingungen bei der Assimilation. Wir finden bei ihm nur die Neigung, gewisse Bedingungen bevorzugt zu assimilieren. . . . Der Organismus mit gelockerten Erbanlagen assimiliert die Umweltbedingungen, wie man sich ausdrückt, nicht wählerisch, sondern mit größerer Begierde. Aus einem derartigen Organismus vermag der fähige Experimentator buchstäblich wie aus Ton eine gute neue und von ihm gesuchte Natur zu modellieren.

In der Lehre Mitschurins und Lyssenkos werden bestimmte Methoden angeführt, nach denen es möglich sein soll, eine

muß man entscheiden, auf wessen Seite sich die Wahrheit befindet!“

Fadejew hat recht: nur die Wahrheit macht frei. Aber wer nicht nach der Wahrheit strebt, sondern sie schon gefunden zu haben glaubt, um seine Deutung der Welt gewaltsam aufzudrängen, setzt die Freiheit aufs Spiel.

festgefügte Erbstruktur aufzulockern und damit formbar zu machen. Lyssenko kennzeichnet folgende Methoden zur Lockerung der Erbanlagen:

Eine Lockerung der Erbanlagen läßt sich erzielen:

- durch Pfropfung, d. h. durch Verwachsung der Gewebe bei Pflanzen verschiedener Naturen;
- durch Einwirkung mit gewissen Umweltfaktoren zu bestimmten Zeiten des Ablaufes dieser oder jener Entwicklungsprozesse;
- durch Kreuzung, insbesondere solcher Formen, die hinsichtlich des Standorts oder der Herkunft wesentlich voneinander abweichen (236, S. 421).

All diese Methoden zur Auflockerung der konservativen Erbstruktur des Organismus stellen das Kernstück der Lehre Mitschurins und Lyssenkos von der Vererbung erworbener Eigenschaften dar, und hierzu ist in den letzten 20 Jahren in der Sowjetunion das verschiedenartigste Beobachtungsmaterial zusammengetragen worden.

a) Die Methode, P f r o p f u n g eine Auflockerung des Erbgutes der Pflanzen zu erzielen, ist vor allem durch Mitschurin erarbeitet worden. Dabei genügt es nach Mitschurin nicht, zum Beispiel zwei verschiedene Obstsorten aufeinanderzupfropfen, um eine gegenseitige Beeinflussung und Auflockerung zu erzielen, sondern es sind hierbei besondere Bedingungen zu beachten. Als Beispiel sei die von Mitschurin entwickelte sogenannte „Mentor-Methode“ angeführt. Als Pfropfunterlage wird ein bereits in seiner Erbstruktur gelockerter Bastardsämling genommen, der noch in einem jugendlichen Stadium ist, das heißt, der noch weit von der Blütezeit entfernt ist. Die Bastardnatur und das Jugendstadium sollen dabei eine Pflanze mit besonders plastischen Eigenschaften darstellen. Um diesen gelockerten Bastard umzugestalten, wird nunmehr ein „Mentor“ oder „Erzieher“ aufgeproft. Dabei handelt es sich um ein Pfropfreis, das von einer sehr stabilen Art und einem bereits ausgereiften Baum entnommen wird. Dieser „Erzieher“ hat dann durch seine starke Erbstruktur ein großes Übergewicht über die gelockerte Unterlage und soll dadurch die Unterlage mit seinen Merkmalen beeinflussen können. Ebenso wird auch angenommen, daß eine ausgereifte und erbstarke Unterlage ein labiles Bastardpfropfreis beeinflussen kann.

Solche Pfropfbastarde stellen also nach Ansicht von Lyssenko und Mitschurin besonders stark aufgelockerte Organismen dar, welche in ihrer Erbstruktur leicht formbar sind.

b) Die Auflockerung der Erbanlagen soll ferner durch stark wirkende Einflüsse in bestimmten Entwicklungsstadien erreicht werden. Lyssenko unterscheidet verschiedene physiologische Entwicklungsstadien bei der Pflanze, in denen der Organismus ganz bestimmte vorherrschende Ansprüche an die Umwelt stellt. Lyssenko nimmt nämlich an, daß es mehrere „qualitativ“ verschiedene physiologische Stadien in der Pflanze gibt, die einander ablösen. Bislang sind das Lichtstadium und das Temperaturstadium genauer analysiert worden, und I. E. Gluschtschenko führt an Stelle des Lichtstadiums auch ein Blütestadium an. Durch bestimmte Über- oder Unterdosierungen der von der Pflanze in bestimmten Stadien geforderten Umweltbedingungen soll es nun gelingen, die Erbstruktur eines Organismus aufzulockern, und die Pflanzen erblich zu verändern.

c) Die dritte von Lyssenko angeführte Methode zur Auflockerung des Erbgutes ist die Methode durch Kreuzungen und insbesondere durch F e r n k r e u z u n g e n. Hierbei soll die Auflockerung der Erbstruktur um so stärker sein, je verschiedenartiger das Erbgut der Eltern war.

Betrachtet man die Methoden zusammenfassend, so erkennt man, daß die Stabilität des Erbgutes sehr differenziert behandelt wird, und unter diesem Blickwinkel sucht man Ansatz-

Die sowjetische Geschichtsschreibung

Von Georg von Rauch, Marburg

1.

Das sowjetische Geschichtsbild der stalinistischen Ära liegt jetzt abgeschlossen vor uns. Es nahm seinen Ausgang von der Erkenntnis von Marx, daß die Geschichte auf ehernen Gesetzen beruhe, und es setzte sich zur Aufgabe, die Richtigkeit des historischen Materialismus mit exakten wissenschaftlichen Mitteln zu beweisen. Aber während für Pokrowskij die russische Geschichte zunächst nur einen Sonderfall unter vielen war, dazu auch noch an der Peripherie der weltgeschichtlichen Entwicklung, und ihre Bedeutung erst eigentlich mit der Oktoberrevolution einsetzte, verschoben sich die Schwerpunkte seit der Mitte der 30er Jahre im selben Maße, in dem Stalins Auslegung der marxistischen Theorie besondere Wege suchte.

Seine Korrekturen an der Theorie sind bekannt. Sie gehen aus von der These vom Sozialismus in einem Lande und münden ein in das Bekenntnis zur Revolution von oben. Für die Geschichtswissenschaft ergab sich damit dreierlei:

1. In zunehmenden Maße muß sie sich in das politische Gefüge des Staates und seiner Partei eingliedern und sich der politischen Propaganda zur Verfügung stellen;
2. Thematisch schenkt sie der politisch-militärischen Geschichte einschließlich der älteren Zeiten stärkste Beachtung, schlägt eine Brücke zur zaristischen Vergangenheit und zollt ihren Tribut nicht nur einem sowjetischen, sondern auch dem russischen Patriotismus und Nationalismus;
3. Die stärkere Beachtung, die der historischen Persönlichkeit zugemessen wird, führt zu einer üppigen Heldenverehrung auch in der Historiographie. Im Zuge der Stärkung der autokratischen Stellung Stalins wird die Geschichtsschreibung vor die Aufgabe gestellt, ihm auch in der jüngeren Vergangenheit eine zentrale Rolle einzuräumen: für ihn ein wichtiges Mittel für den Ausbau seiner Machtstellung. Sein Interesse für die Geschichtswissenschaft kam in mehrfachen Richtlinien zum Ausdruck, bis es soweit war, daß die „Woprossy istorii“ einem Artikel die Überschrift geben konnte: Stalin als Schöpfer der sowjetischen Geschichtswissenschaft (1949). Das Ergebnis davon war die Notwendigkeit, die bisherige Geschichte der bolschewistischen Zeit umzudeuten und umzuschreiben.

2.

Zur Frage der Organisation und Zielsetzung der sowjetischen Geschichtsforschung ist in erster Linie folgendes zu vermerken. Sie wird zentral gesteuert. Ihr organisatorischer Mittelpunkt, ihr Generalstab, ist das Institut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften. Das vom Institut herausgegebene Organ (Woprossy istorii) gibt, weil es amtlichen Charakter trägt, einen guten Einblick in Thematik und Tendenzen der sowjetischen Historiographie. Man kann aus ihm entnehmen, welche Probleme als vordringlich erachtet werden, welche Ansichten als Abweichungen von der Generallinie gelten. Kritik wechselt mit Selbstkritik, Entlarvung mit Selbstentlarvung, Reuebekenntnisse ziehen Besserungsversprechen nach sich. Es ist ein Ritual, wie es dem abendlichen Geistesleben seit den Tagen von Descartes und Leibnitz unbekannt ist. Ihm sind alle Wissenschaften unterworfen. Bei den Historikern war es zuerst die Pokrowskij-Schule, die geistig liquidiert wurde; nach dem II. Weltkriege kamen diejenigen an die Reihe, die sich kosmopolitischer, objektivistischer und formalistischer Abweichungen schuldig gemacht hatten.

Das Institut für Geschichte arbeitet mit Fünfjahresplänen (1946—50, 1951—55), die eine Gesamtplanung für die historische Forschung, Publikation und Lehre darstellen. Hierzu gehören Arbeitsplanungen individueller und gemeinschaftlicher Art, Herausgabe von Sammelwerken und Quellen. Parallel laufen die unablässigen Verbesserungen und revidierten Neuauflagen. Hier ist etwa das Projekt einer mehr-

punkte für erbliche Veränderungsmöglichkeiten zu gewinnen. Da allerdings die sowjetische Biologie nicht von den Versuchsmethoden der klassischen Genetik ausgeht und die sogenannten „reinen Linien“ als Ausgangsmaterial überhaupt nicht berücksichtigt, und da sie ferner ihre Versuchsergebnisse nicht gegen entsprechende Fehlerquellen sichert, sind praktisch gar keine Vergleichsmöglichkeiten mit Versuchen der exakten Genetik gegeben. Da in der sowjetischen Biologie eine Vererbung erworbener Eigenschaften „a priori“ angenommen wird, hält man das Ausgangsmaterial der reinen Linien für überflüssig und für eine unnötige Komplizierung.

Die Definition des Erbgutes als Stoffwechseltyp hat nun für die sowjetische Biologie auch eine Neudefinition des Befruchtungsvorganges erforderlich gemacht. Danach sieht man das Weser der Befruchtung nicht in einer Neukombination der Erbfaktoren, sondern die Befruchtung wird als gegenseitige Assimilation von männlicher und weiblicher Geschlechtszelle aufgefaßt. Männliche und weibliche Geschlechtszelle verdauen sich also gewissermaßen gegenseitig, und im Endergebnis entsteht ein qualitativ neuer Stoffwechseltyp, der dann auch einen neu strukturierten Organismus hervorbringt. Eine solche Auffassung vom Wesen des Befruchtungsvorganges hat nun Anlaß zu einer Reihe neuer Fragestellungen und ihrer Untersuchung gegeben, die darauf hinauslaufen, die Befruchtungsprozesse ohne ein bevorzugtes Wirken des Chromosomenmechanismus zu erklären. Als Ziel hat man sich dabei einerseits das Zusammentragen von Material zur „Widerlegung“ der Chromosomentheorie gesetzt und andererseits die Durchführung neuer experimenteller Untersuchungen zur näheren Deutung des Befruchtungsmechanismus. Allgemein läßt sich zu den sowjetischen „Widerlegungen“ der exakten Genetik sagen, daß man dabei vorwiegend gegen Auffassungen der Vererbungslehre Sturm läuft, wie sie vor 30 oder 50 Jahren erarbeitet wurden, ohne dabei die neuen Forschungen und theoretischen Vorstellungen zu berücksichtigen.

Die Chromosomentheorie der Vererbung sucht man zum Beispiel durch den Nachweis zu widerlegen, daß die Chromosomenzahl in den verschiedenen Geweben ein und desselben Organismus nicht konstant ist, wie dies bei der Chromosomentheorie vorausgesetzt wird. M. I. Sorokina führt große Literaturzusammenstellungen mit zahlreichen westlichen Arbeiten an, in denen von einem Schwanken der Chromosomenzahl bei verschiedenen Tieren berichtet wird. Auf Grund eigener Untersuchungen gibt sie dann die Deutung, daß diese Schwankungen hauptsächlich darauf zurückzuführen sind, daß die Chromosomen durch funktionelle Besonderheiten in verschiedenen Geweben nicht immer in gleicher Weise geteilt werden. P. W. Makarow führt Untersuchungsergebnisse an, wonach die chemische Zusammensetzung der Chromosomen sich im Laufe der Entwicklung ändert. Ferner nimmt er an, daß in der Ruhephase des Kernes überhaupt keine Chromosomen vorhanden sind, und daß bei Bildung der Chromosomen in den Teilungsphasen einfachere Eiweiße und chemische Verbindungen in die Chromosomen übertreten, während die höheren Eiweiße in das Plasma einwandern, daß also die Chromosomen nicht so hoch strukturiert sind, wie das umgebende Plasma. Gegen die Chromosomentheorie der Geschlechtsbestimmung werden die bekannte phänotypische Geschlechtsbestimmung bei Bonellia und eine sogenannte „Rostower Methode“ zur gelenkten Veränderung der männlichen und weiblichen Blüten bei Gurken angeführt. Ferner nimmt man an, daß Geschlechtszellen auch ohne Mitose gebildet werden können. Die Polyploidie als Züchtungsziel wird abgelehnt.

Nachdem die Sowjetbiologie die Befruchtungsvorgänge als gegenseitige Assimilation männlicher und weiblicher Geschlechtszellen ohne besondere Bedeutung der Chromosomen auffaßt, sind über den Befruchtungsmechanismus ebenfalls neue Vorstellungen entwickelt worden. Die wichtigste Annahme liegt darin, daß der Befruchtungsvorgang nicht allein in der Vereinigung einer männlichen Samenzelle mit der weiblichen Eizelle besteht, sondern daß auch die überschüssigen männlichen Spermien ganz spezifische physiologische Einflüsse auf den Befruchtungsvorgang und die weitere Entwicklung der befruchteten Eizelle haben. Es werden Beobachtungen angeführt, wonach beim Kaninchen in die Eizelle nicht nur ein, sondern unter Umständen auch mehrere männliche Spermien eindringen können. Ferner sollen die Spermien auch bei fortgeschrittenen Teilungsstadien der befruchteten Eizelle in und zwischen die neugebildeten Zellen des frühen Embryonalstadiums eindringen können. Auch in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle, wo nur ein Spermium sich mit der Eizelle verbindet, haben die überschüssigen Spermien wichtige physiologische Funktionen für die Ernährung der Eizelle. Ähnliche Beobachtungen werden auch über Befruchtungsvorgänge bei Pflanzen angeführt, wo nicht nur eine Vereinigung des männlichen Spermakerns mit dem Eikern und den Polkernen stattfindet, sondern wo zusätzliche Spermien auch die Samenknospe und die Fruchtknoten befruchten.

Auf Grund dieser theoretischen Ausgangsbasis ist eine Reihe neuartiger Befruchtungsmethoden entwickelt worden. So werden Untersuchungen angeführt, wonach zum Beispiel die Menge der männlichen Spermien bestimmte Einflüsse auf den Organismus hat, so daß nicht nur einmalige, sondern auch „zusätzliche“ Befruchtungen durchgeführt werden, wodurch eine bessere Entwicklung des neuen Organismus bewirkt werden soll. Viele Untersuchungen sind auch über die sogenannte „heterosperme Befruchtung“ durchgeführt worden, wobei Ergebnisse angeführt werden, daß bei künstlicher Befruchtung mit Spermienmischungen von Vätern verschiedener Rassen sich die Merkmale beider Väter in einem neuen Organismus abzeichnen sollen. Ferner wird bei Pflanzen, die sich schwer miteinander kreuzen lassen, die sogenannte „Mischpollenbefruchtung“ durchgeführt. Hierbei soll der Fruchtknoten durch Beimengung von Pollenkörnern einer leicht kreuzbaren Art für Pollenkörner einer schwer kreuzbaren Art gewissermaßen aufgeschlossen werden. Ein weiterer wichtiger Grundsatz der Befruchtungsmethodik liegt darin, daß aus der großen Zahl der Spermien nicht ein beliebiges Spermium in die Eizelle eindringt und sie befruchtet, sondern daß nach Lyssenko gewissermaßen eine „Liebesheirat“ stattfindet, indem die Eizelle ein Wahlvermögen für physiologisch besonders geeignete Spermien oder Pollen hat. Um der Eizelle eine möglichst große Auswahlmöglichkeit zu geben, sollen bei künstlichen Befruchtungen große Spermienmengen angewandt werden.

Alle diese Befruchtungsmethoden werden in der sowjetischen Landwirtschaft, sowohl in der Pflanzenzucht wie in der Tierzucht, auf breiter Basis angewandt und sollen zu großen praktischen Erfolgen geführt haben. Diese sowjetischen Vorstellungen über die Befruchtungsvorgänge haben im Ausland bislang kaum Beachtung gefunden, obwohl hier verhältnismäßig einfache Nachprüfungen der sowjetischen Angaben möglich sein dürften. Da diese Anschauungen jedoch ein Glied in der sowjetischen Gesamtkonzeption der Vererbung erworbener Eigenschaften sind, müssen sie mit großen Vorbehalten gewertet werden.

Auszugsweise entnommen aus A. Buchholz: „Ideologie und Forschung in der sowjetischen Naturwissenschaft“. Deutsche Verlagsanst. Stuttgart.

bändigen Geschichte der UdSSR und einer Weltgeschichte in 30—40 Bänden beispielhaft. Seit Jahren geplant, verzögert sich die Herausgabe, weil das Risiko, daß die ersten Bände politisch veraltet sind, wenn die letzten erscheinen, zu groß ist. Hier liegt nicht etwa das Bemühen vor, durch Berücksichtigung neuer Erkenntnisse der Wahrheit am nächsten zu kommen. Wenn von den politischen Stellen befohlen, werden aus propagandistischen Gründen Veränderungen vorgenommen, die sich von Fälschungen nicht unterscheiden. B. D. Wolfe spricht mit Recht von der Operation Rewrite (Foreign Affairs, oct. 1952).

Der enge Einklang zwischen Wissenschaft und Politik zeigt sich auch darin, daß aus der jeweiligen Kritik an der Forschung zugleich sich auch Fingerzeige für eventuelle Schwankungen der Parteilinie oder sich anbahnende Tendenzen ergeben.

Daß bei all diesem politischen Druck noch Raum bleibt für wirklich wertvolle wissenschaftliche Leistungen, darf nicht übersehen werden. Zu ihnen gehören sowohl Quellenpublikationen als auch Untersuchungen zur Geschichte etwa der asiatischen Gebiete und der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Es ist jeweils notwendig, den wissenschaftlichen Kern aus der Schale des propagandistischen Beiwerks oder tendenziöser Verbrämung herauszuschälen. Von Grekow, Netschkina, Bachruschin, Nikiforow, Manfred, Dan u. a. liegen einige Untersuchungen vor, denen manche neue Erkenntnis zu entnehmen ist, wenn man das Beiwerk entfernt.

Im einzelnen werden die Tendenzen der sowjetischen Geschichtsschreibung transparent aus der großen Debatte über die Periodisierung Dezember 1948 bis März 1951. Nach welchem Einteilungsprinzip soll die Geschichte gegliedert werden? Sind die Klassenkämpfe allein ausschlaggebend, ökonomische Fragen, politische Momente? Es war bezeichnend, daß ein Historiker (Smirnow) im Zuge der Diskussion letztere als ausschlaggebend hinstellte. Die Periodisierung dürfe kein abstrakt-soziologisches Schema sein. Auch der Klassenkampf sei nur dann richtig zu begreifen, wenn er als Kampf um die Macht, um die Staatsgewalt aufgefaßt werde; nur dann erfasse und betreffe er die ganze Nation. Die wichtigsten Zäsuren der Geschichte seien daher die großen Veränderungen der staatlichen Struktur.

Diese geradezu ketzerische Hervorhebung des staatlich-politischen Elements gegenüber dem ökonomisch-sozialen liegt auf einer Linie mit dem Ausbau des sowjetischen Staatsgedankens jener Jahre. Sie geht konform mit N. A. Wosnensenskij's Buch über die Kriegswirtschaft der Sowjetunion vom Jahre 1948 und mit Stalins Linguistikbriefen vom Jahre 1950 und ihrer Exegese.

Welche Konsequenzen ergaben sich dadurch konkret für die Geschichtsschreibung? Aus der engen Verbindung zwischen dem patriotischen Elan des „Großen Vaterländischen Krieges“ und dem Gewicht des etatistischen Elements entspringt ein schrankenloser Enthusiasmus für die russische Geschichte.

Hierbei kam es auf 4 Momente an:

1. den Beginn der russischen Geschichte zurückzuverlegen vom 9. auf das 6. Jahrhundert; sofern es sich um die Geschichte des jetzigen sowjetischen Territoriums handelt, wird ihr Beginn bis an die Assyrer und Chaldäer herangeführt. „Stalin dehnte die sowjetische Geschichte um 2000 Jahre aus“, schreibt Frau Pankratowa. Hiermit wird die sowjetische Geschichte in der Antike verankert.
2. Den Beginn geschichtlicher Epochen in Rußland früher anzusetzen, als im Westen, um damit Rußland als den Schrittmacher der großen weltgeschichtlichen Wandlungen herauszustellen (Feudalismus bis 6. Jahrhundert, aufgeklärter Absolutismus bis Anfang 18. Jahrhundert, Kapitalismus bis 18. Jahrhundert).
3. Eine ähnliche Priorität wird auch für einzelne Erfindungen und Entdeckungen angemeldet (vom Buch-

Die betrogene ästhetische Konvention

In seinem neuesten Werk, der Erzählung „Die Betrogene“, hat Thomas Mann, wie bekannt, eine außerordentlich krasse Neigung zu bestimmten peinlichen Themen an den Tag gelegt, und bei der Mehrzahl seiner Leser hat die Erzählung deswegen starke Affekte auf sich gezogen. Indes gibt es unter ihren Sonderbarkeiten eine, deutlich an Spott gemahnende, die zu der Erregung wohl nicht wenig beigetragen hat, in ihrer Bedeutung aber nicht immer ganz erkannt worden ist. Es ist die, daß in die Erzählung ein Gleichnis eingeschoben ist, das sie selber zeigt, in ihrem Außenaspekt gleichsam, und das skandalöse Werkchen in seiner ganzen Anstößigkeit begutachtet und ins rechte Licht setzt. Die Entrüstung über das öffentliche Ärgernis ist dadurch in nicht zu übertreffenden Worten vorweggenommen. Denn das ist der Hintersinn der Schilderung eines recht unappetitlichen, von Schweißfliegen besetzten Aashäufchens am Wegesrand, welche in dem Stichwort „fies“ ihre konzentrierteste Wirkung erreicht: „Kurz, fieser konnte nichts sein, als dies brütende Häufchen.“

Die Leute, die schelten wollen, sind durch diesen Trick in unfreiwillige Nachahmung verwickelt. Die eigentliche Tücke liegt allerdings erst darin, daß gegen das Ende der Erzählung, in einer Äußerung des Chirurgen, der soeben die krebsverseuchte Bauchhöhle der Frau v. Tümmeler geöffnet hat, der Erzähler selbst zu sprechen und sich — „in den Augen Tränen, die nicht zu bedeuten hatten“ — an den Leser zu wenden scheint mit der Einladung: „Nun sehen Sie sich die Bescherung an, wahrscheinlich übertrifft sie Ihre Erwartungen“ — nämlich die einer Lesergemeinde, die sich von ihm, dessen Name für eine gepflegte Erzählkunst bürgte, keiner unangenehmen künstlerischen Radikalismen versehen hatte.

Mit der empörten Antwort: „Ich finde: eine fiese Bescherung“, ist der Autor des im vorletzten Heft des DISKUS abgedruckten Artikels „Thomas Mann nach der Epoche seiner Vollendung“ nichtsahnend in die Falle gegangen. Er hat einen wichtigen Schritt getan — den in das Werk hinein. Es kommt nun also darauf an, sich darin zurechtzufinden, und in dem Artikel steht schon manches, woran bei einem solchen Versuch der Orientierung anzuknüpfen wäre. So wurde gegen die peinliche Manier des Erzählens in der „Betrogene“ an das Gebot der erzählerischen Delikatesse erinnert, des Taktes, und damit freilich auch an das Problematische, das Delikatesse erforderlich macht — die Gefahr des Abgleitens vom Graziösen ins Peinliche, die Labilität des Graziösen also, die nicht nur auf dem Gebiet des Erzählens, sondern auch bei anderen Formen der künstlerischen Darstellung zu bemerken ist.

Zum Beispiel hat Paul Valéry in seinem Buch über „Tanz, Zeichnung und Degas“ mehrfach die Unstabilität erwähnt, die der graziösen Pose in ihrem eigensten Bereich, dem des Tanzes, aus physikalischen Gründen eigentümlich ist. Und er hat daraus die Gefälligkeit des Graziösen erklärt als die einer scheinbar mühelosen Überwindung der Schwere. Einer scheinbar mühelosen freilich, und das will sagen: die Grazie liegt in einem Mißverhältnis — dem Mißverhältnis zwischen der tatsächlichen Anstrengung und den sichtbar auffallenden Zeichen der Anstrengung. Eine Anstrengung hat demnach Grazie, wenn sie sich nicht durch ihre unangenehmen körperlichen Merkmale für den Beschauer zu erkennen gibt. Für den Besucher einer Ballettvorstellung etwa wird ein solches Mißverhältnis des Augenscheins zur Wirklichkeit durch seine Distanz von der schwitzenden Arbeit auf der Bühne gewährleistet. In der Grazie, dem gefälligen Schein, ist also ein bestimmter Betrug enthalten, der allerdings vom Künstler geradezu verlangt wird. In einer solchen betrügenden Absicht ist „Grazie“ bloßgestellt, wenn es in dem DISKUS-Artikel heißt, Thomas Manns Erzählung sei „jeder Grazie bar“.

Valéry hat gewissen Empfindlichkeiten der konventionellen Schweise noch mehr zugemutet, indem er gegen die „üppig hingelagerten Schönheiten, die lieblichen Aphroditen und Odaliskinnen“ der bildenden Kunst das für den Tanz „abgerichtete Weibchen“ setzte, das der Zeichner Degas in der Tänzerin darstellte, und den Anblick „dieser verrenkten Körper“ als den einer auf den ganzen Organismus übergreifenden Grimasse deutete. Denn mit der Grimasse ist am gefälligen Schein als sein anderes Gesicht ein ungefälliges, herausforderndes, unästhetisches hervorgehoben. Für Degas, den Zeichner der graziösen Verrenkung, bedurfte es nicht einmal, um an ihr die unästhetischen und abstoßenden Züge durchdringen zu lassen, des Blicks in die Sphäre der vorbereitenden Dressur; sondern oft genügte schon jene etwas verschobene, schräge, leicht gewagte Durchblick-Perspektive, welche die Szenerie nicht aus der eingeengten Blickrichtung des Zuschauers, sondern wie durch eine Lücke in den Kulissen erspäht.

Auch Thomas Mann hat von jeher — darin übrigens eine ganze Tradition der Romanliteratur fortsetzend — den gefälligen

Schein an den Dingen in solchen leicht verschobenen, desillusionierenden Perspektiven gezeigt. Daher zum Beispiel die medizinische. Im „Felix Krull“ sind die Blickwinkel in den zu äußerst verschobenen Existenzbedingungen des Hochstaplers angelegt. Und in diesem Werk, bei einem der Einblicke, die der junge Krull gewinnt, ist es auch, daß der Leser zu einem Besuch in der Künstlergarderobe an die Hand genommen wird, deren Schilderung an dem auf der Bühne so einwandfrei eleganten, nun aber halb abgeschminkten Schauspieler Müller-Rosé das unästhetisch-ästhetische Doppelgesicht mit der gewiegtsten Kunst der Übergänge *découvert*: „Die eine Hälfte seines Gesichtes war noch bedeckt mit jener rosigen Schicht, die sein Antlitz vorhin so wächsern idealisch hatte erscheinen lassen, jetzt aber lächerlich rotgelb gegen die käsigte Fahlheit der anderen schon entfärbten Gesichtshälfte abstach ... Noch war sein eines Auge schwarz ummalt, und metallisch schwarz glänzender Staub haftete in den Wimpern, indes das andere nackt, wässrig, frech und vom Reiben entzündet den Besuchern entgegenblinzelte.“

Ähnlich läßt an Frau v. Tümmeler der anhaftende kosmetische Schein das angestrengte Wesen sichtbar werden: „Es sah nicht gut aus unter ihren Augen, bläulich-müde, und das Wangenrot, das sie ... auflegte, täuschte schlecht über die gelbliche Blässe ihrer Gesichtsfarbe.“ — Die hier beschriebene Erfahrung, wie der schöne Anblick nur schlecht täuscht und als sichtbar geworden Material abstoßend wird, läßt zugleich ahnen, durch welche Veränderung in den Formen des Lebens das Schöne „unmöglich gemacht“ ist.

„Der Menschengeruch war peinlich geworden im Saale“, heißt es irgendwo im „Felix Krull“ beiläufig, und mit unzähligen ähnlichen kleinen Zumutungen hat Thomas Mann die angenehme ästhetische Oberfläche seiner Dichtkunst behutsam durchlöchert. Wegen der Häufung solcher kleinen Verstöße kann Thomas Mann die „Betrogene“, die auf ihre Weise recht gescheite Frau v. Tümmeler, über sich sagen lassen: „Da sieht man's, ich habe doch Moschus nie gemocht ...“ Der saloppe Konversationsston dieses Urteils aus Freundeskreisen ist nicht von ungefähr gewählt. Das Sprachkunstwerk nämlich, und besonders das erzählende, hat sein Maß an der gesellschaftlichen Konvention, die bestimmt, was im Gespräch zumutbar ist, — welche Erfahrungen „man gelten läßt“, und welche es nur gibt. „Nimm deinen Anstand zusammen und erlaube dir keine unzukömmlichen Wahrnehmungen!“ — eine schwesterliche Zurechtweisung aus der „Betrogene“, macht die konventionelle Blickverengung deutlich. Für den Künstler gilt sie besonders streng. Denn während in der gewöhnlichen Rede ein Verstoß gegen den Gesprächskanon die praktische Notwendigkeit der Mitteilung zum Vorwand hat, darf sich die künstlerische Aussage nicht darauf berufen.

Thomas Mann hat die Abmachung zwischen Künstler und Publikum, wonach dieser immer schön zu tun, und auch daraus nicht etwa dialektische Konsequenzen zu ziehen habe, niemals offen angetastet, und als unterhaltender, nur spaßmachender Ironiker pflichtgetreu gewirkt. Aber die Ironie, als die Kunst,

das Unangenehme schön und gefällig zu sagen, ist ihm unter der Hand zu einer Kunst geworden, schön und gefällig das Unangenehme zu sagen. Von „einer anmutigen Neigung zur Zweideutigkeit und Mystifikation“ spricht die sophistische Anna an einer Stelle in der „Betrogene“, aber weder sie, noch die Mutter, welche diese Kennzeichnung recht sonderbar ein „spitzes Wort“ nennt, ahnt noch die ganze Ironie der Greuelkomödie, in welcher Frau Rosalie für die medizinische Opferzeremonie vorgesehen ist, die mit der chirurgischen Eröffnung einen klimakterischen Wechselbalg bloßlegen wird. Und am Körper der Erzählung selbst — oder soll man schon sagen: dieses hypertrophen Witzes? — ist das Aufbrechen der ästhetischen Haut vorbereitet in der Stelle: „fies“, dem Wörtchen, das durch die erregte Nachahmung schon Aufbruchsdynamik erwiesen hat. So hat der Autor des DISKUS-Artikels zum Beispiel gegen die ästhetisierende Sprachregelung verstoßen: „Statt dessen kommt das bittere Ende. Es spricht für Gutmütigkeit, wenn die Sterbende die Natur entschuldigt, weil der Frühling nichts ohne den Tod und der Tod ja doch ein großes Mittel des Lebens sei.“

Durch den Anstoß der Betrogenen ist die Decke der ästhetischen Konvention, der Kunstschein, also nun kaputtgegangen. Und es hat sich damit auch herausgestellt, daß die frühere Popularität Thomas Manns auf einem bedauerlichen Mißverständnis beruhte. „Man läßt sie sich ja gefallen, die Popularität, nicht wahr, auch wenn man sie nicht gesucht hat und im Grund überzeugt ist, daß sie auf einem Mißverständnis beruht“, heißt es in „Doktor Faustus“ mit einer Deutlichkeit, die nur zweimal das kleine n fortläßt, um die biographische Aussage zu vertuschen. Aber auch die früheren Werke sind durch das nun hinzugefügte Schandfleckchen so verwandelt, daß von ihrer einstigen Gefälligkeit nichts mehr zu rekonstruieren sein wird. „Ich tue schon, was ich sage, halte aufs Tüpfelchen mein Versprechen“, das ist geradezu mein Geschäftsprinzip ... und wenns zum Betrage kam, nun, so ist es ja sprichwörtlich, daß immer ich, der an Treu und Redlichkeit glaubt, der Betrogene war ...“

In der nun publizierten Erzählung ist dies Rätselwort eingelöst. — Zwifach ist der Bankrott des ästhetischen Scheins. Einmal durch die Erzählung selbst, welche den gefälligen Betrug am Beispiel der durch fast tadellose Aussehen möglichst mitbetragenden Frau Rosalie v. Tümmeler durch mancherlei nach und nach zunehmende Schwierigkeiten schließlich ad absurdum führt. Der Heilkünstler muß eingreifen um zu beweisen, daß ein stimmiges Bild bei den vorhandenen Unstimmigkeiten nicht herzustellen geht (Hatte nicht auch Walter von Molo 1945 Thomas Mann geschrieben: „Kommen Sie als ein guter Arzt“?); „Unserer edlen Kunst“, fügte er hinzu, in den Augen Tränen, die nichts zu bedeuten hatten, wird da ein bißchen viel zugemutet.“

Und zweitens, weil die Kunst kein Spaß ist: „Wer Spaß an symbolischen Beziehungen hat, mag sie ... studieren. Zu retten ist damit nichts.“ Was von den Künsten und „Geschichte, Brauch und Tradition unseres Kontinents, des alten“ mit diesem Wort der Kritik an der „Betrogene“ preisgegeben ist, ist nicht leicht abzusehen. Der Autor des DISKUS-Artikels hat deshalb etwas sehr Peinliches und Unvorsichtiges getan, als er sich vom unwiderstehlichen Kitzel hinreißen ließ, die Grenzen, die einer ernstlichen literarischen Diskussion gesetzt sind, zu überschreiten.

René Ernst



KNAPSACK-GRIESHEIM
AKTIENGESELLSCHAFT
WERK GRIESHEIM-AUTOGEN
FRANKFURT AM MAIN

Bei der Metall-Lichtbogenschweißung wird als Wärmequelle der elektrische Lichtbogen verwendet, der zwischen Elektrode und Werkstück gezogen wird. Während ursprünglich nur blanke Elektroden verschweißt wurden, führte die Entwicklung sehr bald zu umhüllten oder Mantel-Elektroden. Die Umhüllungen bewirken durch Gasbildung eine Ionisation der Lichtbogenstrecke. Damit wird das Zünden und Halten des Lichtbogens sehr erleichtert, insbesondere gilt dies für Wechselstrom. Die aus der Umhüllungsmasse entstehenden Gase halten den Sauerstoff und Stickstoff der Luft von dem übergehenden Zusatzstoff fern, die entstehende Schlacke deckt die Schweißnaht während des Erkaltes ab.

Aus
„50 Jahre
GRIESHEIM-Schweißtechnik“

Dieser Ausgabe ist ein Prospekt des betriebswirtschaftlichen Verlages Dr. Th. Gabler Wiesbaden beigelegt.

Wissenschaftliche Buchhandlung

Josef Hilfrich

die Buchhandlung des Studenten
Adalbertstraße, Ecke Gräfstraße
(An der BockenheimerWarte) Tel. 768 65

15% Ermäßigung auf ASTA-Berechtigungsschein

Gefährliche Parallelen

Zur Woche des religiösen Films

Es gibt Wildwestfilme, Kriminalfilme, Blut und Boden-Heimatfilme (wie man jetzt öfters hört, und die im allgemeinen zwischen Mosel und Neckar spielen), und es sind zahlreiche andere Klassifizierungen bekannt. Man nennt sie auch einfach Spielfilme. Nebenher, so scheint es, läuft eine andere Gattung: der religiöse Film. Nebenher deshalb, weil man gelegentlich auch noch vom „Religiösen im Spielfilm“ sprach. Dank der Bemühungen des Filmstudios der J. W. Goethe-Universität konnte man in einer „Woche des religiösen Films“ zu näherer Präzisierung des Gemeinten gelangen.

Die Bezeichnung „religiöser Film“ sollte weniger kategorisch als vielmehr im Sinne einer ersten Anfrage nach Möglichkeit und Berechtigung verstanden werden. Dies ergab sich im Verlauf jeder Diskussion, die den Abendvorstellungen folgten. Immerhin war der Titel suggestiv genug, um einige in seinen Bann zu ziehen und krampfhaft nach etwas Religiösem suchen zu lassen, andere auf jene Momente zu lenken, die entschiedenen Widerspruch gegen die These hervorriefen.

Ein prinzipielles Mißverständnis beherrschte und verwirrte von Anfang an die Gespräche. Der Grund war vielleicht darin zu suchen, daß die katholische Filmliga und die evangelische Filmgilde Mitveranstalter waren. So wurde „religiös“ fast unbewußt mit „christlich“ identifiziert, nicht gerade zum Vorteil, aber durchaus im Zuge des allgemein strapazierten und vielberufenen Wortes. Und so überraschte es nicht, daß derjenige als Ketzer bezichtigt wurde, der sich gegen den „christlichen“ Film, weil für die Wahrung eines prägnanten Begriffes des Christlichen, aussprach.

Wir können an dieser Stelle nur andeuten. In den Filmen „Monsieur Vincent“ und „Denn sie sollen getröstet werden“ waren Barmherzigkeit, Demut, Ergebenheit Grundmotive. Sorge um die verelendeten Menschen ist sicher eine Grundtugend der christlichen Lehre, aber weder ihr allein vorbehalten noch gar sie konstitutiv begründend. Solches Handeln ist aus reiner Humanität noch erklärbar, christliches aber bestimmt sich allein aus dem tragenden Glauben an Christus, an den dreieinigigen Gott. Doch entzieht sich dieser der Kamera.

Zu leidenschaftlichen Debatten kam es im Anschluß an den Malaparte-Film „Der verbotene Christus“. Einschließlich des Titels war hier alles Verwirrung, der Film so sehr Film, daß er über seine Untiefen noch mit dem Schein größten Tiefsinns hinwegglitt. Zweifellos waren da gewichtige Fragen, die ans Religiöse streiften und solche, die das Leben in seinen Widersprüchen befragten. Stückweise nannten sie den Zuschauer, und am Ende ließ er sich zusätzlich erschüttern von dem Aufschrei: Warum müssen Unschuldige leiden? Auch diese Frage ist „aus dem Leben gegriffen“ und an sich berechtigt. Aber nicht nach diesem Film, der sich anmaßt, solch unschuldiges Leiden zu gestalten. In der Diskussion stellte sich heraus, daß die Frage nur zufällig mit der Handlung verknüpft war. Im Rückdenken an die einzelnen Szenen und Motivierungen wurde der Trug des unmittelbaren Eindrucks nachhaltig entlarvt. Das war prototypisch für den Film im allgemeinen, der der inneren Logik zumeist entbehrt und nur auf das abzielt, was wirtschaftlich ist, nämlich für sich wirkende, rührende, erschütternde Szenen aneinander zu koppeln: Technik des Schnittes und Raffens, Szenenaufnahmen nicht in sinnvoller Abfolge, sondern nach Rentabilität.

Im „verbotenen Christus“ brachte sich Meister Antonio für einen anderen zum Opfer dar. Soweit war man einverstanden. Fraglich wurde der Grund: um seinen Freund vor einem Mord zu bewahren — und die Ausführung: indem er diesen seinen Freund zum Mord an sich selber reizte! Im Endergebnis war dann alles wieder in Ordnung: Bruno, der Freund, mordete nicht mehr wie vorher beabsichtigt.

Schlimmer stand es schon mit den durch den Titel inspirierten Parallelen: das Opfer wurde verglichen mit dem Opfer Christi. Theologen mochten das schon Blphemie nennen. Aber das ganze Elend der Begriffsverwirrung und der betörten Filmgehirne zeigte sich daran, daß jener Antonio in seinen jungen Jahren selbst ein Mörder gewesen, daß ihn die Schuld darniederdrückte und daß er erlöst sein wollte von dieser Last. Unheimlich und beängstigend, trotz dieses Tatbestandes immer wieder auf einen Vergleich mit Christus zu verfallen! War denn auch er Mörder

gewesen? Wurde sein Opfer zu einer beabsichtigten Selbsterlösung, die das Opfer in seinem Gehalt negierte?

Und jenen Versuch wollen wir noch erwähnen, in den Spielfilm „Der dritte Mann“ eine metaphysische Symbolik hineinzufragen, der beinahe auch die vorzüglich angewandte Licht-Schatten-Technik unterstellt und das Gespenstige des dritten Mannes als ein Leben im Dunkeln mit der Sehnsucht zum Licht, d. h. natürlich zur Höhe als zum Göttlichen, ausgegeben wurde.

Überall spürte man den Willen, gute Spielfilme mit dem Prädikat „christlich“ auszuzeichnen. Eine Ehre gewiß für den Film, aber nicht immer für recht verstandenes Christentum. Christliches ist freilich heute in Mode, droht zum Maßstab für alles und jedes zu werden. Christliche Schule, christlicher Rundfunk, christliches Fernsehen, nun christlicher Film. Es wird zur billigen Etikette dann, wenn man darunter auch fassen will, was der Sache und der Motivierung nach gar nicht christlich sein kann. Denn das Geheimnis des christlichen Glaubens läßt sich nicht verfilmen, und nur was aus diesem hervorquillt, sollte man christlich nennen. Glaube als Erlebnis ist wesenhaft in die Innerlichkeit des Menschen gebunden und kann auch vom Schauspieler nicht bei „Blende auf“ vollzogen werden. So verbietet sich aus

Verfahrensarten

Die „Magna Charta des Verbrechers“, die Garantie seiner Rechte auch vor Gericht kann nach einer rechtlosen Zeit nicht einfach durch den Neuerlaß eines liberalen Gesetzes wiederhergestellt werden: ebenso unerlässlich ist es, daß ein liberales Denken diese Gesetze handhabt. In seinem Lehrbuch des Strafrechts hat sich deshalb Henkel*) besonders um die ethischen, psychologischen und politischen Grundlagen bemüht. Die Entwicklung des Verfahrensrechtes (die ausführlich behandelt wird), zeigt sich unter diesem Aspekt zugleich als die Geschichte des rechtsstaatlichen Denkens überhaupt, denn dessen Kraft tritt dort am deutlichsten zu Tage, wo die vermeintlichen und wirklichen Rechtsbrecher zur Rechenschaft gezogen werden. — Leider fehlt hier die Geschichte des römischen Strafrechts. Es hat zwar keinen direkten Einfluß auf die Entwicklung in Deutschland gehabt, aber seine Aufnahme in den historischen Überblick würde zumindest die gelegentlichen Hinweise und Vergleiche mit dem römischen Recht verständlicher machen.

Die Darstellung des geltenden Rechts geht von den verschiedenen Möglichkeiten aus, die sich dem Gesetzgeber anbieten. So wird neben der positiven Regelung jeweils das Warum anschaulich — das Kriterium für den Rechtsstaat also. In einzelnen Fällen wendet sich der Verfasser gegen die herrschende Meinung. So verwirft er entschieden jedes Opportunitätsdenken im Strafrecht: ein Staatsanwalt darf nicht von der Verfolgung abstecken mit der Begründung, daß der Aufwand an Arbeitskraft, Zeit und Kosten unverhältnismäßig hoch würde, oder, es könnten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bloßgestellt werden usw. Er mag in solchen Fällen den ordentlichen Gnadeweg beschreiten; nur das konsequent durchgeführte Prinzip ohne Ansehen der Person gewährleistet die Gleichheit der Rechtsanwendung und damit die Rechtssicherheit (S. 110 ff.).

Warum aber auf den einzelnen Seiten des Werkes bis zu sechs verschiedene Schriftarten im Text verwandt werden müssen, bleibt unerfindlich: die Lektüre durch eine fortwährende Störung des Auges unmöglich zu machen, kann kaum der Sinn eines Lehrbuches sein; daß in so verwirrter Konsequenz nach sechsfach abgestufter Wichtigkeit zu unterscheiden sei, kann selbst dem Strafrecht nicht zugestanden werden.

Daß in dieser Darstellung des Strafrechts die Grundzüge des Gnadensrechts nicht mit behandelt wurden, mag sich aus der großen Zersplitterung des Rechts auf diesem Gebiet erklären: gibt es doch außer dem Begnadigungsrecht des Bundes und der Besatzungsmächte noch ein eigenes in jedem Bundeslande, mit z. T. verschiedenen Verfahren. Erst vor kurzem hat Wahl**) die bestehenden Einzelvorschriften zusammengestellt, so daß an Hand dieser erläuterten Textausgabe eine zuverlässige Orientierung möglich ist.

Die Popularität zivilrechtlicher und zivilprozessualer Fragen steht naturgemäß hinter der von Strafrecht und Strafverfahren zurück. Die hier erfolgten Änderungen sind deshalb nicht so bekannt geworden. Mit der Schaffung eines Verwaltungsrechtsweges für alle Streitigkeiten öffentlich-rechtlicher Art (General Klausel) entfiel das Bedürfnis, Rechtsverhältnisse des öffentlichen

der Möglichkeit des Films sowohl die Forderung nach einem christlichen Film wie die Auszeichnung eines Streifens mit diesem Prädikat.

Bleibt die Frage, ob sich wenigstens von einem religiösen Film sprechen läßt. Wenn wir unter religiös verstehen wollen die Bindung eines Menschen an eine übermenschliche Macht, die sich in der besonderen Kraft seines Handelns darstellt, so daß dies aus ihm selbst nicht erklärlich und uns dennoch sinnvoll erscheint, — so mögen wir vielleicht die Ahnung von dem Wirken und Helfen einer transzendenten Macht haben und den Film mit aller Vorsicht einen religiösen nennen. Aber auch das ist Sache des einzelnen, denn solches Ahnen und Fühlen läßt sich nicht kollektiv organisieren, es sei denn man verwechselt es mit dem „tremendum“, das den unkritischen Zuschauer durch die Magie des Bildes, des Schnittes und des Raffens, der sich überstürzenden Sensationen überkommt, oder mit der Rührseligkeit, wenn die Glocken läuten, die Orgel tönt und Gottvater am Himmel donnert.

Die Woche des religiösen Films war in der konzentrierten Abfolge einer bestimmten Filmgruppe ein gelungener Versuch, den Möglichkeiten und Grenzen des Films nachzuspüren, um einerseits wirklich zu einem Maß für das Gute zu gelangen, andererseits aber sich vor illusionären Forderungen an die Filmindustrie zu hüten. Dem Filmstudio der J. W. Goethe-Universität sei dafür gedankt, und dabei sogleich die Hoffnung ausgesprochen, daß ähnliche Veranstaltungen mit anderen Themengruppen folgen. A. Saupe

Rechts im Wege der Analogie zu bürgerlichen Streitigkeiten zu machen und vor die Zivilgerichte zu ziehen, nur weil sie auf keinem anderen Wege justiziabel gemacht werden konnten. Rosenberg***) vertritt z. B. deshalb gegen die (noch) herrschende Meinung den Standpunkt, daß diese sogenannten Zivilsachen kraft Überlieferung jetzt nicht mehr vor die Zivilgerichte gehören (S. 41/42). Überhaupt zählen die sich auf Begriff und Abgrenzung der Zivilgerichtsbarkeit beziehenden Abschnitte (§ 11—51) zu den interessantesten, auch außerhalb der Zivilprozesslehre zu beachtenden Kapiteln seines Lehrbuches. Gleich wichtig ist die Erörterung der Theorien vom Rechtsschutzbedürfnis; Rosenberg lehnt sie als — allerdings fruchtbare — Irrtümer ab. Obwohl z. B. durch das Arbeitsgerichtsgesetz, das Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung sowie die Einführung der Gleichberechtigung von Mann und Frau wesentliche Änderungen gegenüber der letzten (1951 erschienenen) Auflage notwendig wurden, konnten sie bei der geschickten Anlage des Lehrbuches ohne große äußere Veränderungen eingefügt werden. U. K.

*) Heinrich Henkel, Strafrechtslehre, Kohlhammer-Verlag, 1954, 534 Seiten, Leinen DM 32,—.

**) Alfons Wahl, Gnadensrecht der Bundesrepublik Deutschland, Kohlhammer-Verlag, 1954.

***) Leo Rosenberg, Lehrbuch des deutschen Zivilprozessrechts, 6. Auflage, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 1954, 1109 Seiten, Leinen DM 38,—.

Kernphysik

Die allzu gegenwärtige Erfindung der Atombombe war es zweifellos, die das Interesse weiter Kreise auf einen relativ neuen Sektor der Naturforschung, die Kernphysik lenkte. Aber es ist mit dieser Wissenschaft wie mit irgendeinem modernen philosophischen Ismus: Es gibt ihn, er ist in Mode und man spricht darüber, ohne eigentlich zu wissen. Selbst dem Naturwissenschaftler fällt es nicht leicht, einigermaßen orientiert zu sein, wenn er nicht speziell Physiker und Mathematiker ist, weil Lehrdarstellungen doch meist am exakten mathematischen Skelett aufgerichtet werden. Und es bedarf schon eines großen didaktischen Geschickes, um die Kernphysik unter weitgehendem Verzicht auf Formeln zugänglich zu machen und dabei trotzdem wissenschaftlich zu bleiben.

Besonders unter diesem Aspekt lohnt es, sich das Buch von W. Riezler: „Einführung in die Kernphysik“ zu betrachten. Dem Autor ist es in glücklicher Weise gelungen, die Grundlagen der Atomistik einem weiten Leserkreis zu veranschaulichen, ohne ihm große mathematische Kenntnisse abzufordern, und ohne daß dabei die Exaktheit der Darstellung gelitten hätte. Wenngleich die Mathematik immer das solideste Rückgrat physikalischer Erörterungen bleiben wird, ist doch das Riezlersche Buch als ein Vertreter der selten mit Ernst popularisierenden Fachliteratur über akute Wissenschaftszweige geeignet, den Vorsprung entsprechender englischsprachiger Publikationen einzuholen.

Diese Art wissenschaftlicher Literatur ermöglicht auch dem gebildeten Laien, Dinge näher ins Auge zu fassen, die ihm bisher in Tagespresse und Wochenjournalen als Schrecknis a priori inter-

(Fortsetzung auf Seite 10)



RHEIN-MAIN BANK

A K T I E N G E S E L L S C H A F T

FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Fernsprecher: Ortsverkehr 30061, 30221, Fernverkehr 30231

Depositenkassen in Frankfurt a. M.:

Mainzer Landstraße, Mainzer Landstraße 93 · Opernplatz, Große Bockenheimer Straße 37 – 39

Roßmarkt, Roßmarkt 14 · Schweizerstraße, Schweizerstraße 27 · Großmarkthalle, Rückertstraße 4, Westanbau

55 Niederlassungen im süddeutschen Raum



Es war wie immer.

Herr Charles legte Wert auf schriftliche Fixierung des ministeriellen Feierabends: etwas Villon übersetzt, der Spaziergang mit dem Rüden, dann den Beaujolais, Fleisch à la tartare und etwas Biskuit, alles wie immer. Herr Charles verbeugte sich mit einer halben Drehung seines Nackens gegen die eBanten im Ledermantel: aber selbstverständlich!

Herr Charles wies den Herren nach pietätgebundenem Zögern die diskretesten Winkel der ministeriellen Villa. Im Laufe der

UNTERSUCHUNG

so schrieb auch die sozialkonservative Kirchenzeitung der Regierungspartei, äußerte sich Herr Charles dahingehend, daß er auch seinerseits und mit allem Nachdruck auf eine detaillierte Klärung der Tatbestände drängen müsse — zur Ehre des Hohen Verblichenen und des

VATERLANDES EHRE

Herr Charles fügte nach einem schmerzlichen Räuspern hinzu: was seine Integrität als Butler des seligen Herrn Ministers betreffe, so sei die Rechtslage leider und wiederum Gott sei Dank eindeutig gegeben, erst der Hund, meine Herren! Im übrigen, das glaube er dem aufgewühlten Volk und der verhetzten Opposition schuldig zu sein, stehe er bereits mit einem angesehenen Verleger in Verhandlung.

Er rechne mit ungefähr 650 Seiten.

Es war wie immer.

Er klopfte dem parlamentarischen Parkwächter, einem Invaliden mit Auszeichnungen, auf die dévot präsenzierte Schulterwatte und beugte sich unter populärem, aus Film und Funk vertrauten Asthmakeuchen in den Saffian seiner schwarzen Limousine. Er hob die Melone vor dem Oberleutnant der parlamentarischen Hauspolizei, der in nutzloser Unentbehrlichkeit die Ausfahrt zu sichern sich erlaubte.

Der Herr Minister hob die Melone.

Er hob sie vor den Weißhemden einer klerikalen Jugendgruppe, die das Parlament besichtigte. Er hob sie vor dem Portier der Arbeiterwohlfahrt gegenüber (einem Invaliden mit Auszeichnungen). Er hob sie vor zwei Polizisten, die dienstlich erstarrten. Er hob sie vor einem Vikar zu Rad und dem biertrinkenden Schweißler am Hochhaus. Dann bog er in die Uferchaussee, sicherte eine Sekunde im Rückspiegel und warf die ekelhafte Brasil aus dem Fenster.

Feierabend des Herrn Ministers, wohlverdienter Aufschub des nächsten Angina pectoris Krampfes bei Villon, à la tartare und Spaziergang mit dem Rüden, ein sehr wohl verdientes Ausspannen im Kreise seiner Lieben, wie die Allgemeine sich auszudrücken pflegte.

Niemand kannte die Lieben, nur Herr Charles kannte die Lieben und er rechnete mit ungefähr 650 Seiten.

Am Steuer persönlich. am Steuer seiner schwarzen Limousine des patriotischen Standardmodells aller Regierungen des Landes. Einer Sonderluxusausführung übrigens, wie das Freie Handelsblatt freudig vermerkt hatte, zum 60. Geburtstag des Herrn Wirtschaftsministers — überreicht vom Betriebsrat des also geehrten Werkes. Vorgefahren vom ältesten Meister und jüngsten Lehrlings, unhörbar gleitend vor das Backsteinbarock des Ministeriums, in das Chaos der Funkkabel und Jupiterlampen, in die nutzlose Beflissenheit der Weißledergarde des parlamentarischen Oberleutnants, in das Wimpelmeer der klerikalen Jugendgruppen, die Banner der sozialistischen Jungadler und das Homburgschwarz der Industrieverbände.

So ehrte ihn das Land im Rausch der glücklichen Bilanz nach der Katastrophe. So liebte man den Ministerschutz des privaten Saldos. Seine Melone war glaciierter Realismus und harte Währung. Parteipflichtig beschimpft vom radikalen Erdarbeiter, der sich empörte über die gerichtliche Zwangseinhaltung (Überstundenstop) seines Achtstundenglücks, wofür der sozialistische Großvater den Ringfinger auf der Barrikade verloren hatte. Beschimpft vom dickkranzigen Arbeitgeber, weil ers dem Feind draußen nicht patriotischer gab und das Exportmodell drosselte. Aber von allen geliebt, seine Melone — das Wahlemblem der Regierung, die Karikatur der Oppositionspresse. Seine Melone: der geblühte Smyrna des Bankiers, der rote Rennsattel der proletarischen 350 Kubik.

Es war wie immer.

Dem Gerücht eine Schmiergasse. Skandalfetzen brüllten Schlagzeilen über die Geilheit zahlender Dummköpfe. Die rissen sich um des Ministers Tod.

F 704 HOLZBEIZE ODER FÜNFTE KOLONNE?

Seriöse Leitartikel äußerten einerseits andererseits. Promovierte Schwätzer räsonierten am Mikrophon.

WIE KAM DER MINISTER AUF F 704? ZUFALL ODER MORD?

F 704, gestern das Pulver des trauten Heims, sackweise in Schrebergärten und Schreinereien, heute der

RÄTSELHAFTE TOD DES MINISTERS

Einerseits tragisch andererseits völlig absurd anzunehmen. Das Volk wurde nervös. Die Opposition horchte auf:

SELBSTMORD DES HERRN MINISTERS? BANKROTT SEINES WIRTSCHAFTSSYSTEMS?

Die Regierung wurde nervös.

Die Regierung telefonierte indirekt einem Zurverfügungsdiplomaten. Dessen Vetter besuchte den Anwalt des Herrn

Der unerwünschte Tod

Charles. Herr Charles saß in der Zelle, Schreiben erlaubt (Herr Charles stand in Verhandlung mit einem angesehenen Verleger).

Der Anwalt beriet Herrn Charles über den Vorschlag des Veters des Zurverfügungsdiplomaten der Regierung. Der Anwalt hatte eine Unterredung entre deux mit einem Zurverfügungsdiplomaten des Polizeipräsidenten.

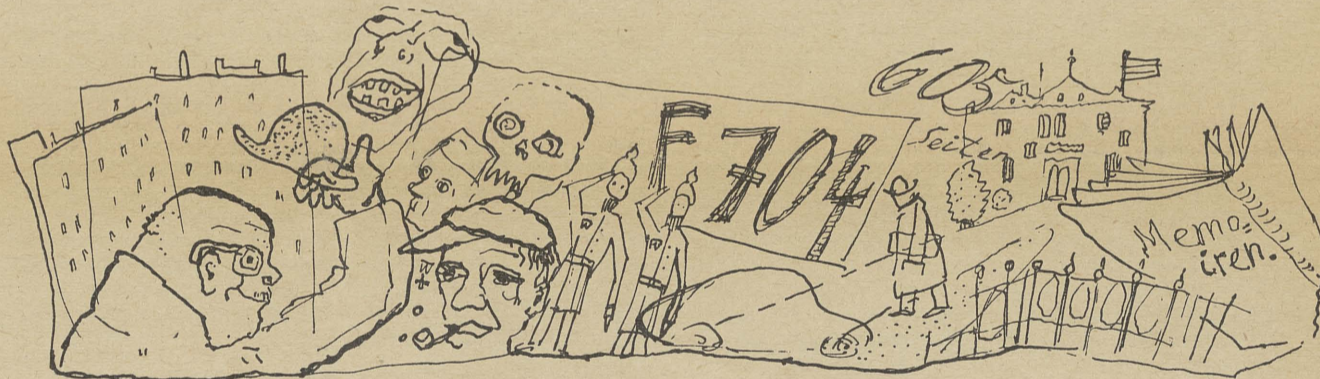
Ein kleiner Wagen brachte Herrn Charles an die Grenze. Herr Charles trug leichtes Gepäck (einen Vertrag mit dem angesehenen Verleger) und ein Bündel der Landeszentralkasse.

Der Vetter des Zurverfügungsdiplomaten der Regierung telefonierte indirekt an Skandalfetzen. Die reagierten dankbar:

DIENER DES MINISTERS FLÜCHTIG DRINGENDER MORDVERDACHT

Im diplomatischen Korps wurde eine Aufwandsentschädigung geregelt. Der Polizeipräsident wurde öffentlich milde getadelt einerseits andererseits und erhielt ein Bündel der Landeszentralkasse. Herr Charles stand unter Mordverdacht. Die INTERPOL tauschte Fernschreiben.

Das Staatsbegräbnis für den Herrn Minister wurde zu einem machtvollen Bekenntnis des Volkes für die Regierung, wie der sozialkonservative Leitartikel betonte. Der Nekrolog des Präsidenten kulminierte im Sinne von nie rastendem Einsatz und unerschütterlichem Glauben und ging zur frechen Bubenhand über, die einen der Besten aus Volkes Mitte riß.



In der Nacht preßte ein Skandalfetzen seinen literarisch ungeschulten Dummköpfen ein Diskretissimum des seligen Herrn Ministers in die Hand:

à la tartare —

Überall bleibt das Gebet im Spiel.
Und der Geschäftsgang der Zeit
bietet Nettoeinkommen von
zweifelhafte Immerdasselbe.

Die möblierten Herzen
und im Schlafrock der Wünsche
Konto lückenlos und Gebiß
lachen in den Spiegel.
Krawatte zurechtrücken:
Steuer-, ... Liebeserklärung.

Die Worte mit Schweigen durchwürzt.
Der Leib dürrt.
Lippen schmecken
nach Schlehen
singen die Augen in Schlaf.

Die Falten des Geistes
glättet das Allgemeine,
und alle Masken werden sich ähnlich:

o Mühsal der Täuschung.
Im Klärbecken der Städte
trocknet der Geist
an sich selbst.

Jetzt zögert die Uhr,
im Warten.
Einsam jetzt
Und jetzt verarmt.

Auf einer Zeigerspitze
tänzelt
der kokettierende Tod.

19.12 Uhr:

Beim Hund dauert es nur eine Sekunde.

Es war wie immer.

Herrn Charles Charakter litt durch das Bündel der Landeszentralkasse. Herr Charles wurde ein undankbarer Staatsbürger. Er verbrachte einen Tag am Schreibtisch seines Luxushotels und schickte dem angesehenen Verleger ein Paket Fotokopien, zu verwenden laut Numerierung, Überweisung bitte in mittelgroßen Scheinen.

Der Verleger war ein fanatischer Diener der Wahrheit, auch wenn sie Geld brachte. Er war äußerst populär, ein fleischiger Avantgardist mit Geschmack und Sinn für Zirkusbetrieb, politisch linksaußen, Villa und Betrieb rechtsaußen geschützt, Artikel vier: die Presse ist frei. Der angesehenen Verleger ließ die geifernde Presse beim Interview zappeln, das höchste Angebot gewann.

F 704 wurde grausige Mode. Der verbitterte General, die verlassene Freundin, der Überästhet, die Verzweiflung, der Bankrott, der Ekel, der fehlende Gott. Aufgestaute Kalkulationen um ein Ende mit kurzem Schrecken — F 704 löste in einer Sekunde die Bürde von Jahren. Menschen aus Politik und Kultur, und große Namen darunter. Der Feindsender schrie von verknechteten Arbeitersklaven, doch parkte manche Limousine vor einer Villa des Todes.

Die Regierung schwieg. Denn es stand schlecht um die Regierung.

Der angesehenen Verleger stürzte mit Papier die Regierung, am Ende war das Wort. Herr Charles lizenzierte die Fotokopien der landeszentralgebündelten Scheine mit laufender Nummer, Herr Charles gab Details seiner Reise aus der heimischen Zelle. Der Skandal wuchs zur Affäre. Der angesehenen Verleger diente der Wahrheit, seiner Partei und mit dem Restgeld einem jungen schwierigen Dichter, dessen Subventionsgestammel er sich gönnte als Purgativ im ehrlichen Dienst an der Moderne. Jenseits von Böse und Gut, wie der Waschzettel trotzte.

Es war wie immer.

Persönliche Diskriminierung diente dem völkischen Aufbau — die Opposition übernahm die Regierung. Doch die Masse reagierte anders. Sie reagierte im Skandalfieber um F 704.

Die Regierung sprach von besseren Zeiten. F 704. Die Regierung wurde aktiv nervös:

SELBSTMORD DES MINISTERS KEINESWEGS ERWIESEN

Auch denke man beileibe nicht an eine Änderung des bewährten wirtschaftlichen Kurses. Im übrigen sei, wie die

Es war wie immer.

Die Masse reagierte anders. Sie reagierte durch F 704. Es war die Sekunde à discretion, die Eine Sekunde des ministeriellen Hundes, das Opfer gegen die Angst vor einer unbekanntem Droge. Ein Fanal der ratlosen Müdigkeiten, ein Garantieschein für schmerzloses Verschwinden. konservativsoziale Sportzeitung der Regierungspartei betonte, Selbstmord ein Mord am Volksgut und daher unerwünscht, defaitistisch und vor dem gemeinsamen Feind — wo käme man hin, wenn jeder, einerseits andererseits. In beglückender Zusammenarbeit gehe man mit der Opposition Seite an Seite.

Die Regierungspartei beantragte, unterstützt durch alle positiven Kräfte (guten Willens), den Invalidenclub und die Frauenvereine, ein Gesetz zur Bestrafung des Selbstmordes (bei Überleben).

Das Gesetz wurde einstimmig angenommen. F 704 kam unter Giftschein und Verschuß. Der Selbstmord versank. Er versank durch Herrn Charles: Herr Charles und sein angesehenen Verleger änderten das Memoirenmanuskript von über 650 Seiten dahingehend, daß der selige Herr Minister vermutlich entsetzlich gelitten habe. Auch sei nach neuesten Ermittlungen keineswegs geklärt, ob nicht ein Versehen — und was die unglücklichen Nachfolger betreffe, so wisse niemand, was ein Mensch in scheinbar einer Sekunde erlebe.

Seiner avantgardistischen Fleischigkeit gemäß wurde der angesehenen Verleger auch unter der neuen Regierung angemessen verfehmt, da er es wagte, auf über 650 Seiten intimster Memoirenlektüre dem Ansehen seiner Partei zu schaden. Der angesehenen Verleger war immer verfolgt.

Denn die neue Regierung war wie die alte Regierung: Optimismus wurde Pflicht. Man suchte bereits einen asthmatisch-gemütlichen Mann mit Melone.

Es war wie immer.

Klaus Nonnemann
Gedicht: Herbert Heckmann

Abstieg zur Sekte?

Die Kritik eines Sozialisten an seiner eigenen Partei (der Artikel „Ich habe meine Tante geschlachtet“ der letzten DISKUS-Nummer) war in der Überschrift bestimmt originell, im Inhalt sehr aufschlußreich. Für mich als Gegner des Sozialismus war die Versuchung groß, einen solchen Artikel als geistige Bankrott-erklärung dieser Richtung auszuliegen. Aber der „Abstieg zur Sekte“, den Dr. Dehler (dessen Liberalismus auf gleichem Weg immerhin einen beträchtlichen Vorsprung hat) stolz verkündete, ist bis jetzt noch nicht vollzogen. —

Der Sozialismus ist auf dem Weg seines Vorgängers, des Liberalismus; seine Begriffe sind leer geworden und haben die faszinierende Kraft eingebüßt. Die nach den Bundestagswahlen einsetzende Kritik innerhalb der sozialdemokratischen Führung meinte, die Ideen der SPD hätten wegen ihrer unklaren Formulierungen keinen Widerhall in breiten Volksschichten gefunden. Seltsam, denn noch vor fünfzig Jahren sprach der Marx-Schüler Georges Sorel davon, „welche Bedeutung die Unverständlichkeit haben kann, um einer Lehre Nachdruck zu verleihen“. Der Mythos des Sozialismus ist geschwunden, was ist geblieben oder an seine Stelle getreten?

Geblichen ist nicht mehr viel, wie Herr Liebe in seinem Artikel schon ausführte. An seine Stelle getreten sind eine ganze Reihe tagespolitischer Rezepte, die weder etwas mit Sozialismus zu tun haben, noch in ihrer gedanklichen Durchformung an die Marxschen Analysen (trotz deren Fehlschlüsse) heranreichen. Am deutlichsten wird dies bei der Außenpolitik der SPD. Waren früher internationale Zusammenschlüsse die Domäne der Sozialisten, so treten jetzt sterile nationalstaatliche Gedankengänge in den Vordergrund. Die Gedanken gelten eben nicht vornehmlich unseren Brüdern und Schwestern in der Sowjetzone, die SPD opponierte ja auch beim Schumann-Plan und wird in der Saarfrage eine ähnliche Haltung einnehmen. Der Ruhm einer „splendid isolation“ auf außenpolitischem Gebiet bringt einer absterbenden Weltanschauung kein frisches Blut in die Adern. —

Auch im Verhältnis der SPD zu den Kirchen sind Rezepte an die Stelle der Konzeption getreten. Die Religionsfeindlichkeit der Sozialisten in der Vergangenheit war gewiß ein schmerzliches Zeichen der Entfremdung zwischen Kirchen und Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert, aber sie war wenigstens eindeutig. Wenn man heute anders denkt, braucht man es nur grundsätzlich auszusprechen. Aber da wird neuerdings wieder scharf unterschieden; mit einem Seitenblick auf Rom wird die evangelische Kirche umworben, für die Sozialdemokratie gegen die Katholiken weltanschauliche Hilfsdienste zu leisten. Wenn aber das macht-

politisch bedeutungsvolle „divide et impera“ in so plumper Weise praktiziert wird, fällt es dem Protestantismus wenigstens leicht, diese Absichten zu durchschauen.

Ihre Kulturpolitik bezieht die SPD schon seit längerer Zeit von auswärts; da der Liberalismus aber nicht so stark war, seine Prioritätsrechte gebührend zur Geltung zu bringen, fiel das hier auch nicht weiter auf.

Solche Rezepte können eine politische Partei wie die SPD auf die Dauer natürlich nicht am Leben erhalten; das oft geäußerte Schlagwort von der Umwandlung in eine große „Volkspartei“ ist geradezu gefährlich. Volksparteien ohne einen weltanschaulichen Unterbau können ja nur durch „Rezepte“ oder durch einen Demagogen an der Spitze groß werden. Sie müssen sich auf unsichere Wählermassen einstellen und verlieren dadurch Maßstab und Richtung in ihrer staatspolitischen Aufgabe. — Was soll also werden? Der Parteivorstand der SPD will eine theoretisch-wissenschaftliche Zeitschrift zur Diskussion dieser Fragen herausgeben. Ob das ausreicht? Sicherlich nicht. Schumpeter sagt einmal über Marx, daß eine „rein wissenschaftliche Leistung — selbst wenn sie viel vollkommener gewesen wäre, als sie es im Falle Marx war — ihm nie die Unsterblichkeit im geschichtlichen Sinn eingetragen“ hätte, die er besitzt. Selbst die wissenschaftlich exakten Darlegungen über Interventionen in das Wirtschaftsgefüge haben damit noch keine Breitenwirkung, wie es manche der heutigen Sozialisten vielleicht glauben.

Ein gar nicht einmal schlechter Weg könnte dem Sozialismus auf lange Sicht bleiben: die Bewahrung überzeitlicher sozialistischer Zielsetzungen. Dem braucht das Weiterentwickeln wirtschaftstheoretischer Erkenntnisse in einem kleinen Kreise gar nicht zu widersprechen. Denn die politisch-parlamentarische Macht ist etwas Vordergründiges, und wenn man beispielsweise die Wirkungskraft liberaler Gedankengänge allein nach der parlamentarischen Vertretung beurteilt, so fällt nicht einmal die ganze FDP-Fraktion darunter. In unserer praktischen Wirtschaftspolitik ist aber der liberale Gedanke weit stärker vertreten, als in irgendeiner heutigen Parteidoktrin.

Der Sozialismus als Bewegung hat sicher manches durchgesetzt, was uns heute selbstverständlich erscheint. Seine Errungenschaften brachten auch denen Vorteile, die ihn dann bekämpften oder nicht unterstützten. Diesen anscheinend paradoxen Zustand hätte man bei kritischer Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge früher erkennen können.

Wilhelm Hick

Sommerbesuch in Schweden

30 km bis Stockholm höhnt das Schild am linken Straßenrand, und ausgerechnet jetzt Panne! Gerhard flucht. Aber nach Bergaholm können es höchstens noch 3–4 Kilometer sein. Über der Reichsstraße Nr. 1 schwimmen helle Dunstfetzen, dazwischen spiegeln sich schwarze Tannen auf dem nassen Asphalt. Vom Tal schnauft ein Lastwagen heran. Die Hinterfront unseres Wagens betrachtet ihn verschlafen, und wir winken. Der Fahrer ist sehr freundlich und hält mitten auf der Steigung. Wir schwingen uns hinauf und Ulli versucht mit einem riesigen Redeschwall aus dem Wörterbuch unsere Lage zu schildern. Der Fahrer lächelt breit und sagt zwischendurch „jaha“ und „jaso“. Wahrscheinlich versteht er kein Wort und kommt auch nicht darauf, daß der Verfasser des Vokabulars keine phonetischen Schriftzeichen kannte.

Von einer Anhöhe links der Straße grüßen die hellen Holzhäuser des Gutes Bergaholm. Stüre, der Sohn des Hauses, erscheint im Schlafanzug. 6.00 Uhr ist ja auch etwas früh, meinte er. Die Landarbeit beginnt erst um 7.30 Uhr. Auch hier regiert der 8-Stundentag. Nach „kurzem“ Imbiß besteigen wir einen Traktor und holen unseren müden VW.

Für den Abend ist zu unserem Empfang etwas besonderes vorgesehen. Ein leerstehender Getreidespeicher erwartet, mit zum Tanz. Musikfetzen aus „Limelight“ und „Moulin Rouge“ fügen sich harmonisch in die jungfräuliche Stille der nordischen Landschaft.

Gegen 22.00 Uhr sind wir auch den letzten Gästen vorgestellt. Die Mädchen verstehen sich zu kleiden.

Der amerikanische Einfluß, der uns in der ganzen Bewirtschaftungsart des Hofes, besonders aber in der Küche, die aus dem Reklameteil von „Life“ kopiert scheint, auffiel, macht sich auch hier bemerkbar. Sie erzählen — fast alle sprechen englisch oder deutsch — von den Schönheiten der nordischen Landschaft und man könnte ein gutes Jahr vagabundieren, wollte man alle Reisetips befolgen.

Zwischendurch bemüht sich Britt, mich in die Geheimnisse des „Hambo“ — in Tempo, ein Mittelding zwischen Walzer und Menuett — einzuweihen. Aber meine Jazzgewohnten Beine fügen sich nur unwillig den harten Rhythmen dieses ewig modernen Bauerntanzes aus Dalarna.

Am nächsten Tage sprechen wir mit Dozent E. Chirurg an einer der bekanntesten Stockholmer Kinderkliniken. Wir wollen famulieren. Aber die Ausbildung der schwedischen Mediziner sieht einen ähnlichen Passus nicht vor. Wir dürfen trotzdem dort arbeiten. Durch Nachtwachen können wir uns sogar einige Kronen verdienen.

Der Tag beginnt mit der Visite der kleinen Patienten. „Ich verstehe nur Deutsch“ rügt Dozent E. die vortragenden Ärzte und zwingt sie, sich unserer Muttersprache zu bedienen. Wir sehen phantastische Operationen und können viel lernen. Abends steigt zu unserem Empfang ein Krebsessen im Ärztekasino. Die Kollegen assistieren uns beim Sezieren der Schalentiere. Zwischendurch wird das schwedische Prohibitionsgesetz durchbrochen und man trinkt „Bordsbrännvin“ (nach Aussage von Kennern gibt es eine Sorte, die aus gehobelten und eine die aus ungehobelten Brettern gebrannt wird). Zu jedem „Skol“ gehört ein Lied. Wir singen gaudeamus igitur. Dazwischen wird erzählt. Wenn das Gespräch allzu schwedische Formen anzunehmen droht, mahnt Dozent E. mit seinem Baß: „Wir verstehen hier nur deutsch!“

Eduard Kolb

Übersicht

über den zeitlichen Verlauf des
DRITTEN DEUTSCHEN STUDENTENTAGES
MÜNCHEN 1954

Sonntag, 2. Mai

- 8.30 Uhr Katholischer Festgottesdienst in der Ludwigskirche (Orchester, Chor und Solisten der Hochschule für Musik München bringen die Krönungsmesse von Mozart und eine Motette von Orlando di Lasso zur Aufführung)
- 8.30 Uhr Evangelischer Festgottesdienst in der Markuskirche (Der Madrigalchor der Hochschule für Musik Köln singt Motetten von J. S. Bach; an der Orgel Prof. Karl Richter)
- 10.30 Uhr Festliche Eröffnung des Studententages im Kongreßsaal des Deutschen Museums
Es spricht der Bundespräsident; den Festvortrag hält Bundesinnenminister Dr. G. Schroeder; das Orchester der Hochschule für Musik Berlin spielt unter Leitung von Prof. Ewald Lindemann Werke von J. S. Bach, Béla Bartók und Hindemith
- 16.00 Uhr Eröffnung der Kunstaussstellung mit Arbeiten der westdeutschen und Westberliner Kunstakademien in der Akademie der bildenden Künste München (Die Ausstellung ist bis einschließlich 9. Mai ganztägig geöffnet)
- 20.00 Uhr Heiterer Abend des Bayerischen Rundfunks in der Kongreßhalle im Ausstellungspark

Montag, 3. Mai

- 9.00 Uhr im Kongreßsaal des Deutschen Museums:
Prof. Dr. Romano Guardini spricht zum Thema des Studententages; anschließend konstituieren sich die einzelnen Arbeitskreise.
- 14.00 Uhr in den Hörsälen der Universität und der Technischen Hochschule:
Diskussion innerhalb der einzelnen Arbeitskreise
- 16.30 Uhr im Kongreßsaal des Deutschen Museums:
Walter Dirks spricht zum Thema des Studententages
- 20.00 Uhr Konzert mit dem Convivium Musicum (Kammerorchester des Bayerischen Rundfunks) im Kongreßsaal des Deutschen Museums mit Werken von Händel, Vivaldi, J. S. Bach und Mozart

Dienstag, 4. Mai

- 9.00 Uhr im Kongreßsaal des Deutschen Museums:
Geheimrat Prof. Dr. Otto v. Zwiédineck-Südenhorst spricht zum Thema des Studententages; anschließend konstituieren sich die einzelnen Arbeitskreise
- 14.00 Uhr in den Hörsälen der Universität und der Technischen Hochschule:
Diskussion innerhalb der einzelnen Arbeitskreise
- 16.30 Uhr im Kongreßsaal des Deutschen Museums:
Prof. Dr. Max Horkheimer spricht zum Thema des Studententages
- 19.30 Uhr Festaufführung der Bayerischen Staatsoper mit „Die Hochzeit des Figaro“ von Mozart

Mittwoch, 5. Mai

- 9.00 Uhr in den Hörsälen der Universität und der Technischen Hochschule:
Abschließende Diskussion innerhalb der einzelnen Arbeitskreise
 - 14.00 Uhr im Kongreßsaal des Deutschen Museums:
Zusammenfassender Bericht über die Arbeit der einzelnen Diskussionsgruppen und über das Ergebnis des Studententages
 - 17.00 Uhr Schlußveranstaltung im Lichthof der Universität
 - 20.00 Uhr Festball im Regina-Palast-Hotel, Maximiliansplatz 5
- Die Mittags- und Abendmahlzeiten können jeweils ab 12 Uhr (am Sonntag ab 13 Uhr) bzw. ab 18 Uhr in den Mensen der Universität, Eingang Veterinärstraße 11, und der Technischen Hochschule, Eingang Luisenstraße, eingenommen werden.

Kernphysik (Fortsetzung von Seite 8):

pretiert wurden. Durch die sachliche Orientierung an den Fakten kann zwar nicht die Angst vor der Atombombe genommen werden, aber sie wird weniger bitter-süße Sensation, wenn man die Gefahr kennt und einordnen muß.

Darin erschöpft sich aber der Wert des Buches nicht. Ursprünglich ist es als Lehrbuch für den Studenten von Disziplinen gedacht, die der Physik benachbart sind. Im Verlauf des immer stärker zu beobachtenden Zusammenfließens der einzelnen Naturwissenschaften muß mehr und mehr die Kenntnis atomphysikalischer Grundlagen von ihnen gefordert werden. Daß das Buch diesen höheren Ansprüchen durchaus Genüge leistet, beweist nicht zuletzt der schon spezielleren Anforderungen entsprechende Tabellenanhang.

Es ist Riezler gelungen, durch eine, man ist geneigt zu sagen dynamische Schreibweise, das Buch Leserkreisen mit weitem Bildungsunterschied wertvoll zu machen.

W. Schaffernicht

Ihr Friseur im Studentenhaus

Untergeschoß — Zimmer 12

Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr
Samstag von 8 bis 17 Uhr
Dienstag von 8 bis 13 Uhr

Verkauf sämtl. Toilettenartikel - Preisgünstige Bedienung

Juristische Fachbuchhandlung



stellt Leseraum allen Studenten kostenlos zur Verfügung

HERMANN SACK

Frankfurt am Main

jetzt: Friedberger Landstr. 27, in nächster Nähe des Gerichts

Die Bedienung im Fachgeschäft ist immer die beste

1868 85 Jahre 1953

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10

Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134, Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

- Strichzügen
- Farbzügen
- Autotypien
- Galvanos
- Rotaprintfolien
- Matern-Stereos

RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT/M
Mainzer Landstraße 216
Ruf 34672

Briefe an die Redaktion

Sachsenhausen — Ginnheim?

Ein Aufsatz über das Thema „Erweiterung und Erneuerung von großen Krankenhäusern und Universitätskliniken“*) veranlaßte eine Einladung von ärztlicher Seite an mich, im DISKUS Stellung zu den Planungen für die Universitätskliniken in Frankfurt am Main zu nehmen. Es gibt heute wenige Großstädte auf der Welt, die nicht vor dem Problem solcher Planungen stehen. Denn der letzte Weltkrieg hat auf diesem Gebiet viel zerstört, viel verändert, viel neu geboren. Es gilt heute überall, nachzuholen und dem Neuen seinen Platz und seine Gestalt zu geben.

Ebenso wird fast überall zunächst die Frage aufgeworfen „soll man das Krankenhaus, die Universitätskliniken auf dem alten Platz erweitern und erneuern oder ist es richtiger, an anderer Stelle völlig neu zu bauen?“ Meist ist man geneigt, mit dem neuen Krankenhaus ins Freie — vor die Stadt zu gehen. Diese Tendenz ist durchaus verständlich. Denn man findet vor den Toren der Stadt meist ein besseres Klima für die Kranken als an der alten Stelle — nahe der City — und im Freien lassen sich die zahlreichen und komplizierten Erfordernisse eines modernen Krankenhauses ungleich leichter befriedigen als im Inneren der Großstadt mit ihren verkrampten Verkehrs- und Grundstücksverhältnissen.

Aber die Fragestellung in dieser Form wird dem vorliegenden Problem nur zum Teil gerecht. Die Medizin spielt zwar in unserem Leben, in der modernen Wissenschaft und in unserer Wirtschaft eine eminent wichtige Rolle. Aber wohl in allen Kulturstaaten setzt sich mehr und mehr die Überzeugung durch, daß die Medizin — ebenso wie jede andere Disziplin unserer Wissenschaft — ihre Aufgaben restlos nur im Verein und mit Unterstützung der übrigen Fakultäten erfüllen kann, daß man

waltungsrecht, BGB u. ä. Keinen meiner Kommilitonen nahm es damals Wunder, wenn wir bei unseren Vorlesungen in der Hochschule auf junge Mediziner, Physiologen und Philologen trafen, die mit uns Ansichten und Erfahrungen austauschten. Uns allen hat es genützt, das eigene Studium aus dem Gesichtswinkel und unter der Lampe einer anderen Wissenschaft zu sehen. Ich kann mir schwer vorstellen, daß die heutige Studentenschaft in diesem Punkt anders denkt. Man müßte sich ernsthaft überlegen, wo man in Deutschland eine Universität und eine Technische Hochschule auf ein und demselben Gelände errichten könnte. Man würde sich damit eine Basis schaffen, auf der die deutsche Wissenschaft wieder den Vorrang gewinnen würde, den sie früher besaß.

Wie liegen nun die Dinge in Frankfurt am Main?

Nach meiner Kenntnis plant man dort — nahe der City — ein Universitätsviertel mit einer Anzahl von Fakultäten. Die medizinischen Kliniken, die bisher in Sachsenhausen, also jenseits des Maines domizilierten, sollen völlig neu, und zwar auf der Ginnheimer Höhe, also diesseits des Maines, errichtet werden. Dies bedeutet, daß die medizinischen Kliniken nicht mehr ca. 2700 m, sondern nur mehr ca. 1800 m vom eigentlichen Universitätsviertel entfernt sind. Das ist immerhin eine wesentliche Verbesserung, wenn man bedenkt, daß der Weg im ersten Fall über den Bahnhofplatz und über eine Mainbrücke führt. Immerhin bleibt die Entfernung zwischen Universität und medizinischer Fakultät nach deren Verlegung auf die Ginnheimer Höhe noch recht bedeutend. Es kann von hier aus nicht beurteilt werden, ob näher gelegene Flächen wie die des Palmengartens oder des Botanischen Gartens für den Neubau der Medizinischen Klinik überhaupt ins Auge gefaßt werden dürfen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Tendenz der Frankfurter Behörden in der Richtung, die Universität und die medizinischen Kliniken einander zu nähern, richtig, daß aber das praktische Ergebnis dieser Annäherung im Hinblick auf den damit verbundenen Aufwand verhältnismäßig gering ist.

Nun muß das vorliegende Problem jedoch auch noch unter einem anderen Gesichtspunkt betrachtet werden.

Die medizinischen Kliniken sind zwar ein integrierender Bestandteil der Frankfurter Universität; diese Kliniken stellen aber auch den Schwerpunkt des Krankenhauswesens im Versorgungsbezirk Frankfurt dar. Ehe man sich deshalb für den einen oder anderen Bauplatz entscheidet, müßte man an Hand des Generalplanes über das Frankfurter Krankenhauswesen ermitteln, wo dieser Schwerpunkt unter den dort gegebenen Verhältnissen zu suchen ist.

Anscheinend existiert ein solcher Generalplan in Frankfurt noch nicht. Denn es wäre sonst schwer denkbar, daß man erst jetzt nach einem geeigneten Platz für das Hauptkrankenhaus im Versorgungsbezirk sucht.

Für alle möglichen Bedürfnisse des städtischen Lebens in Frankfurt ist sicher in dessen Generalbebauungsplan Vorsorge getroffen, sei es, daß es sich um die Versorgungsfragen, die Flächen für Kultur, für Wohnungen oder Erholung handelt. Es ist überraschend, daß man sich nicht in gleicher Weise mit einer sinnvollen Verteilung der Krankenanstalten beschäftigte. In einem solchen Generalplan für das Krankenhauswesen wird zunächst der Bedarf an Betten- und Behandlungsräumen im Versorgungsbezirk an Hand allgemein gültiger Erfahrungssätze ermittelt; es werden dann die vorhandenen Bestände festgestellt und diejenigen Anstalten ausgewählt, die sich für eine weitere Verwendung eignen. Es werden die Plätze für neue Krankenhäuser ausgesucht und endlich die inneren Beziehungen zwischen den kleinen und großen Anstalten, zwischen den Allgemeinen Krankenhäusern und den Spezialanstalten festgesetzt. Solche Pläne umfassen nicht nur die staatlichen und städtischen Anstalten, sondern auch diejenigen von gemeinnützigen Organisationen und privaten Trägern bis herunter auf eine Bettenzahl von etwa 20.

Ohne einen solchen Generalplan für das Krankenhauswesen, wie er heute in verschiedenen Großstädten vorliegt, kann man in Frankfurt nicht gut an die Auswahl eines geeigneten Platzes für die medizinischen Kliniken herangehen.

Es sind also zwei Kraftlinien, die das vorliegende Feld beherrschen: einmal die zentripetalen Bestrebungen der Universität, die verhindern wollen, daß unsere deutsche Wissenschaft noch weiter zersplittert und in ihrer Stoßkraft gemindert wird, zum anderen Notwendigkeiten, die sich aus dem vorhandenen System und den Entwicklungstendenzen des gesamten Krankenhauswesens im Versorgungsbezirk ergeben und die Platzzahl des Hauptkrankenhauses beeinflussen müssen.

Es wird nicht ganz leicht sein, den Schnittpunkt dieser beiden Linien und damit den richtigen Platz für die Frankfurter Kliniken zu ermitteln.

Dr. ing. Hubert Ritter



Bemerkung zu nebenstehender Zuschrift:

Über Nähe und Ferne

Der Aufsatz von Dr. ing Ritter berührt eine wichtige und interessante Frage, die ich in meinem Aufsatz im vorletzten DISKUS gestreift habe mit dem Hinweis, daß eine Universität eigentlich unter ein Dach gehöre. Es geht um die heutzutage offensichtliche Gefahr, daß die Tendenzen zur Spezialisierung den inneren Zusammenhang der Wissenschaft als ganzes weiter gefährden oder zerstören. Ohne Zweifel ist das Bewußtsein solchen Zusammenhangs in manchen Bereichen schon verloren gegangen. Man denke gerade an die von Jaspers (Die Idee der Universität, Springer 1946) beklagte Trennung, oft auch weite räumliche Abtrennung, der technischen Hochschulen. Nicht daß man technische Hochschulen in Städte ohne Universitäten verlegt hat, hat den Zusammenhang zerrissen, sondern weil der Zusammenhang verloren gegangen war, hat man den Fehler der Isolierung damals gar nicht empfunden. Und wenn man heute nach der Zusammenlegung ruft, so hat dies gewiß einen guten Grund. Aber: Auch wenn es möglich wäre, diesem Ruf zu folgen und die Universitäten im eigentlichen Wortsinn unter ein Dach zu bringen, so bliebe immer noch die Frage, ob der Schaden behoben oder aber nur verdeckt sei. Die Dinge liegen verwickelt.

Ein persönlicher oder ein wissenschaftlicher Freund sind mir nahe, auch wenn sie auf einem fernen Kontinent leben. Die Nächsten bleiben die Nächsten, mögen sie sein, wo sie wollen. Selbst ein Zimmernachbar aber kann mir fern sein, wenn gleich mich nur wenige Schritte von seinem Arbeitsplatz trennen. Entscheidend ist schließlich eben nicht die Zahl der Meter und Kilometer, die uns trennen — das muß gesagt werden in einer Zeit, in der die Technik die die Menschen — aber nur scheinbar — einander immer näher bringt! Entscheidend ist vielmehr, daß der andere mir in meinen Gedanken, Erwägungen und Entscheidungen begegnet, daß ich das Verlangen habe, Gedanken auszutauschen, bestrebt zu überzeugen, aber ebenso bereit, mich überzeugen zu lassen. Dabei spielt es dann keine so große Rolle, ob die Arbeitsstätten in der gleichen Stadt 2700 oder 1800 m von einander entfernt liegen.

Etwas anderes ist es, wenn man Institute, unter denen ein lebendiger alltäglicher tätiger Austausch noch besteht, wie unter den meisten Instituten und Kliniken der Medizinischen Fakultät, für lange Zeit räumlich auseinanderreißt. Daß dies hier in Frankfurt geschehen könnte, ist aber für viele eine ernste und berechtigte Sorge. Wenn über diese Fragen und die Pläne im ganzen unter den beteiligten Interessierten in angemessener Weise Gespräche zustande kämen, wäre das ein erfreuliches Zeichen für einen lebendigen Zusammenhang. Er hätte möglicherweise zur Folge, daß die Beteiligten sich näher kämen, wenn gleich ihre Wohnungen und Arbeitsstätten einige Kilometer getrennt bleiben.

Zutt

hundemüde und doch wach und
„auf Draht“ sein müssen... da hilft nur
Kola DALLMANN
21 TABLETTEN DM 1,25 IN APOTH. u. DROG.

also die Medizin nicht aus dem räumlichen Zusammenhang mit den anderen Zweigen der Wissenschaft lösen darf, daß man vielmehr dort, wo eine Trennung bedauerlicherweise vorhanden ist, diese mit allen Kräften beseitigen soll.

Es wirkt nahezu grotesk, daß die jungen Kulturstaaten der Erde heute fast ausnahmslos ihre neuen Universitäten in einheitlichen Bezirken zusammengefaßt betreiben, und daß man in Deutschland, einer der Geburtsstätten universellen Forschens und Lehrens, nur selten eine Universität im vollen Sinn des Wortes antrifft. Man wird später die Verdienste einer Magnifizienz nicht zuletzt nach den Erfolgen bemessen, die sie im Kampf gegen die Zersplitterung deutscher Wissenschaft errang.

Ich selbst bin Techniker und habe an der T. H. München studiert. Ich war sehr froh, daß wenige Straßenlängen von der Hochschule entfernt die Akademie der Künste und die Universität lagen. Ohne großen Zeitverlust konnte man in der Akademie das Zeichnen und Modellieren von einer anderen Seite kennen lernen als in der Hochschule, und die Universität gab dem zukünftigen Staatsbaubeamten u. a. die Möglichkeit, eine Reihe Dinge zu studieren, die er später gut gebrauchen konnte, die aber in der Hochschule nicht betrieben wurden, wie Staats- und Ver-

*) „Der Krankenhausarzt“ 1954/II. S. 32 ff. Verlag G. Braun, Karlsruhe

Über ein halbes Jahrhundert
Hoch- und Niederspannung

SCHALTANLAGEN
SCHALTGERÄTE
INSTALLATIONSMATERIAL
ELEKTROWÄRMGERÄTE



VOIGT & HAEFFNER AG
FRANKFURT MAIN

foto
WAGNER berät Sie gern in
allen Fotofragen
BOCKENHEIMER WARTE · RUF 71657

Universitätsbuchhandlung
BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 · Tel. 93633 u. 95264

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften

Luise Pollinger

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

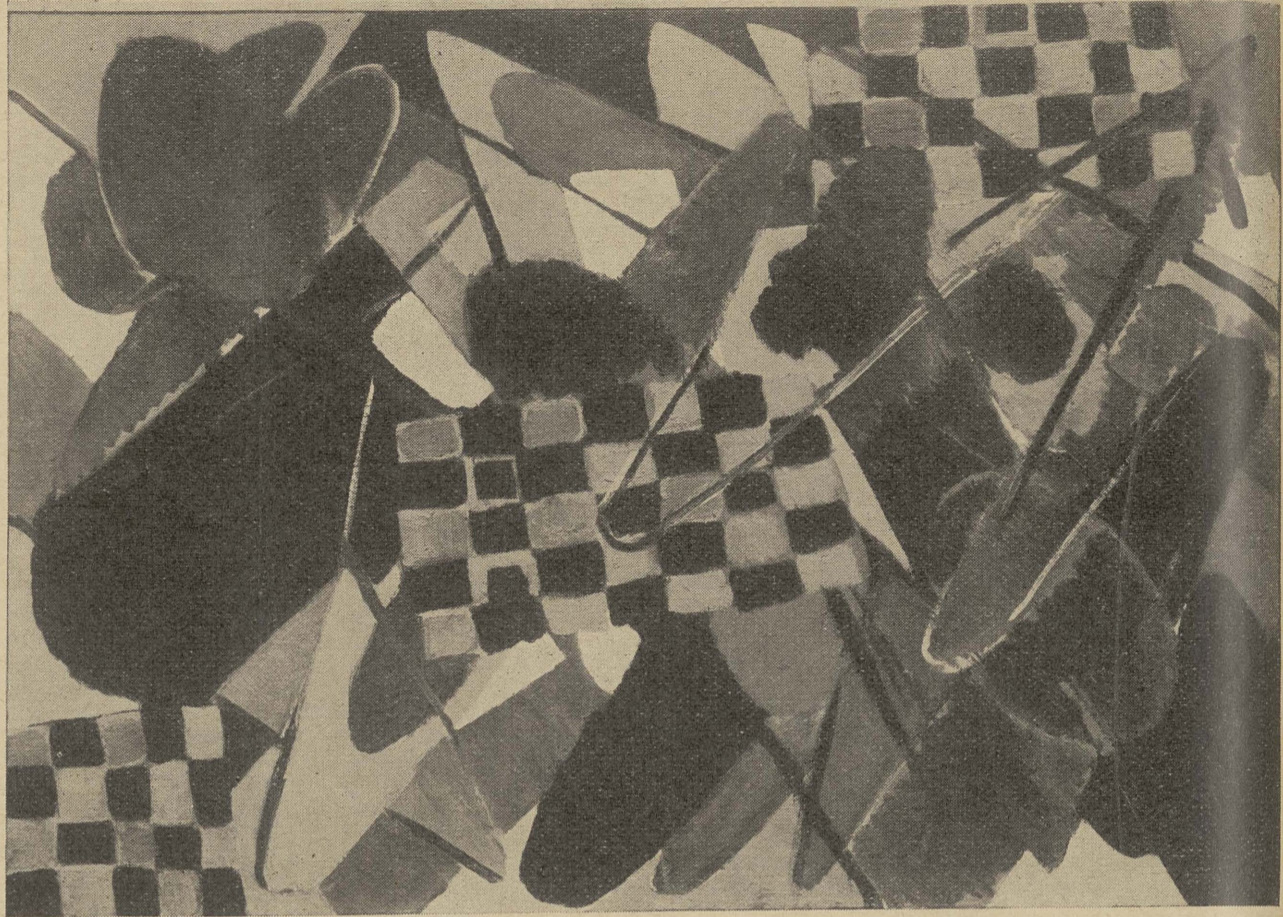
Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131

(nächst der Universität)

Fernruf 755 89

Deutscher Künstlerbund

AUSSTELLUNG FRANKFURT 1954



Die Maler dieser Bilder sind nicht unsere Altersgenossen: der jüngste (Ernst Wilhelm Nay, Bild oben rechts, „Mit Schachbrettformen“, Öl) ist 52, der älteste 61 Jahre alt (Rolf Nesch, Bild rechts, „Braut und Spielmann“, Glas, bunte Steine, Spiegel zwischen Metallstäben). Sind nun die Maßstäbe verkehrt? Sind die Älteren kindisch, und die Jungen, die nichts von diesen Bildern halten, erwachsen? Oder ist die Kunst eine Sache, die man heute in anderer Weise heiter nehmen soll?

Eigentlich ist uns dieses Schauen fremd geworden: Das Eingehen der Plakat-Reklame hat unser Auge zur Registratur von Klischees gemacht; daß man einfach auch schauen kann, scheint verwunderlich — man erfährt es nie, wenn nicht aus solchen Bildern. Schwierig ist nur, Worte dafür zu finden, darum ist auch alles Reden darüber so schnoddrig — aus Verlegenheit.

(Oben links: Heinrich Kirchner, geb. 1902, „Abendmahlsfigur“, Bronze, 130 cm hoch; unten: Werner Gilles, geb. 1894, „Fischfang“, Aquarell).

Aufnahmen: Gabriele Hauck.

